Putins Macht S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 33 – 19. August 2016

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Vor der libyschen Küste eingesammelt: Afrikaner im süditalienischen Salerno

Bild: action press

Die nächste Welle rollt

Nun ist sogar die Wirtschaft alarmiert: Eine neue Asylflut wird uns überfordern

Die Schließung der Balkan-Route hatte Berlin eine Atempause verschafft. Es scheint nicht so, dass sie genutzt wurde.

Laut einer Umfrage fürchten drei Viertel der deutschen Top-Unternehmer das Anschwellen eines neuen Asylstroms. Dieser könne das Land wirtschaftlich überfordern, so die akute Sorge.

Die Schließung der Balkan-Route hatte Deutschland eine Atempause verschafft, der Massenandrang von Asylsuchern wurde massiv gebremst. Nun aber beginnen die Zahlen langsam, aber stetig wieder zu steigen.

Vom Mittelmeer drängen bald täglich Meldungen weiterer geretteter Asylsucher gen Norden. Zwar ist die Bergung von Schiffbrüchigen eine ethische Selbstverständlichkeit. Die hohe Aktivität auch der deutschen Marine, welche die Afrikaner schon vor der libyschen Küste einsammelt, dürfte die Abwanderungsbereitschaft in den Herkunftsregionen aber weiter anfachen und sie erleichtert zudem das Geschäft der Schlepper enorm – ein moralisches wie politisches Dilemma.

Die Regierung Merkel hatte die Länder des Balkans unter Führung Österreichs für die Grenzschließungen scharf kritisiert. Dennoch profierte Berlin von der Entscheidung. Nun allerdings muss sich erweisen, ob Merkel die gewonnene Zeit genutzt hat, um in Sachen eigener Zuwanderungskontrolle und Obergrenze der Hereinzulassenden Fortschritte erzielt hat. Die jüngsten Verlautbarungen aus dem Kanzleramt lassen hier wenig Hoffnung. Merkels Wiederholung von „Wir schaffen das!“ lässt eher den Schluss zu, dass genauso wie im Jahre 2015 weitergemacht werden soll.

> Familiennachzug lässt die Zahlen noch weiter anschwellen

Dagegen ist das Umdenken in der Wirtschaft frappierend. Vor einem Jahr noch jubelten Spitzenunternehmer über die vermeintlichen Fachkräfte aus Afrika und dem Orient. Tatsache ist, dass die 30 Dax-Unternehmen von mehr als einer Million Asylsuchern zur Jahresmitte erst ganze 54 fest eingestellt haben: 50 bei der Deutschen Post und je zwei weitere bei SAP und Merck. Alle übrigen 27 der 30 größten börsennotierten deutschen Konzerne haben keinen einzigen Asylsucher fest eingestellt.

Das liegt vor allem am kläglichen Ausbildungsniveau der zu uns Gekommenen. Laut Expertensicht wird selbst in fünf Jahren noch die Hälfte der Asylsucher arbeitslos sein, und dies erscheint noch optimistisch. Den Erfahrungen zufolge ist eine erfolgreiche Vermittlung nach so langer Erwerbslosigkeit sehr, sehr schwierig. Stattdessen entsteht ein hoffnungsloses afrikanisch-orientalisches Sub-Proletariat.

Dessen ungeachtet verstärken deutsche Auslandsvertretungen im Orient ihre Anstrengungen erheblich, um den massenhaften Familiennachzug der Asylsucher zu beschleunigen. Damit wird sich die Zahl der Zuwanderer aus dieser Region abermals drastisch erhöhen, auch ohne die weitere Wanderungswelle über den Balkan oder das Mittelmeer, die obendrein gerade anrollt. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Terrorhelfer

Selbst die Bundesregierung muss endlich zugeben, dass ihr Verhandlungspartner Türkei und deren despotischer Staatspräsident Erdogan den islamistischen Terror unterstützen. Wie das ARD-Hauptstadtstudio erfahren hat, wollte sie das eigentlich geheim halten, weshalb sie ihre diesbezüglichen Antworten auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linkspartei als vertraulich gekennzeichnet hat – aus Gründen des Staatswohls, wie es offiziell heißt. Irgendjemand muss wohl der Meinung gewesen sein, dass es dem Staatswohl am dienlichsten ist, wenn das Volk die Wahrheit erfährt, so dass er die Information „durchgestochen“ hat.

Nun also wissen wir von allerhöchster Stelle: „Als Resultat der vor allem seit dem Jahr 2011 schrittweise islamisierten Innen- und Außenpolitik Ankaras hat sich die Türkei zur zentralen Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen der Region des Nahen und Mittleren Ostens entwickelt.“ Und weiter: „Die zahlreichen Solidaritätsbekundungen und Unterstützungshandlungen für die ägyptische Muslimbruderschaft, die Hamas und Gruppen der bewaffneten islamistischen Opposition in Syrien durch die Regierungspartei AKP und Staatspräsident Erdogan unterstreichen deren ideologische Affinität zu den Muslimbrüdern.“ Zusammengefasst heißt das: Erdogan unterstützt militante Organisationen und Terroristen im gesamten Nahen und Mittleren Osten.

Das haben wir eigentlich schon lange gewusst. Offensichtlich auch die Bundesregierung. Sie hat es aber vorgezogen, die Öffentlichkeit zu belügen und ein positives Bild von der Türkei und deren Staatschef zu zeichnen, das mit ihren eigenen Erkenntnissen nicht vereinbar war.

Raus aus der Deckung

CDU-Innenexperte findet klare Worte zu Merkels Flüchtlingspolitik

In der Berliner Regierungskoalition sind beim Thema Asyl und Flüchtlinge einige mit ihrer Geduld am Ende. Dazu zählt der Lörracher CDU-Bundestagsabgeordnete und Innenexperte Armin Schuster. Nach dem islamistischen Bombenanschlag in Ansbach sagte er gegenüber den Medien: „Wir brauchen eine Abschiedskultur“. Er beklagte zunächst ein Vollzugsdefizit bei Abschiebungen. Mehr als 200 000 abgelehnte Asylbewerber lebten trotz abgeschlossener Asylverfahren immer noch im Land. „Die schleppen wir bei neuen und zusätzlichen Flüchtlingswellen immer mit.“

Schuster wies auch auf die schwierige Lage beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hin. Er habe den Eindruck, dass die Mitarbeiter dort aufgrund der Überlastung so unter Druck stehen, dass es für sie fast unmöglich ist, die Fluchtursachen, Gewaltbereitschaft und wirklichen Herkunftsländer der Asylbewerber zu ergründen. Im Ergebnis würde eine Vielzahl unberechtigter Bewerber anerkannt, wie die beiden IS-Kämpfer aus Würzburg und Ansbach. Bei dem ins Internet gestellten Anhörungsprotokoll des Ansbacher Selbstmordattentäters handelte es sich praktisch um ein Lehrstück von Lug und Trug, dem deutsche Behörden ohne Nachprüfung geglaubt haben. Es darf keinen Grund geben für tatsächlich Verfolgte, ihr Herkunftsland zu verbergen. Deshalb so folgerte Schuster, müsste mutwillige Zerstörung von Identifizierungsdokumenten und Täuschung unwillkürlich zur Ablehnung und Ausweisung ohne Asylverfahren führen.

Schuster fragte sich auch, wie der deutsche Rechtsstaat auf in Deutschland ankommende Flüchtlinge wirke. Er hat kein Verständnis dafür, wenn „nach Gewalttaten, Verstößen gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder Seriendiebstählen die Täter mit einer Bewährungsstrafe als freier Mann das Gericht verlassen“. Das alles erwecke bei Zuwanderern den Eindruck, „in diesem Staat kann man sich eigentlich alles straffrei erlauben.“ *B.B.*

Alle müssen zahlen

EU genehmigt Milliardenspritze für Hauptstadtflughafen BER

Die EU hat für den Hauptstadtflughafen BER eine weitere Milliardenhilfe aus Steuergeldern genehmigt. Damit geht eine Zitterpartie zu Ende, denn Flughafenchef Karsten Mühlenfeld hatte Anfang Juni erklärt, das Geld für den Weiterbau reiche nur noch bis Mitte August.

Die Hälfte der insgesamt 2,2 Milliarden Euro wird von den Gesellschaftern Bund, Berlin und Brandenburg als Darlehen gewährt. Die andere Hälfte wird von einem Konsortium von sieben Banken in Form von Krediten zu Verfügung gestellt. Dafür bürgen die Gesellschafter in voller Höhe. Nachdem die EU die Einhaltung ihrer Beihilfevorschriften überprüft hat, können die Gelder nun fließen. Die Investitionen erfolgten zu Marktbedingungen und stellten daher keine staatlichen Beihilfen für den Flughafenbetreiber dar, hieß es dazu aus Brüssel.

> Mittel von Bund, Berlin und Brandenburg

Nach Angaben der EU-Kommission ist ein Teil des Geldes für die Lösung technischer Probleme mit dem Brandschutzsystem und für die Verbesserung des Schallschutzes vorgesehen. Zudem solle in den Ausbau des Flughafens investiert werden, da das Verkehrsaufkommen stärker steigen wird als ursprünglich angenommen. Damit sei die Finanzierung der Flughafengesellschaft gesichert, sagte Geschäftsführerin Heike Fölster. Mit der neuen Finanzierungsstruktur für die Fertigstellung des BER könne sie für dessen mittelfristigen Ausbau sorgen.

Ob und wann die erst durch die Milliardenfinanzspritze möglich gewordene Fortsetzung der Bauarbeiten am neuen Hauptstadtflughafen zu dessen geplanter Eröffnung Ende 2017 führen wird, ist allerdings nach wie vor vollkommen ungewiss. Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) ist jedenfalls optimistisch. Er versprach, nach Inbetriebnahme werde der Flughafen das Darlehen „schrittweise zurückzahlen“. *J.H.*

MELDUNGEN

Auch China überaltert

Peking – Jeder sechste der rund 1,37 Milliarden Chinesen ist älter als 60 Jahre. In nur vier Jahren wird diese Altersgruppe sich bereits auf 234 Millionen und damit auf 17 Prozent der Bevölkerung belaufen. Angesichts der Auswirkungen der Ein-Kind-Politik Pekings gab es in den vergangenen 40 Jahren rund 400 Millionen Geburten weniger. Zugleich aber stieg bereits vor drei Jahren der Anteil der „Alten“ – gemeint sind damit Personen ab 60 Jahren – an der Gesamtbevölkerung auf annähernd 211 Millionen und damit auf 14,9 Prozent. Im letzten Jahr wurden in China rund drei Millionen Babies geboren. In die Gruppe der Erwerbstätigen (von 15 bis 59 Jahren) fallen sie erst in 14 Jahren. Gegenwärtig beträgt ihr Anteil weniger als 16 Prozent der Gesamtbevölkerung. Seit nunmehr vier Jahren geht die Zahl der Arbeitsfähigen, die 2015 amtlich mit 900 Millionen angegeben wurde, jährlich um über drei Millionen zurück. *F.W.S.*

Polizei widerlegt KZ-Gedenkstätte

Nordhausen – Die Polizei hat Informationen der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora über einen vermeintlich ausländerfeindlichen Vorfall beim Nordhäuser Altstadtfest widerlegt. Die Gedenkstättenleitung hatte erklärt, ihre ausländischen Besucher seien beim Altstadtfest mit Hassssprüchen beschimpft worden. Nach der Vernehmung der angeblich Betroffenen geht die Polizei jedoch nicht von einem fremdenfeindlichen Vorfall aus. Eine russische Studentin hat demnach ausgesagt, sie habe sich bei dem Stadtfest mit einem betrunkenen Einheimischen unterhalten. Dieser habe unvermittelt das Ventil aus ihrem Fahrrad gedreht und zu ihr gesagt, nun könne sie nach Hause laufen. Als ein schwedischer Gast den Mann zur Rede gestellt habe, habe dieser entgegnet, er könne nun auch gehen. Mehr sei nicht vorgefallen. Zu einem dritten angeblich betroffenen Ausländer erklärte die Polizei nach dessen Befragung, dieser wolle das Geschehen lediglich aus 100 Metern Entfernung beobachtet haben. *J.H.*

Rauswurf wegen Vereinstätigkeit

Cranz [Selenogradsk] – Wegen ihres Vorstandsamtes im Verein „Selenogradsk – Pinneberg“ wurde die Beamtin Jelena Aleksandrowa aus dem Staatsdienst entlassen. Der Verein, dem die entlassene Beamtin seit sechs Jahren vorsteht, ermöglichte in den letzten 20 Jahren unter anderem knapp 100 Cranzer Schülern einjährige Aufenthalte mit Schulbesuch im schleswig-holsteinischen Pinneberg. Zudem wurden beispielsweise Königsberger Studenten Praktika in der stark von vertriebenen Ostpreußen geprägten Stadt vermittelt. Als Begründung für die Entlassung wurde angegeben, dass Aleksandrowa in der Finanzabteilung der Stadt Cranz tätig sei und es dabei zu Interessenskonflikten mit ihrer Tätigkeit für den Verein kommen könne. Zudem sei es städtischen Angestellten nach einem russischen Gesetz verboten, in den Organen ausländischer, auch nichtkommerzieller, Organisationen tätig zu werden. Bei dem gemeinnützigen Verein handelt es sich nicht um eine auf der Liste „ausländischer Agenten“ geführte Nichtregierungsorganisation. *T.W.W.*

Was bedeutet das für die Wahlen?

In Europa greift die Flucht vom Land in die Städte um sich, wo in der Regel besser verdient wird

„Aus der Idylle entspringt der Zorn“, umschrieb das „Manager Magazin“ die Situation. In vielen europäischen Ländern ist es in den vergangenen Jahren zu einer regelrechten Landflucht gekommen. Das schlägt sich auch in den Wahlergebnissen nieder.

Deutlich wurde das Phänomen bei der Abstimmung über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union. Während die Hauptstadt und Weltmetropole London gegen den Brexit votierte, stimmte die Landbevölkerung mit überwältigender Mehrheit dafür. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist dieser Trend eine indirekte Folge der Globalisierung: „In den Großstädten, den Knotenpunkten der Weltwirtschaft, ist die Produktivität viel höher; die Einwohner Londons beispielsweise produzieren pro Kopf fast das Fünffache des britischen Durchschnitts“, heißt es in einer Analyse. Das Wirtschaftswachstum konzentriere sich zunehmend auf die Metropolen, der ländliche Raum liefe Gefahr, „abgehängt“ zu werden.

In Frankreich sieht die Situation ganz ähnlich aus. Mehr als die Hälfte des Anstiegs des Bruttoinlandprodukts entfällt demnach auf den Speckgürtel rund um die Hauptstadt Paris. Das ländliche Frankreich – im Volksmund „la france profonde“ genannt, kommt auf wesentlich niedrigere Zahlen.

Es ist dabei eine irrige Annahme zu glauben, dass die Menschen auf dem Land zwangsläufig unzufriedener seien. Gerade in nach wie vor landwirtschaftlich geprägten Gebieten gibt es ein Gefühl der Idylle, eine Mentalität nach dem Motto: „Hier ist die Welt noch in Ordnung.“ Andererseits gibt es in Frankreich und in England traditionell industriell geprägte Regionen mit erheblichen strukturellen Problemen. Alte Bergbauregionen im Norden Frankreichs haben mit dem Strukturwandel ebenso zu kämpfen wie brachliegende, einstige Stahlhochburgen in Großbritannien.

Diese Gemengelage spiegelt sich in Wahlergebnissen. Die EU-kritische Unabhängigkeitspartei Ukip ist sowohl dort stark, wo Frustration herrscht, als auch dort, wo Verlustängste herrschen. In London, einem Hauptschauplatz internationaler Finanztransaktionen, tut sich die Partei traditionell schwer. In Frankreich punktet Marine Le Pen mit ihrem Front National (FN) gleichermaßen in idyllischen Landregionen und Orten mit strukturellen Problemen. Die Hauptstadt Paris, im zentralistischen Frankreich der Dreh- und Angelpunkt, bleibt dagegen für den FN terra incognita.

In der Bundesrepublik ist bislang nur im Osten von der Landflucht die Rede

In Österreich erzielte Norbert Hofer von den Freiheitlichen bei der Bundespräsidentenwahl herausragende Ergebnisse in der Provinz. In der Hauptstadt Wien hatte der Gegenkandidat Alexander van der Bellen die Nase vorne. In Italien punktete die Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo zunächst gleichermaßen in den armen Regionen des Südens und den klassischen Landwirtschaftsgebieten im Zentrum. Bei den kürzlich stattgefundenen Kommunalwahlen eroberte die Protestpartei dann aber den Bürgermeistersessel in der Hauptstadt Rom. Seitdem rätseln Experten, ob es sich um einen Zufall oder ein neues Phänomen handelt.



Ihre Wahl zur Bürgermeisterin Roms widerspricht dem gängigen Klischee, dass Metropolen gegen Protestparteien immun seien: Virginia Raggi von der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung Bild: Movimento 5 Stelle

Die Löhne sind in den europäischen Hauptstädten deutlich höher als auf dem Land. Entsprechend wohlhabender seien die Städter im Durchschnitt, schreibt die OECD. Höher gebildet und zufriedener mit ihrem Leben seien sie auch. Die Forscher kommen zu dem Ergebnis, dass die Situation in Deutschland noch vergleichsweise gut sei. Doch auch im Osten der Bundesrepublik ist seit Jahren von der Landflucht die Rede. Dort schneidet die Alternative für Deutschland überdurchschnittlich gut ab, dort hat auch die NPD, die im Westen keine Rolle spielt, ihre Hochburgen. Seit dem Fall der Mauer hätten über 1,5 Millionen Menschen ihre alte Heimat in den neuen Bundesländern verlassen – rund zehn Prozent der Bevölkerung zum Ende der DDR-Ära, erklärt das Berlin-Institut. Gegangen seien vor allem junge, qualifizierte und weibliche Personen. Es herrsche Männerüberschuss. Dies sei der Hauptgrund für Frustration und Protest.

Prognosen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) kommen außerdem zu dem Schluss, dass weite Teile Deutschlands in den kommenden zwei Jahrzehnten zu ziemlich menschenarmen Landschaften verkommen drohen. Bislang seien die Differenzen bei den verfügbaren Einkommen nocjh relativ gering, deutlich kleiner etwa als in Großbritannien, Frankreich oder Polen. Dass ein stärkerer Zuzug von Ausländern dieses Problem beheben könnte, glauben die Forscher jedoch nicht. Auch diese ziehe es eher dorthin, wo es Arbeit und Aufstiegschancen gebe – in die Ballungsgebiete. *Peter Entinger*

»Bei Nigel weiß man nie«

Aus Mangel an geeigneten Nachfolgern könnte Farage bei Ukip wieder den Parteivorsitz übernehmen

Am 23. Juni war Nigel Farage für die einen ein strahlender Held, für die anderen der Leibhaftige persönlich. Jahrzehntelang hat der knorrige Brite für den Austritt seines Landes aus der Europäischen Union gekämpft und am Ende gewonnen. Zugetraut hatten ihm das bis zuletzt nur wenige. Doch wenige Stunden nach dem Triumph trat Farage von der Spitze der Unabhängigkeitspartei Ukip zurück, die seitdem in einer handfesten Sinnkrise steckt. In aktuellen Umfragen sackte die Partei auf rund zwölf Prozent ab. Da in Großbritannien das Mehrheitswahlrecht herrscht, wären ihre ohnehin geringen Chancen auf Parlamentssitze auf ein Minimum geschrumpft. Der Start in den August verlief für Ukip verheerend.

Das Nationale Exekutivkomitee der Partei entschied, dass der als Favorit auf die Farage-Nachfolge gehandelte Steven Woolfe nicht auf die Kandidatenliste für die Farage-Nachfolge kommen darf. Die Bewerbung Woolfes, der für die EU-Gegner im Europaparlament sitzt, war erst wenige Stunden nach Ende der Bewerbungsfrist beim Komitee eingetroffen. Woolfe erklärte darauf, dass er seine Bewerbung rechtzeitig abgeschickt habe und sie aus „technischen Gründen“ nach der Frist angekommen sei. Seitdem beharken sich die Juristen der verschiedenen Lager öffentlich und bieten teilweise ein entwürdigendes Schauspiel. Farage, der für Woolfe als Nachfolger getrommelt hatte, überzog das höchste Parteigremium mit Hohn. Er sprach von „totalen Amateuren, die einmal pro Woche nach London kommen, mit einem Sandwich im Rucksack“.

Zu den verbliebenen Kandidaten gehören der Europaabgeordnete und ehemalige UKIP-Generalsekretär Jonathan Arnott, die Gemeinde- und Stadträtin Lisa Duffy, der Europaabgeordnete und ehemalige Tory-Politiker Bill Etheridge, Kommunalpolitiker Phillip Broughton sowie das Parteivorstandsmitglied Elizabeth Jones. Favoritin ist die Europaabgeordnete Diane James, die als glühende Verehrerin des russischen Präsidenten Wladimir Putin gilt. „Ich bewundere ihn aus der Perspektive, dass er sich für sein Land einsetzt. Er ist sehr nationalistisch. Er ist ein sehr starker Leader“, sagte sie bei ihrer Präsentation und kündigte an, dass sie dafür sorgen wolle, dass die britische Regierung einen harten „Brexit-Kurs“ fährt und möglichst wenig Zugeständnisse an die EU macht.

Nach der Brexit-Entscheidung sucht die britische Unabhängigkeitspartei eine inhaltliche Ausrichtung

Alle Kandidaten haben das Problem, dass sie meilenweit hinter der Popularität Farages zurückfallen. Außer dem 52-Jährigen hatte die Partei ohnehin nur zwei populäre Funktionäre. Parteisprecherin Suzanne Evans wurde im März vom Exekutivkomitee wegen „Illoyalität“ für sechs Monate suspendiert. Farage hatte diese Entscheidung ausdrücklich begrüßt, hatte sich Evans doch mit seinem schärfsten Konkurrenten verbündet, dem ehemaligen Konservativen Douglas Carswell. Er war im Mai 2014 von den Tories zur Ukip übergetreten und konnte als einziger bei den Unterhauswahlen im vergangenen Jahr ein Mandat für die Partei erringen. Anders als Farage plädierte er aber für einen liberaleren Kurs in der Einwanderungspolitik, was den damaligen Parteivorsitz wenig gentlemanlike zu der Aussage verleitete, der Neuankömmling sei „ein Waschlappen.“

Carswell hatte von Beginn an keinerlei Ambitionen erkennen lassen, für die Nachfolge seines Intimfeindes zu kandidieren. Dessen Rücktritt hatte er via Twitter mit einem einzelnen Smiley kommentiert. Spätestens da dürfte klar gewesen sein, dass die Farage-treue Parteibasis ihn nicht zum neuen Vorsitzenden wählen würde. Die Partei sucht aber nicht nur einen neuen Vorsitzenden, sondern auch eine inhaltliche Ausrichtung. Das große, einigende Thema Brexit ist ausgereizt, die Fokussierung nur auf die Einwanderungsfrage dürfte zu wenig sein. Hinter den Kulissen rangeln sich frustrierte, abtrünnige Konservative und ehemalige Anhänger der sozialdemokratischen Labour-Partei. „Die Landkarte unserer Fraktionen ist komplexer als die Karte Syriens“, erklärte ein Ukip-Mann der Zeitung „Independent“: „Wir haben mehr verfeindete Stämme.“

Jahrelang profitierte die 1993 gegründete Partei von der geschickten Medienpolitik des Ex-Journalisten Farage. Selbst sein härtester Widersacher räumt diese Qualität ein. „Wenn wir nicht einen kompetenten Führer kriegen, der mit den Medien kann, könnte die Partei am Ende sein. Es geht jetzt um Leben und Tod“, fürchtet Carswell.

So werden bereits die ersten Rufe nach Farage lauter, der ursprünglich erklärte, er wolle sein Leben zurückhaben“. Ursprünglich wollte der 52-Jährige als Missionar in Sachen EU-Austritt durch Europareisen und zu einer Art spiritus rector der EU-Rechten werden. Doch nun könnte er schneller, als ihm lieb ist, wieder an der Heimatfront gebraucht werden. „Bei Nigel weiß man nie“, sagt Carswell. *P.E.*

Der humane Irrsinn

Hundertausende abgelehnte Asylbewerber verweigern die Ausreise – die Behörden reagieren völlig hilflos

Unzählige Schlupflöcher und Sonderreglungen bieten sich Zuwanderern, deren Asylgesuch abgelehnt wurde. Ein System ist in Deutschland entstanden, das geradezu irrsinnige Beschlüsse und Einzelfälle produziert.

Was für ein wunderschönes Land! Schier ewig möchte man hier verweilen. Wie bedauerlich, dass man von der hiesigen Staatsgewalt gerade in ein Flugzeug gen Heimat verfrachtet wurde. „Abschiebung“ nennt sich dieses wirklich ungastliche Verfahren.

Als ob das so einfach wäre! Unsereiner hat sich schlau gemacht. So viele nette Menschen wissen hierzulande, wie man sich wehren kann. Die Leute vom Flüchtlingsrat zum Beispiel haben genau erklärt, was zu tun ist. In einer normalen Linienmaschine ist es ganz einfach. Einfach schnell bevor die Maschine vom Rollfeld abhebt, aufgestanden und lautstark nach dem Piloten verlangt. Unmissverständlich und deutlich „nein“ muss man zu ihm sagen. Das reicht schon. Die deutsche Polizei darf aufgrund internationaler Abkommen in so einem Flugzeug keine Gewalt anwenden. Die Piloten wiederum weigern sich Passagiere mitzunehmen, die nicht freiwillig an Bord sind. Die Pilotenvereinigung Cockpit hat sich dagegen ausgesprochen. Also wird man schnellstens wieder aus dem Flieger befördert. Willkommen zurück auf deutschem Boden, dem Land der hilflosen Polizisten, der verpeilten Willkommenskultur-Fanatiker und der spendablen Sozialbehörden.

Abschiebungen? Trotz aller Widrigkeiten gab es in diesem Jahr bislang 13 700. Im Vorjahr waren es 20 888. Dem stehen allerdings hunderttausende ausreisepflichtige Nichtdeutsche gegenüber. Ihre genaue Zahl scheint dabei wie so vieles im selbstverschuldeten Zuwandererchaos ein großes Mysterium. Innenminister Thomas de Maizière schätzte (und schönte) sie in einem internen Kabinettsbericht auf knapp 220 000. Andere gehen von 500 000 aus. Der für gewöhnlich gut informierte Rainer Wendt, Präsident der deutschen Polizeigewerkschaft, nennt in seinem jüngst erschienenen Klartext-Buch „Deutschland in Gefahr“ eine Zahl von 600 000.

Als abgelehnte Asylbewerber müssten sie laut Paragraph 50 des Aufenthaltsgesetzes Deutschland umgehend verlassen. Nach Paragraph 58 sind sie abzuschieben, wenn die freiwillige Ausreise nicht gesichert ist. In der Praxis schützen sie zahllose Ausnahmeregelungen. Verschont bleibt, wer aus gesundheitlichen Gründen nicht reisefähig ist, oder beispielsweise ein Attest vorweist, das Selbstmordgefahr bescheinigt.

Tut der Ausreisepflichtige von irgendwoher neue Gründe auf, die ihm eventuell doch noch ein Bleiberecht sichern, kann er zudem einen Asylfolgeantrag stellen. Ein Anwalt hilft. Beim zuständigen Amtsgericht ist dafür ein Hilfeschein erhältlich. Er sichert dem Rechtsbeistand zu, dass die Kosten für ein Beratungsgespräch vom Staat übernommen werden. Sind weitere Anwaltshonorare fällig, hilft möglicherweise auch der Rechtshilfefonds der Willkommenskultur-Freunde von Pro Asyl.

> Gerichtsurteil: Sogar ein Hassprediger darf hier bleiben

Oft findet auch keine Abschiebung statt, weil sich die Nationalität des Unerwünschten nicht klären lässt. 73 Prozent der Asylbewerber kommen ohne Ausweis. Kein Herkunftsland, keine Abschiebung – so einfach kann das hochkomplexe deutsche Asylrecht sein. Ganz neu hinzugekommen ist zudem die Regel, dass Ausreisepflichtige, die eine Lehrstelle vorweisen können, ebenfalls bleiben dürfen. Manchmal hängt die Frage, ob abgeschoben wird oder nicht, auch schlicht und einfach von der Jahreszeit und dem zuständigen Bundesland ab. Schleswig-Holstein etwa weigerte sich einige Jahre lang, den Unwillkommenen im Winter die Tür zu weisen.

Zweifellos ist dieses ganze komplexe System human und großzügig gestaltet. Es versucht Härten und Nöte zu minimieren. Wenn hunderte auf diese Art behandelt werden, steht das einem Staat gut an, Wenn es hunderttausende sind, wird diese Vorgehensweise zur Belastung – für den Bürger, für den Staatsapparat und für die Staatsfinanzen.

Um drei Afrikaner abzuschieben, laufen schon mal Kosten von 124 607 Euro auf. In einer Kleincharter-Maschine wurde sie inklusive 14 Begleitpersonen nach Guinea verfrachtet. Ein Linienflug hätte pro Person rund 400 Euro gekostet, doch das nordrhein-westfälische Innenministerium verwies auf die erforderliche Sicherheitslage. Bei den drei Männern handelte es sich um zwei verurteilte Straftäter sowie einen Mann, der sich mehrfach mit Gewalt seiner Abschiebung widersetzt hatte.

Der ganze Irrsinn des Systems zeigt sich auch im Fall Sami A. Das Asylgesuch des 39-jährigen Tunesiers, der in Bochum lebt, wurde schon vor mehreren Jahren abgelehnt. Abgeschoben werden darf er laut Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen trotzdem nicht. Im Heimatland könnte ihm Gefahr für Leib und Leben drohen.

Die Gefahr, die Sami A. für Deutschland darstellt, kümmerte die Richter anscheinend wenig. Der zauselbärtige Tunesier gilt als Drahtzieher in der deutschen Islamistenszene. Er soll zeitweise zur Leibgarde von Osama bin Laden gehört haben, Seit sechs Jahren muss er sich täglich bei der Polizei melden. In einer Hinterhof-Moschee versucht er, Jugendlichen regelmäßig den Dschihad, den heiligen Krieg, schmackhaft zu machen. Zwei von ihnen wurden bereits verhaftet, weil sie einen Anschlag mit einer Splitterbombe planten. *Frank Horns*



Abschiebung: Von Hannover aus werden abgelehnte Asylbewerber nach Pristina im Kosovo ausgeflogen Bild: action press

MELDUNGEN

Mehr Service für Asylanten

Berlin – Die Bundesregierung will die Zahl der sogenannten Ankunftszentren für Asylbewerber des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) von 22 auf 25 erhöhen. So sollen im dritten Quartal dieses Jahres drei weitere Zentren in Bamberg, im niedersächsischen Bramsche und in Berlin in Betrieb genommen werden. Im Juli sind bereits Ankunftszentren in Bielefeld und Eisenhüttenstadt hinzugekommen. Derzeit sind in den Ankunftszentren 455 Entscheider mit der Bearbeitung von Asylanträgen beschäftigt. Insgesamt verfügt das Bamf über rund 2200 Entscheider. Das Personal der Bundesbehörde ist von rund 2900 Vollzeitkräften im Juli 2015 auf derzeit rund 7600 Stellen angewachsen. *J.H.*

Muslime gehen gegen Bordell vor

Pinneberg – In der schleswig-holsteinischen Kreisstadt Pinneberg bei Hamburg geht die Türkisch-Islamische Gemeinde mit einer Unterschriftenaktion gegen ein Bordell in der Nachbarschaft ihrer Moschee vor. Prostituierte würden sich mit entblößten Brüsten direkt am Fenster zeigen, so der Vorwurf. Außerdem sei die Straße, in der sich das Freudenhaus seit rund zwei Monaten befindet, ein Schulweg für 170 muslimische Kinder, die in der Moschee betreut werden. Der Betreiber des Etablissements kann die „große Welle“, die gemacht werde, nicht verstehen. Alles an seinem Betrieb sei angemeldet und legal, sagte er gegenüber dem „Pinneberger Tageblatt“. Außerdem seien 90 Prozent der Kunden seiner drei Mitarbeiterinnen Türken. Den Vorwurf, er gefährde das Kindeswohl, kontert der gebürtige Russe, der seit sechs Jahren in Deutschland lebt, mit der Frage: „Es geht hier erst ab 23 Uhr los. Was haben um diese Uhrzeit Kinder auf der Straße zu suchen?“ *J.H.*

Vorstoß von Gauweiler

Der CSU-Rebell schlägt staatlichen Dienst für Asylanten vor

Der einstige Vize-Vorsitzende der CSU Peter Gauweiler regt mehr Arbeitsmöglichkeiten und einen staatlichen Dienst für Asylanten ähnlich dem Zivildienst an. Geld ohne Gegenleistung tue nicht gut. Staatliche Leistungen ohne Gegenleistungen verführten Menschen zu „Verwahrlosung durch Müßiggang“, so Gauweiler. Dem Politiker schwebt „eine Art alle arbeitsfähigen Flüchtlinge verpflichtender ziviler Ersatzdienst“ vor.

In einigen Gemeinden gibt es bereits Projekte für gemeinnützige Arbeit mit Asylbewerbern. Die Erfahrungen zeigen, dass der rechtliche Rahmen eng gesteckt ist und die Motivation oft schwindet.

Um kommunal kleinteilige Projekte zu umfangreicheren Beschäftigungschancen für Asylanten zu erweitern, fordert Gauweiler die Verpflichtung aller „arbeitsfähigen“ Antragsteller zu Sozialarbeit. Der Vorschlag greift, sollte er wahr werden, tief in soziale Dienste und reguläre Beschäftigung ein. Gerade erst in den Mindestlohn aufgenommene Berufe bekämen neue Konkurrenz.

In Berlin liegt die Zahl ehrenamtlich arbeitender Zuwanderer weit über dem Durchschnitt – 4000 waren es im März. Doch 89 Prozent davon arbeiteten direkt in den Asyl-Unterkünften. Zur Integration, zum Verständnis des Landes und zu Einblicken in das echte Arbeitsleben tragen diese Aufgaben nur bedingt bei. Manche Gemeinden stellen bereits einige Tausend Euro in ihrem Haushalt ab, um Asylanten gemeinnütziges Arbeiten zu ermöglichen, denn nur staatliche Einrichtungen, Gemeinden und Kommunen können die Stellen bereithalten.

Laut Asylbewerberleistungsgesetz sind Asylbewerber jetzt schon zu gemeinnützigem Tun verpflichtet. Doch den Gemeinden fehlen oft Mitarbeiter, um die Bewerber anzuleiten. Diese und andere Einschränkungen ergeben sich aus dem Asylbewerberleistungsgesetz. Nach dessen Wortlaut (Paragraph 5 Absatz 3) sollen die Arbeitsgelegenheiten zeitlich und räumlich zumutbar und stundenweise erfolgen. Eine Vollzeittätigkeit und zu großer Zeitumfang sind ausgeschlossen. Manche Gemeinden stoßen sich daran, dass die Vorgaben kaum höher qualifizierte Tätigkeiten zulassen. Die Anwärter dürfen übernehmen, was andernfalls unerledigt bleibt und als zusätzlich eingestuft werden kann. Der maximale Stundenlohn beträgt einen Euro und fünf Cent beziehungsweise 84 Euro im Monat.

> Vorbild soll der bis 2012 übliche Zivildienst sein

Typische Tätigkeiten sind Hausmeisterhilfsjobs, Arbeit bei der Lebensmittelverteilung an Bedürftige und Dienste als Sprachmittler. Aber schon bei der außerhalb der Unterkünfte zu leistenden bereits üblichen Grünpflege kommen die fremden Gemeinnützigen in einen Grenzbereich, wo ihr Wirken reguläre Arbeit überflüssig zu machen droht. Manche Gemeinden und deren Bauhöfe haben gerade bei der Grünpflege festgestellt, dass selbst motivierte Kandidaten nach dem ersten Tag nicht wieder erschienen, auch wenn nur leichte Arbeit wie Laubfegen gefordert war.

Bei vielen vorgebrachten Gegenargumenten fragt sich der unvoreingenommene Beobachter, wie eigentlich jahrzehntelang der Zivildienst in der Bundesrepublik funktionieren konnte. Nie wurde eine Abschaffung des Wehrdienstes oder der Möglichkeit zum Wehrersatzdienst wegen fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten gefordert. Vielmehr war das Klagen und Jammern groß, als ab 2012 die Zivildienstleistenden fehlten. *SV/PAZ*

Erdogan im Klassenzimmer

Streit um Einfluss des türkischen Staates auf deutschen Unterricht

Jahrelang galt der türkische Religionsverband Ditib als wichtiger Verhandlungspartner für deutsche Politiker. Doch im Zuge der Kritik am türkischen Präsidenten Recep Erdogan wächst auch das Unbehagen gegenüber der Organisation, die der türkischen Religionsbehörde unterstellt ist. Die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ ist seit Jahren Ansprechpartner für mehrere Bundesländer beim islamischen Religionsunterricht. Einig war man sich darin, dass Religionsunterricht für junge Muslime nicht in die Hinterhöfe irgendwelcher Moscheen gehöre. „Wir sind nicht der verlängerte Arm Erdogans“, empörte sich Zekeriya Altug , Sprecher des angegriffenen Verbands, kürzlich, „Diese Unterstellung entbehrt eindeutig jeglicher Grundlage.“

Aber der Vorsitzende der Ditib ist gleichzeitig Botschaftsrat der Türkei, die Konsulate kontrollieren über eigene Attachés die Landesverbände und Moscheevereine. Die fast 900 Imame werden von dem direkt dem türkischen Ministerpräsidenten unterstellten „Präsidium für Religionsangelegenheiten“ (Diyanet) ausgewählt und für meist vier Jahre nach Deutschland delegiert, die Vorlagen und Themen für ihre Freitagspredigten bekommen sie aus Ankara. Altug erklärte gegenüber dem Nachrichtensender NTV, der innertürkische Konflikt solle nicht in die deutschen Moscheegemeinden getragen werden. In einer Erklärung aller Ditib-Landesverbände aus Köln hieß es: „Sämtliche Unterstellungen der Fremdsteuerung, der politischen Einflussnahme aus der Türkei, der politischen Agitation und der Gefährlichkeit unserer Religionsgemeinschaft weisen wir aufs Schärfste zurück.“

> SPD stellt Ditib als alternativlos für den Islamunterricht dar

Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, sieht dies anders. „Meines Erachtens sollte man es nicht zulassen, dass ein Verband wie Ditib, der offenbar Sprachrohr von Präsident Erdogan ist, den islamischen Religionsunterricht in Schulen gestaltet“, sagte er der Deutschen Presseagentur. Wie die Kultusministerkonferenz (KMK) mitteilte, bieten derzeit sieben Bundesländer Islam-Unterricht unter staatlicher Aufsicht an. Die in der Opposition sitzende niedersächsische CDU ist in der vergangenen Woche jedoch aus den Verhandlungen zum Islamvertrag ausgestiegen. Sie sieht die notwendige Staatsferne bei Ditip nicht gegeben. In Rheinland-Pfalz wurden die Gespräche bereits ausgesetzt, in Hessen und Baden-Württemberg wollen sich die zuständigen Ministerien stärker mit den Inhalten von Ditip auseinandersetzen. In Nordrhein-Westfalen standen die Behörden kurz vor einem Vertragsabschluss mit der muslimischen Organisation. Der Chef der Staatskanzlei Franz-Josef Lersch-Mense, erklärte nun: „Die Ereignisse in der Türkei werfen auch auf den Anerkennungsprozess der islamischen Verbände in NRW ein neues Licht und verstärken die Zweifel, ob die Ditib den Kriterien zur Anerkennung als Religionsgemeinschaft entspricht.“

Doch eine Alternative haben die Politiker derzeit auch nicht. Die religionspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Kerstin Griese, mahnte daher, man müsse im Gespräch bleiben, „da Verbände wie Ditib die einzigen Gesprächspartner sind, die wir beim Thema Islam hier haben“. Ansonsten drohe das endgültige Abgleiten des Religionsunterrichts in die Hinterhöfe. „Das könnte am Ende fatale Folgen haben“, sagte die Sozialdemokratin. *Peter Entinger*

Zeitzeugen



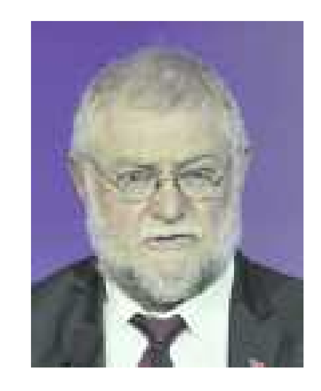
Hage Gottfried Geingob – Die Diplomaten seines Landes müssten nicht mehr länger über das „Geschick des Schmeichelns“ verfügen, verkündete der namibische Präsident im Juli dieses Jahres auf einer Zusammenkunft aller Mitarbeiter des Außenministeriums in Windhoek. Angesichts der ökonomischen Erfolge Namibias und der „Dynamik der sich wandelnden Weltordnung“ sei nun statt dessen Selbstbewusstsein gefragt.

Fernando Antonio de Siqueira Ribeiro – Am 22. Juli nahm der Admiral und Oberkommandierende des brasilianischen Marine-Korps als Ehrengast an der Eröffnung der namibischen Tashiya-Wilbard-Nakada-Marineakademie in Walvis Bay teil. Wenige Tage später weihte sein Gastgeber, Verteidigungsminister Penda ya Ndakolo, dann zusätzlich noch die neue Artillerieschule der Namibian Defence Force bei Oluno ein.



Henry Isak Amalovu Katali – In seiner Eigenschaft als namibischer Minister für Bergbau und Energie besichtigte der Swapo-Politiker Ende 2014 mehrere chinesische Kernkraftwerke und kündigte anschließend an, das Reich der Mitte werde Namibia bei einem späteren Einstieg in die friedliche Nutzung der Kernenergie unterstützen.

John Sinvula Mutwa – Der Generalleutnant ist seit Januar 2014 Chef der Streitkräfte Namibias. Nach der jüngsten Beförderungsrunde in der Armee hagelte es Kritik aus den Reihen der Militärs an seinen Personalentscheidungen: Wieder einmal seien die Angehörigen des nordnamibischen Volkes der Ovambo deutlich bevorzugt worden. Dies wies Mutwa strikt zurück, ohne aber die Rassismusvorwürfe substanziell entkräften zu können.



Calle Schlettwein – Vor Kurzem gab der neue namibische Finanzminister mit deutschen Wurzeln vor dem Parlament in Windhoek bekannt, dass der Abbau von Uranerz jetzt drastisch gesteigert werden solle. Bis 2017 wolle man auf das Dreifache der Fördermenge von 2015 kommen. Damit sei es möglich, den Preisverfall des Rohstoffes auszugleichen und die ökonomische Entwicklung Namibias weiter erfolgreich voranzutreiben.

Spielkarte Uran

Namibias neues Selbstbewusstsein – dank eines hochradioaktiven Exportschlagers

Bislang richtete sich die Außenpolitik von Namibia, dem einstigen Deutsch-Südwestafrika, nach dem erklärten Grundsatz, „jedermanns Freund, aber niemandes Feind“ zu sein. Allerdings scheint Präsident Hage Geingob, der seit 2015 im Amt ist, jetzt neue Akzente setzen zu wollen.

So kündigte die Swapo-Regierung in Windhoek ihre immer wieder kritisierte Zusammenarbeit mit den beiden nordkoreanischen Staatskonzernen Korea Mining Developing Trading Corporation und Mansudae Overseas Project Group of Companies auf, nachdem der UN-Sicherheitsrat die Sanktionen gegen das Regime von Kim Jong-un nochmals verschärft und dabei jedwede militärische Zusammenarbeit mit Pjöngjang untersagt hatte. Damit müssen nun die nordkoreanischen Spezialisten das Land verlassen, die jüngst dabei waren, auf der Suiderhof Army Base eine Munitionsfabrik zu errichten.

Andererseits führt dieser Kurswechsel aber zu keiner diplomatischen Annäherung an den Westen im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen, die zusammen Namibia seit der Erlangung der Unabhängigkeit von Südafrika Entwicklungshilfe in Höhe von rund drei Milliarden Euro zuschanzten. Vielmehr setzt Geingob ganz explizit auf die Vertiefung der „Süd-Süd-Kooperation“ mit Schwellenländern wie Brasilien, China und Indien, wobei die beiden erstgenannten Staaten Namibia schon seit Längerem beim Aufbau eigener Streitkräfte unterstützen und mit Kriegsgerät verschiedenster Art beliefern.

Außerdem sagte der namibische Präsident anlässlich des Besuches seines indischen Amtskollegen Pranab Kumar Mukherjee im Juni dieses Jahres der dem Westen unterstellten „Nuklearen Apartheid“ den Kampf an. Das ehemalige Deutsch-Südwestafrika ist neben Kasachstan, Kanada, Australien, Niger und Russland einer der wichtigsten Uranproduzenten und sehr daran interessiert, den Export von Uranoxid in alle Welt anzukurbeln. Deshalb pflegt Windhoek auch strategische Partnerschaften mit Indien und China, was die Nutzung der Kernenergie betrifft, obwohl die beiden asiatischen Staaten umfangreiche Atomwaffenprogramme verfolgen.

> Das Land ist einer der weltweit wichtigsten Uranproduzenten

In diesem Zusammenhang bekam die China General Nuclear Power Group die Konzession für den Uranabbau in der Husab-Mine bei Swakopmund, dem nach der McArthur River Mine in Kanada zweitgrößten Uranbergwerk der Welt. Indien hingegen soll weiterverarbeitetes Uranoxid (Yellow Cake) aus einem der anderen fünf Tagebaue Namibias erhalten – so die Vereinbarung zwischen Geingob und Mukherjee.

Im Gegenzug wurde dem afrikanischen Entwicklungsland asiatische Hochtechnologie zugesagt. Dabei ist China sogar bereit, Namibia beim Einstieg in die Atomwirtschaft zu helfen, beispielsweise durch die Bereitstellung eines Simulators zur Schulung von Kernkraftwerkspersonal. Daneben wird es weitere Waffenlieferungen geben, denn das oft noch vom Unabhängigkeitskampf gegen Südafrika übrig gebliebene Militärmaterial aus der ehemaligen Sowjetunion hat sein Verfallsdatum inzwischen mehr als deutlich überschritten.

Mit diesen neuen Freunden an seiner Seite kann Namibia dem Westen gegenüber selbstsicherer denn je auftreten. Das zeigt sich nicht zuletzt im zunehmenden Druck auf Deutschland in der Frage der Reparationen wegen der angeblichen „Vernichtung des Volkes der Herero“ sowie im permanent rüder werdenden Umgang mit den restlichen weißen Farmern im Lande.

Wolfgang Kaufmann



Quelle des namibischen Selbstbewusstseins: Uranbergbau in dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika Bild: Mauritius

Mit mehr Uran gegen Dürre und Rezession

Zur Beschleunigung der Landreform führte die Regierung in Windhoek 2003 eine Bodensteuer ein, die progressiv anstieg, je größer der Grundbesitz ist. Damit sollten weiße Farmer zum Verkauf genötigt werden, wobei als Käufer in der Regel wohlhabende schwarze Politiker wie der jetzige Präsident Geingob bereitstanden. Das heißt, für die Masse der einfachen Landarbeiter hätte sich nichts geändert. Allerdings zeitigte dieses erpresserische Modell nur relativ geringe Wirkung. Deshalb wurde die ohnehin schon höchst willkürlich festgelegte Bodensteuer 2012 drastisch erhöht – teilweise um über 500 Prozent. Gleichzeitig erhielten schwarze Neufarmer die Möglichkeit, sich als „historisch Benachteiligte“ von der Abgabe befreien zu lassen, was sie natürlich auch taten.

Dann brach im Folgejahr eine extreme Dürre aus, woraufhin die Regierung beschloss, die Steuer generell für zwölf Monate zu erlassen. Und nun herrscht wieder große Trockenheit im gesamten südlichen Afrika, doch im Gegensatz zu 2013 gibt es diesmal kein Entgegenkommen von oben. Sämtliche Anträge auf erneute Steuerbefreiung für die rund 3500 betroffenen weißen Farmer blieben seit Februar unbeantwortet, woraufhin die deutschsprachige „Allgemeine Zeitung“ in Windhoek jetzt von „Rassismus wie unter der Apartheid“ schrieb.

> »Rassismus wie unter der Apartheid«

Dabei hätte der Staat allen Grund, den Landwirten entgegenzukommen, denn ohne deren Engagement unter den widrigen äußeren Umständen droht Namibia 2016 eine Rezession. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Zentralbank immer noch blauäugig von 4,4 Prozent Wirtschaftswachstum ausgeht. Anscheinend glauben die Verantwortlichen in Windhoek, die Konjunktur lasse sich durch Steigerungen bei der Uranförderung ankurbeln. Dieser Plan hat indes einen großen Haken: Uranerz kann man nicht essen und Lebensmittelimporte kosten in Dürrezeiten viel Geld. Da schlägt es doppelt negativ zu Buche, dass der Preis für Uranoxid seit Anfang 2016 massiv gefallen ist. *W.K.*

Rasante Aufrüstung

Das Land setzt auf Indien und Brasilien sowie eigene Produkte

Namibia rüstet auf. Das 2,3 Millionen Einwohner zählende Land hat inzwischen eine Armee von knapp 10 000 Mann, für die es 4,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufwendet, vor zehn Jahren waren es noch 2,5 Prozent. Das Geld wird nicht zuletzt für die Modernisierung des Waffenarsenals verwendet, das zum Teil aus extrem veralteter sowjetischer Technik besteht. So rollen immer noch vier antiquierte T-34/85-Panzer aus dem Zweiten Weltkrieg durch den Wüstensand – wenn sie denn anspringen

Bei der Beschaffung von Kriegsmaterial erhält Namibia derzeit vor allem Hilfe aus Brasilien, Indien und China. Die Volksrepublik lieferte bereits je ein Dutzend Erdkampfflugzeuge vom Typ Hongdu K-8 „Karakorum“ und Abfangjäger des Typs Chengdu F-7, die aufgrund ihrer robusten Konstruktion gern von Drittweltstaaten gekauft werden. Ebenso besitzt das ehemalige Deutsch-Südwestafrika mittlerweile nicht mehr nur zwei sowjetische Kampfhubschrauber vom Typ Mil-Mi-25, sondern darüber hinaus auch einige indische Helikopter.

> Das erste Kriegsschiff war ein Geschenk der Bundesrepublik

Ähnlich verhält es sich mit der namibischen Marine. Sie stellte 2002 ihr erstes Schiff in Dienst, das Patrouillen-Boot „Oryx“, bei dem es sich um ein Geschenk der Bundesrepublik handelte. Aktuell stammen jedoch schon drei der sieben großen schwimmenden Einheiten aus Brasilien. Desweiteren wurden bei den Südamerikanern viele Offiziere der Namibian Navy und des Namibian Marine Corps sowie sämtliche Angehörigen der Unterwasser-Spezialkommandos ausgebildet. Parallel dazu lieferte die chinesische Wuhan-Werft 2012 das 100 Meter lange Multifunktions-Kampfschiff „Elephant“, das die alte brasilianische Korvette „Lt. Gen. Dimo Hamaambo“ ersetzte.

Neuerdings versucht Namibia, autark selber Kriegsgerät zu entwickeln und zu bauen. Ein Beispiel dafür ist das gegen Landminen geschützte Mehrzweckfahrzeug MK II. Dieses wird in der Windhoeker Maschinenfabrik gefertigt und trägt den Namen „Werwolf“. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Der Alex droht zu kippen

Offenbar unbeeindruckt von Polizei und Justiz: Kriminelle immer hemmungsloser



Polizei und Justiz scheinen Kriminelle kaum noch abzuschrecken: Tatort Berlin-Alexanderplatz

Bild: pa

Als Kriminalitätsschwerpunkt genoss der Alexanderplatz bei vielen Berlinern schon in den vergangenen Jahren einen eher zweifelhaften Ruf. Eine erst jüngst nach Deutschland gelangte neue Problemgruppe könnte die angespannte Lage nun jedoch vollends umkippen lassen.

Besorgniserregend ist mittlerweile allein schon die Frequenz von Straftaten, die von einem der belebtesten Plätze Berlins gemeldet werden. Für Aufsehen sorgte etwa der Fall eines 17-jährigen Mädchens, das am Abend des 29. Juli auf dem Alexanderplatz von einem Mann in aller Öffentlichkeit erst verfolgt, dann begrapscht und beschimpft wurde. Polizisten, die sich in der Nähe befanden, fiel das Geschehen auf, sodass sie einschreiten konnten. Dem Tatverdächtigen, nach Polizeiangaben ein Flüchtling aus dem Irak, wurde ein Platzverweis erteilt, zudem haben die Behörden Ermittlungen wegen Beleidigung eingeleitet.

Nur eine Stunde später griffen wiederum auf dem Alexanderplatz mehrere Täter drei Männer an. Als Motiv gilt Homophobie; die Beschreibungen deuten auf Araber und Südosteuropäer als Täter hin. Nur zwei Tage darauf attackierte am späten Abend ein Jugendlicher einen jungen Afrikaner in der Gegend des Platzes. Als Polizeibeamte den Sachverhalt aufnahmen, erschien der Schläger wieder am Ort. Als daraufhin das Opfer die Polizisten auf den Mann hinwies, hielt sich der Verdächtige plötzlich ein Messer an den Hals, um eine Festnahme zu verhindern. Erst nach dem Einsatz von Reizgas gelang es der Polizei, den Verdächtigen zu überwältigen.

Bei dem vorläufig Festgenommenen soll es sich Medienberichten zufolge um einen 17-jährigen Flüchtling aus Syrien handeln, der unter dem Einfluss von Drogen stand. Vor dem Berliner Landgericht wird aktuell ein Fall verhandelt, bei dem abermals der Alexanderplatz der Tatort und ein Syrer der Verdächtige ist. Laut Anklage soll der Beschuldigte mit den Worten „Ich werde dich durchlöchern“ vor einem Hotel auf ein Opfer mit einem 30 Zentimeter langen Messer mehrfach eingestochen haben.

Asylsucher treten zunehmend als Täter in Erscheinung

Derartige Gewalttaten werfen eine Reihe von Fragen auf. Zur Kenntnis nehmen muss die Öffentlichkeit etwa, dass sich unter denen, die von Medien und Politik bislang pauschal mit Etiketten wie „Schutzsuchende“ oder „Flüchtlinge“ versehen wurden, durchaus auch schwere Gewalttäter befinden können. Zudem ist unübersehbar, dass sich der Alexanderplatz zu einem Magneten für jugendliche Asylbewerber entwickelt hat, die durch sehr aggressives Auftreten in der Öffentlichkeit auffallen.

Besonders alarmierend: Diese Problemklientel lässt sich offenbar weder von vorläufigen Festnahmen oder U-Haft noch von Verurteilung oder Abschiebung abschrecken. Ob eine Video-Überwachung des Platzes daran grundlegend etwas ändern kann, ist stark umstritten.

Im Raum steht somit die Gefahr eines völligen Umkippens des Areals rund um den Alexanderplatz zu einem Raum, in dem brutale Anarchie herrscht. Schon bislang waren nämlich die Versuche, den Alex sicherer zu machen, nicht sonderlich erfolgreich. Bereits im vergangenen Jahr ist durch eine parlamentarische Anfrage bekannt geworden, dass die Zahl von Gewaltdelikten wie Körperverletzung, Raubüberfall, Bedrohung und Freiheitsberaubung auf dem Alexanderplatz seit dem Jahr 2011 auf einem hohen Niveau verharrt. Im Schnitt kam es hier in der Vergangenheit jährlich zu rund 600 solchen schweren Straftaten.

Wie sich nun zeigt, scheint die Ausbreitung schwerer Kriminalität nicht gestoppt. An dieser Entwicklung ist gleich mehreres beunruhigend: Zum einen ist mit dem Alex einer der belebtesten Plätze der Millionenmetropole Berlin betroffen. Selbst zu vorgerückter Stunde herrscht kein Mangel an Passanten – und damit möglichen Zeugen von Straftaten. Dies aber scheint die Täter ebenso wenig zu beeindrucken wie die Präsenz der Polizei.

Bereits seit 2012 tritt die Polizei auf dem zentralen Platz nämlich verstärkt und weithin sichtbar auf. Den Anlass für einen forcierten Einsatz von Beamten gab eine schwere Gewalttat unweit des nahen Fernsehturms. Sechs Täter hatten den 20-jährigen Jonny K. mit Tritten und Schlägen derart malträtiert, dass das Opfer wenig später an Gehirnblutungen verstarb.

Naheliegend ist die Frage, warum das Gebiet im Zentrum des historischen Berlins trotz der seitdem verstärkten Bemühungen der Polizei immer noch nicht sicherer geworden ist. Auch hier könnte der Fall des 2012 getöteten Jonny K. Aufschluss geben. Schon die verhängten Strafen gegen die Täter waren Anlass zu der Frage, ob sie überhaupt der Schwere der Tat angemessen sind. Im vergangenen Jahr sorgten obendrein Medienberichte für Aufsehen, wonach zwei der Täter, die wegen gefährlicher Körperverletzung und Schlägerei zu je zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt worden waren, bereits in den offenen Vollzug kommen sollten.

Kritiker befürchten, dass von einer Strafverfolgung in diesem Stil eine unheilvolle Signalwirkung ausgeht: Einmal für Täter, die aus Gesellschaften stammten, die durch Gewalt und archaische Strukturen geprägt sind, und auf die daher eine lasche Bestrafung keinen Eindruck macht. Sorge bereitet zudem die Reaktion der hiesigen Bevölkerung: Speziell am Alexanderplatz könnte sich der Eindruck einstellen, dass der Staat selbst an zentralen öffentlichen Orten nicht mehr in der Lage ist, Schutz zu gewähren.

Norman Hanert

Skurriles aus der Wahlkampfzeit

Von Theo Maass

Ein finnisches Sprichwort sagt: „Glücklich ist, wer seine Worte von gestern nicht zu essen braucht.“ Wie hochaktuell dieser Spruch ist, zeigt der Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus.

Da unterschreiben die Christdemokraten eine „antifaschistische Manifestation“ zusammen mit Linksextremisten (Berliner Konsens), und nun dürfen die Herrschaften ihren ausgebrannten Wahlkampflaster in Berlin-Spandau bewundern. Er wurde vor einigen Tagen dort „abgefackelt“. Die Nachricht der „Antifa“ ist klar: Die CDU kann sich vorm linken Rand so tief verbeugen, wie sie will: „Nazi bleibt Nazi.“ Eine Lektion, die die CDU schon oft gelernt hat, aber immer wieder vergisst.

Tage brauchte es nur, bis ein Wahlkampf-Gag der Linkspartei demontiert wurde. Die SED-Erben inszenieren sich gern als „Anwalt der kleinen Leute“. Ganz besonders natürlich, wenn es um Wohnungen und Mieten geht. „Mietrebellin Oma Anni bleibt“ fordern sie. „Oma Anni“ indes will SPD wählen. Die 95-jährige „war immer SPD, das bleib ich auch“, sagt die alte Dame. Linksparteichef Klaus Lederer giftet daraufhin: Im Zweifel werde Oma Anni doch von der SPD „in den Arsch getreten“. Auch die Grünen wollen von diesem Krach profitieren und reklamieren, dass der damals regierende rot-rote Senat die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft GSW verkauft habe, in der die nette Oma wohnt. Dass die betagte Berlinerin genervt reagiert, hat auch einen anderen Grund: Sie dürfte ahnen, dass sich nach dem Wahltag am 18. September kaum noch jemand für ihren Fall interessieren wird

Schaut man etwas länger zurück bis 1989 und davor, werden sich Einwohner aus dem Ostteil Berlins vielleicht noch daran erinnern, wohin staatlich festgelegte (letztlich renditefreie) Mieten geführt haben. Der „Kapitalismus“ hat dann Jahrzehnte gebraucht, um heruntergekommene Stadtquartiere wieder bewohnbar zu machen. Aber für diese Erkenntnis braucht man schon ein Langzeitgedächtnis.

Berlin hat wohl die zahlenmäßig stärkste Homosexuellen-Szene in Deutschland. Diese Bevölkerungsgruppe leidet besonders unter den religionspolitischen Zwangsvorstellungen radikal-islamisch geprägter Zuwanderer, die Bundeskanzlerin Merkel unter dem Bruch zahlreicher geltender Gesetze eingeladen hat, in Deutschland Wohnsitz zu nehmen. Gegen die Politik geht die Alternative für Deutschland (AfD) mit harten Worten vor. Trotzdem vergeht kaum ein Tag, an dem die Funktionäre der Schwulen- und Lesbenlobby eindringlich vor der Wahl der Blauen warnt. Woher diese spezielle Abneigung gegen eine bestimmte Partei rührt, bleibt das Geheimnis der Lobby-Vertreter.

Querschuss aus Potsdam

CDU-Berlin und CDU-Brandenburg streiten über Asylpolitik

Die Berliner CDU kämpft kurz vor den Landtagswahlen gegen ihren politischen Bedeutungsverlust. Parteichef Frank Henkel hat sich daher spät verbal dorthin orientiert, wo er seine Wähler vermutet. Nach den radikal-islamischen Attentaten sprach er von „völlig verrohten Personen“, die Deutschland „importiert“ habe. Er will die doppelte Staatsbürgerschaft abschaffen und ein Burkaverbot durchsetzen.

Der Landes- und Fraktionschef der brandenburgischen CDU, Ingo Senftleben, hat sich von seinem Berliner Parteifreund distanziert. Er wirbt dafür, am Merkel-Kurs festzuhalten: „Ich wüsste keine andere Antwort.“ Fast wörtlich zitiert er die Kanzlerin: „Es gibt eine Aufgabe, egal, ob sie groß oder klein ist – wir sagen: Wir schaffen diese Aufgabe.“

In der Berliner CDU ist man irritiert über diese „Wahlkampfhilfe“. Der Kreuzberger CDU-Chef Kurt Wansner bescheinigte Senftleben, er habe „jeglichen Realitätssinn“ verloren. Der Fraktionschef der Steglitz-Zehlendorfer Bezirks-CDU, Torsten Hippe, fragte gegenüber der *PAZ* ironisch: „Wer ist Ingo Senftleben?“ Senfleben kontert: Henkels Wortwahl benutze er nicht, denn „das Wort ‚importiert‘ ist nicht korrekt ...“

Henkel verschärft den Ton – Senftleben kontert

Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière kritisierte den Berliner CDU-Chef indirekt, weil er die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft als Integrationshindernis gefordert hatte. Das will de Maizière nicht. Unterstützung erhielt er für seine Forderung nach einem Burkaverbot dagegen von der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Julia Klöckner. Ein Trend, der aufhorchen lässt: Offenbar nähern sich wahlkämpfende CDU-Politiker wie Henkel und solche, bei denen der Schmerz über erst kurz zurückliegende Niederlagen noch frisch ist wie Klöckner, einander in der Kritik an der Merkel-Linie an.

Wansners Einschätzung scheint zudem über Parteigrenzen hinweg geteilt zu werden. Der wahlkämpfende Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering (SPD), bei dem am 4. September gewählt wird, fand dieser Tage überraschende Worte: „Frau Merkel hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Flüchtlingsfrage zu einer starken Polarisierung der Bevölkerung geführt hat. Davon profitiert die AfD.“ In Sellerings Land gehen die Bürger zwei Wochen vor Berlin an die Urnen. Beobachter erwarten eine Signalwirkung aus Schwerin für die Berlin-Wahl.

Hans Lody

Gewalt zur Wahl

Bürgerliche Parteien Opfer von Übergriffen

Wenige Wochen vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus häufen sich in Berlin politisch motivierte Straftaten. In Mariendorf ist ein Wahlhelfer der Partei „Pro Deutschland“ körperlich attackiert worden. Nach Angaben des 50-Jährigen befand er sich am Mariendorfer Damm und wollte an einem Lichtmast Wahlplakate anbringen, als ein Unbekannter versucht habe, ihm Plakate aus der Hand zu reißen. Da dies dem Angreifer nicht gleich gelang, soll er dem Opfer mit der Faust gegen die Schulter geschlagen haben.

CDU, AfD und Pro Deutschland im Visier

Vorläufig festnehmen konnte die Polizei einen Verdächtigen in einem anderen Fall. Beamte hatten einen Mann beobachtet, der nachts in Neukölln AfD-Plakate abgerissen hat. Gegen den 28-Jährigen ist ein Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung eingeleitet worden.

In beiden Fällen hat der für politische Delikte zuständige Berliner Staatschutz die Ermittlungen übernommen. Er ermittelt inzwischen ebenso im Fall eines mutmaßlichen Brandanschlags, bei dem erheblicher Sachschaden entstanden ist. Der Wahlkampfbus des Spandauer CDU-Kandidaten Thilo-Harry Wollenschlaeger ist völlig ausgebrannt. Das Fahrzeug mit CDU-Werbung stand auf einem öffentlich zugänglichen Parkplatz.

Innensenator Frank Henkel (CDU) sprach im Zusammenhang mit dem Brand von einem „unerträglichen Anschlag auf eine demokratische Partei und einem neuen Tiefpunkt in der politischen Auseinandersetzung“. Laut Henkel werden Plakate der CDU vor allem in den Innenstadtbezirken „seit Tagen beschmiert, zerrissen oder verbrannt“.

N.H.

Araber greifen Polizisten an

Ein erst elfjähriger „kiezorientierter Mehrfachtäter“ hat im Berliner Problemviertel Gesundbrunnen einen Einsatz der Polizei mit 14 Beamten und drei Diensthunden ausgelöst. Der Junge hat mit anderen Kindern in einem offenen Wagen immer wieder den Motor angelassen, weshalb Nachbarn die Polizei riefen. Als die Beamten eintrafen, rotteten sich rund 70 Personen zusammen, bedrohten, attackierten und beleidigten die Polzisten. Der Elfjährige gehört einer palästinensischen Großfamilie an, auch seine „Unterstützer“ sind dem Vernehmen nach Araber. Seit Jahren beklagen Berliner Polizisten solche Zusammenrottungen, bei denen sie angegriffen und mit lauten Rufen wie „Haut ab, das ist unsere Straße!“, „Es lebe der Dschihad“, „Scheiß Christen!“ oder „Scheiß Deutsche!“ verhöhnt werden. Ein örtlicher Sozialarbeiter erklärt das Verhalten mit der Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit vieler Jugendlicher in dem Teil der Hauptstadt.

H.H.

MELDUNGEN

Werben um Dänemarks DF

Kopenhagen – Mette Frederiksen, die Vorsitzende der dänischen Sozialdemokraten, bewegt sich auf die Dänische Volkspartei (DF) zu. Sie bemüht sich um eine Parlamentsmehrheit gegen die Steuersenkungen, welche die von der DF gestützte bürgerliche Minderheitsregierung plant. Die Sozialdemokratin will lieber weitere soziale Leistungen. Das wäre auch im Sinne der DF, doch sieht sie ihr primäres Anliegen in einer weiterhin restriktiven Ausländerpolitik. Der DF-Fraktionsvorsitzende Peter Skaarp beschied Frederiksen deshalb, dass eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit an „Zugeständnisse der Sozialdemokraten in der Ausländerpolitik“ gebunden sei. *H.L.*

Bürgermeister redet Klartext

Mödling – Herumlungernde Jugendliche, Vermüllung sowie Pöbeleien und Belästigungen durch Zuwanderer gehören im niederösterreichischen Mödling mittlerweile zum Straßenbild. Nach einem sexuellen Übergriff von vier Afghanen auf eine junge Frau in einem Lokal in der Innenstadt ist Bürgermeister Hans Stefan Hintner der Kragen geplatzt: „Wir lassen uns das nicht mehr gefallen. Ich hab' die Schnauze voll von den jungen Afghanen“, schimpfte er gegenüber der Tageszeitung „Krone“. Das Innenministerium gibt sich empört und wirft Hintner Vorverurteilung von afghanischen Flüchtlingen vor. Die Polizei ermittle gegen Unbekannt und der Bürgermeister solle sich an die Fakten halten, erklärte ein Ministeriumssprecher. Der kontert: „Es ist nicht der erste Fall, ich kenne die Situation am besten. Ich weiß doch, was in meiner Stadt passiert, und ich nehme das nicht hin.“ Der Gastwirt bestätigt den Vorfall so, wie ihn der Bürgermeister darstellt. *J.H.*

Putin baut Russland zur Festung aus

Aufrüstung, »Silowiki« an Außenposten, Separatismus-Bekämpfung: Der Präsident sichert seine Macht

Russlands Präsident Wladimir Putin fühlt sich von allen Seiten bedroht und rüstet vor allem an den Grenzen zu Nato-Ländern auf. Vor wenigen Tagen hat er eine Reihe wichtiger Posten im Land neu besetzt. Vieles deutet darauf hin, dass er eine Palastrevolte befürchtet und vor der Parlaments- und der Präsidentenwahl seine Macht sichern will.



Demonstration militärischer Stärke: Während des Königsberger Stadtfests stellte die russische Marine auf der „Jantarwerft“ die Fregatte „Admiral Essen“ in Dienst

Bild: action press

Kritiker unken, dass Putins Regierungsstil sich gerade im Übergang vom breschnewschen zum stalinschen befinde. Das System sei einfach und transparent: Nur einer im Land trägt alle Entscheidungen, gestützt von zwei Machtstrukturen – der erst kürzlich gegründeten Nationalgarde und dem Militär.

Nahrung für solch eine düstere Prognose liefert unter anderem die militärische Aufrüstung an Russlands Außengrenzen. In der Ostsee-Exklave Königsberger Gebiet fühlt Russland sich durch Nato-Übungen und die verstärkte Truppenpräsenz im Baltikum bedroht. Auch an den Grenzen zur Ukraine und auf der Krim verstärkt der Kreml seine Truppen gegen das verstärkte Vordringen der Nato. Seit diesem Monat stationiert Russland sein modernstes Luftabwehrsystem S-400 dauerhaft im Osten der Halbinsel. Es dient der Luft- und Raketenabwehr und hat eine Reichweite von bis zu 400 Kilometern.

Anlass für wilde Spekulationen geben mehrere überraschende Personalentscheidungen, wie die plötzliche Absetzung von Sergej Iwanow, dem Chef der mächtigen Kremlverwaltung und langjährigen Begleiter Putins noch aus gemeinsamen KGB-Zeiten. Hätte Iwanow, der einst Verteidigungsminister und Ministerpräsident unter Putin war und schon 2007 als Kronprinz gehandelt wurde, ihm gefährlich werden können? Über die Hintergründe ist offiziell nichts bekannt. Iwanows neuer Posten als Spezialbeauftragter des Kreml für „Fragen des Naturschutzes, der Ökologie und des Transports“ stellt jedenfalls eine drastische Degradierung dar. Neuer Chefverwalter des Kreml wird Iwanows bisheriger Stellvertreter Anton Wajno, ein 44-jähriger, im estnischen Reval geborener ehemaliger Diplomat.

Kurz zuvor waren schon in den weit vom Zentrum entfernten Grenzregionen Königsberger Gebiet und Sibirien Köpfe gerollt. Für die Königsberger war es ein Schock, als ihr Gouverneur Nikolaj Zukanow vorzeitig entlassen und durch den Geheimdienstler Jewgenij Sinitschew ersetzt wurde (siehe *PAZ* Nr. 31). Ebenso überraschend wurde der Ex-Marineoffizier Sergej Menajlo, bisher Gouverneur von Sewastopol/Krim, zum bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten im Föderalen Bezirk Sibirien ernannt. Beide sind sogenannte „Silowiki“ (russische Bezeichnung für Vertreter des Geheimdienstes oder des Militärs). Beiden Regionen gemeinsam ist die Gefahr von Separatismusbestrebungen.

Russland sieht sich an West-, Ost- und Südgrenze bedroht

In der Königsberger Exklave wurde jetzt sogar erstmals ein Verfahren gegen einen Mann aus dem Samland eröffnet, der die Rückbenennung „Kaliningrads“ in Königsberg gefordert hatte. Ihm drohen bis zu vier Jahren Haft. Sibirien hingegen droht die Überfremdung durch chinesische Bauern, die immer weiter in das dünn besiedelte Land hineindrängen. Zwar profitiert die russische Wirtschaft von der Wertschöpfung, allerdings sorgt die Bewirtschaftung russischen Bodens durch chinesische Bauern auch für Unruhe, da eine „schleichende chinesische Übernahme“ im Osten Russlands befürchtet wird.

Für Wladimir Putin heißt es in dieser Situation: Stärke zeigen und seine Macht behaupten. Denn geopolitisch zischt und brodelt es an allen Ecken des Riesenreichs. Der russische Politologe Dmitrij Oreschkin glaubt, dass Putin durch die Besetzung wichtiger Posten mit „Silowiki“ einem möglichen Umsturz vorbeugen wolle. Putin sei dabei, einen neuen Eisernen Vorhang um sich zu ziehen. Russland sehe sich einer besorgniserregenden Einkreisung von allen Seiten gegenüber: im Westen die Nato, in Fernost die chinesische Expansion und im Süden flackern derzeit Konflikte im Kaukasus wieder auf, wofür der Kreml westliche Denkfabriken wie den amerikanischen Atlantic Council verantwortlich macht.

In Armenien tobt ein Machtkampf zwischen rechter Opposition und der Regierung (siehe *PAZ* Nr. 31), und auch der Konflikt in der Region Berg-Karabach sorgt wieder für Schlagzeilen. Obwohl Russland und die Türkei bislang erbitterte Gegner in dem Konflikt waren – Russland unterstützt Armenien, während die Türkei zu Aserbajdschan hält – stützen türkische Analysten nun, nach der jüngsten Versöhnung zwischen Putin und Erdogan, die These, dass US-Organisationen die armenische Regierung stürzen wollten, um den russischen Einfluss im Südkaukasus zurück-zudrängen. Ebenso beunruhigen Russland islamische Konflikte in Kasachstan. Armenien und Kasachstan sind enge Verbündete, die sich direkt an den Grenzen zu Russland befinden.

Vor der Staatsduma-Wahl am 18. Dezember und der 2018 anstehenden Präsidentenwahl wird Putin alles daran setzen, sein Riesenreich wieder stark zu machen, die Wirtschaftskrise zu überwinden, neue Partner zu finden und Widersacher auszuschalten. Putin-Kritiker sehen Parallelen zu Stalin, dessen Misstrauen gegen die alte Garde der Bolschewiki 1936 und in der Folgezeit so groß wurde, dass er sie gegen ihm ergebene Technokraten austauschte.

Manuela Rosenthal-Kappi

Großbritannien im Visier

Jugendlicher Moslem sticht mit Messer auf Passanten ein

Die Welle der Messerangriffe durch jugendliche Muslime auf offener Straße, die in Deutschland begonnen hatte und in Frankreich weitergegangen war, hat nun auch Großbritannien erreicht. Ein 19-jähriger Angreifer mit somalischem Hintergrund hat im Londoner Bezirk Camden auf offener Straße mit einem Messer auf Passanten eingestochen. Eine Frau verstarb noch am Tatort, mindestens fünf weitere Menschen wurden verletzt. Der Täter wurde festgenommen.

„Wir glauben, dass es sich um eine spontane Tat handelt“, sagte ein Sprecher der Anti-Terror-Einheit von Scotland Yard. Erleichtert sei man, als festgestanden habe, dass es keine Anzeichen für eine Radikalisierung oder terroristische Motive hinter der Messerattacke gebe, hieß es in einer Stellungnahme der Polizei. Vielmehr sei die Tat durch „gesundheitliche Probleme ausgelöst“ worden. Der Londoner Bürgermeister Sadiq Khan, ein praktizierender Muslim pakistanischer Herkunft, erklärte nach der Attacke, die Sicherheit der Londoner habe „oberste Priorität“ bei seiner Arbeit. Er rief die Einwohner Londons auf, ruhig und wachsam zu bleiben.

London ist die erste europäische Hauptstadt, die von einem Muslim regiert wird und die Stadt Englands mit den meisten Muslimen. Sie machen zwischen fünf und zehn Prozent der Stadtbewohner aus. Es folgt Blackburn im Nordwesten Englands mit 150000 Moslems.

Bis Ende der 60er Jahre verfolgte Großbritannien eine sehr großzügige Einwanderungspolitik gegenüber Ausländern aus dem ehemaligen Empire. Auch wenn Muslime nur 20 Prozent der Einwohnerschaft Britisch Indiens stellten, machten sie unter den Einwanderern Großbritanniens doch 80 Prozent aus. Von den Hindus dagegen, die den Befreiungskampf gegen die britischen Kolonialherren mehrheitlich getragen haben und die Republik Indien dominieren, zog es nur wenige ins einstige Mutterland des Empire. Seit den 70er Jahren wurden die Einwanderungsgesetze zwar verschärft, doch konnten die Muslime durch ihre hohe Geburtenrate ihren Anteil an der Bevölkerung ausbauen. Es ist zu erwarten, dass der Brexit den Anteil nichteuropäischer muslimischer Immigranten erhöhen wird.

Moslemische Masseneinwanderung aus Britisch Indien

Blackburn mit seinem Anteil von 30 Prozent Muslimen ist ein gutes Beispiel, wie Kulturen und Religionen gleichzeitig physisch in nächster Nähe leben und trotzdem verschiedenen Welten angehören können. 52 Moscheen gibt es in Blackburn. In manchen Stadtteilen wie Bastwell und Shear Brow bilden Muslime bereits 90 Prozent der Bevölkerung. Die die Stadt dominierenden indischstämmigen Muslime sind in ihrer Mehrzahl Deobandis, streng orthodoxe Sunniten, die den Salafismus indischer Prägung bis hin nach Afghanistan dominieren.

Die in der Pakistan benachbarten indischen Provinz Uttar Pradesh gelegene Rechtsschule von Deoband gilt neben dem Wahhabismus als die Schmiede islamistischen Terrors, sozusagen als Mutter aller Höllen, um es mit orientalischem Sprachgeschnörkel auszudrücken. Die Deobandis sind von ihrer Herkunft her sehr gut clanartig organsiert. Deshalb wurden sie die treibende wirtschaftliche Macht in Blackburn. Die Pakistaner fahren die Taxis, die Deobandi-Inder betreiben eine ganze Reihe der wichtigsten Unternehmen der Region, so ist die Hackordnung. Ihre politischen Interessen nimmt die Labour Party wahr, für welche die Muslime mittlerweile so wichtig sind wie einst die Gewerkschaften. *B. Bost*

Pontifex oder Spontifex?

Warum Franziskus islamische Gewalt relativiert

Auf Rückflügen von Auslandsbesuchen gibt Papst Franziskus sehr gerne spontane Interviews. Seine spontanen Flugzeug-Worte haben ihm bereits den Ruf eingebracht, eher ein Spontifex als ein Pontifex (Brückenbauer) zu sein. Päpstliche Unfehlbarkeit hin oder her, in 10000 Metern Höhe sei der theologische Gehalt seiner Äußerungen zuweilen so dünn wie die Luft, sagen Kritiker. So hatte Franziskus beispielweise Katholiken mit Karnickeln verglichen oder die Ohrfeige für Kinder als kulturbedingt akzeptiert.

So war es auch jetzt, als der Bischof von Rom auf dem Rückflug vom Weltjugendtag in Polen über das Verhältnis von Religion und Gewalt sprach. Journalisten wollten von ihm, auch angesichts der Ereignisse der letzten Tage in Deutschland und Frankreich, wissen, warum er nie vom Islam spreche, wenn es um Terrorismus gehe.

Das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche antwortete auf die Journalistenfrage nach der Gewalt im Islam eher wolkenhaft: „Wenn ich über islamische Gewalt spreche, dann muss ich auch über christliche Gewalt sprechen“, sagte er. Und weiter: „In fast jeder Religion gibt es immer eine kleine Gruppe von Fundamentalisten – bei uns auch.“ Zur Relativierung islamistischer Verbrecher führte er aus, dass es auch Katholiken gebe, die Straftaten begehen. Der eine töte seine Freundin, ein anderer seine Schwiegermutter. Auf den Unterschied, dass Katholiken nicht beim Töten ihrer Schwiegermutter rufen: „Gelobt sei Gott“, dass sie sich bei ihrer Tat nicht auf ihre Religion berufen, dass ihre Gewaltverbrechen weder religiös motiviert sind noch theologisch legitimiert werden, ging Franziskus nicht ein.

Der Papst gibt gerne spontane Interviews über den Wolken

Bis heute streiten die Religionsexperten darüber, ob und wie sich die Religionsstifter Mohammed und Jesus gerade im Verhältnis zur Gewalt unterscheiden. Die Frage nach der Stellung der Vernunft und der Gewalt in der Religion hatte Franziskus' Vorgänger in dessen sehr theologischen Regensburger Rede thematisiert und dabei Teile der muslimischen Welt gegen die Kirche aufgebracht.

Der Franziskaner auf dem Heiligen Stuhl hat einen ganz anderen Zugang zu dieser schwierigen Frage als der Theologenpapst aus Deutschland. Für ihn steht der Mensch im Mittelpunkt und dessen Beziehung zu Gott. Es ist verständlich, dass er gerade in der jetzigen Zeit die Beziehungen zum Islam nicht noch mehr belasten will, zumal es ja positive Signale von Seiten der Al-Azhar-Universität in Ägypten in Richtung auf eine Wiederaufnahme des Dialogs gibt.

Trotz seines hohen Amtes möchte Franziskus nicht nur Religionsführer, sondern auch Seelsorger sein. Als solcher stellt er sich der Selbstkritik auch in dieser Frage. Wenn er vom Islam redet, gilt für ihn das Prinzip, dass auch derjenige, der Gewalt im Namen der Religion anwendet, zunächst ein Mensch und nicht ein Repräsentant seiner Religion sei. Gerade Selbstkritik verweigern andere Geistliche – vor allem aus dem Islam –, für die Seelsorge ein Fremdwort ist. Islamische Religionsführer spielen lieber eine politische Rolle, manche sind sogar bereit, dafür ihre eigene Ideologie über das Wort Gottes zu stellen. Das wiederum macht Franziskus auch in seinen Aussagen über den Islam wieder sympathisch und authentisch, trotz seiner flapsigen Aussagen in luftiger Höhe. *B.B.*

»Das muss jetzt ein Ende haben«

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU fordert Steuerentlastungen in achtstelliger Höhe

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) hat ein Steuerkonzept zur Entlastung der Bürger um mindestens 30 Milliarden Euro vorgelegt. Es soll erst nach der nächsten Bundestagswahl realisiert werden, wird allerdings jetzt schon kontrovers diskutiert.

Finanziert werden sollen die geplanten Steuerentlastungen durch angeblich zu erwartende Steuermehreinnahmen. Zunächst soll nach der Bundestagswahl die Werbekostenpauschale auf 2000 Euro verdoppelt werden. Ab 2019 soll dann der Anstieg der Steuerkurve abgeflacht werden und der Spitzensteuersatz von 42 Prozent erst ab 60 000 Euro statt wie bisher schon ab 53 600 Euro Jahresbrutto greifen. Durch die sogenannte kalte Progression zahlen immer mehr Arbeitnehmer mit mittleren Einkommen den höchsten regulären Tarif. Außerdem soll der Steuersatz bei Jahreseinkommen ab 13 669 Euro von 24 auf 20 Prozent sinken. Ab 2020 will man den Kinderfreibetrag anheben und das Kindergeld entsprechend erhöhen. Der MIT-Vorsitzende Carsten Linnemann erklärte gegenüber der „Süddeutschen Zeitung", die Union habe in den vergangenen Jahren die dringend nötige Steuerreform leider immer wieder mit dem Verweis auf andere wichtige Themen vertagt: „Das muss jetzt ein Ende haben."

Beim sozialdemokratischen Koalitionspartner stieß der Vorstoß auf heftige Ablehnung. Nordrhein-Westfalens Finanzminister Norbert Walter-Borjans nannte die Pläne gegenüber der „Nordwest-Zeitung" „heuchlerisch". Die Unionsmittelständler würden eine Entlastung ohne Gegenfinanzierung versprechen. „Wer den Menschen das verspricht, erzählt ihnen nicht die Wahrheit." Die MIT betreibe eine „verkappte Entlastung von Multimillionärseinkünften", weil auch „Megaverdiener" zu den Nutznießern zählten.

Mathias Middelberg, MIT-Steuerexperte, hielt dem entgegen, dass diejenigen, „die alleinerziehend sind oder viele Kinder haben und in den unteren und mittleren Segmenten verdienen" mit stattlichen Entlastungen rechnen könnten. „Es fallen also wirklich für die Normalverdiener und Normalfamilien Entlastungen zwischen 32 und 36 Prozent an. Das sind schon richtige Entlastungen, da zahlt man einfach ein Drittel Steuern weniger", sagte er dem Internetportal der „Tagesschau": „Das ist ein faires und gerechtes Konzept."

> Die Unterorganisation der seit elf Jahren regierenden Union richtet ihre Forderung erst an die nächste Regierung nach der Wahl

Offenkundig versuchen die Mittelständler den CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble mit ins Boot zu holen. Der gibt sich zwar generell offen für Entlastungen, hat aber noch nicht entschieden, wie viel Geld er aus Einsparungen und Mehreinnahmen an die Bürger zurückleiten will. „Wir sehen mehr Spielraum als Herr Schäuble, aber das ist normal in einer Partei. Da gibt es halt eine Auseinandersetzung, aber ich freue mich darüber, dass es einen Finanzminister gibt, der sagt, wir haben ein Problem, dass die unteren und mittleren Einkommen überproportional belastet werden. Dieses Problem muss beseitigt werden", erklärte Linnemann. Die Mitte der Gesellschaft habe das Gefühl, sie sei vernachlässigt worden. „Dies ist auch nachweisbar", so Linnemann. Seit Jahren steige der Grundfreibetrag, der Spitzensteuersatz aber greife bei derselben Summe. „Das führt dazu, dass die Mittelschicht überproportional belastet wird." Der Arbeitnehmerflügel der Partei (CDA) äußerte sich positiv zu den Plänen des Wirtschaftsflügels. Wenn es der Haushalt zulasse, sei es vollkommen richtig, kleine und mittlere Einkommen zu entlasten, sagte der Chef der CDA, Karl-Josef Laumann, dem „Handelsblatt".



Seit drei Jahren Bundesvorsitzender der MIT: Carsten Linnemann Bild: pa

Die Initiatoren des Papiers vermieden es tunlichst, zu harsche Kritik an der Politik der Regierung zu üben. Auf die Frage, warum die Union erst jetzt und nicht in den bisherigen zehn Jahren an der Regierung ein Steuerkonzept erarbeitet habe, erklärte Linnemann gegenüber dem „Deutschlandfunk", man sei mit der Lösung der Banken- und Griechenlandkrise beschäftigt gewesen. Dann sei das Ziel gefolgt, keine neuen Schulden vorzulegen.

Kritisch äußerten sich auch die oppositionellen Grünen. „Die Vorschläge laufen darauf hinaus, dass die Manager mehr entlastet werden als die Mitarbeiter, die Chefärzte mehr als die Pflegekräfte – gerecht ist das nicht", sagte der finanzpolitische Sprecher ihrer Bundestagsfraktion, Gerhard Schick, gegenüber dem Nachrichtensender NTV. Er forderte statt der Steuerpläne eine Entlastung für kleine Einkommen, und zwar bei den „häufig sehr stark steigenden Mieten". Da bringe aber eine Änderung des Steuertarifs nichts, sondern nur Wohnungen zu bezahlbaren Mieten. Die Linkspartei, die in diesen Tagen unverhohlen um ein rot-rot-grünes Bündnis nach der nächsten Bundestagswahl buhlt, bezeichnete die Pläne wenig überraschend als „Kotau vor dem Kapital". Die CDU betreibe „mal wieder Politik für Superreiche", sagte der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch: „Ich bin mal gespannt, ob die SPD das mitmacht." Spätestens jetzt ist der Steuerwahlkampf, den Angela Merkel nie wollte, eröffnet.

Das Steuerkonzept hat jedoch nicht nur in den anderen Parteien Gegner. So soll Angela Merkel im engen Zirkel der Berliner CDU-Machtzentrale wiederholt ihre Partei davor gewarnt haben, im kommenden Jahr einen „Steuerwahlkampf" zu führen. Als Begründung führte sie nicht an, dass sie das Geld bereits anderweitig verplant habe, sondern dass die Union als Volkspartei möglichst breite Bevölkerungsschichten ansprechen müsse und keine Gruppen gegeneinander ausspielen dürfe. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Putin fordert Garantien

Moskau/Sofia – Russland und Bulgarien haben vereinbart, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe die Bedingungen zu erarbeiten, unter denen die geplante „South-Stream-Pipeline" realisiert werden kann. Die Pipeline mit einer Kapazität von 64 Milliarden Kubikmeter Gas jährlich sollte über Bulgarien bis Serbien und Ungarn fortgeführt werden. Im Dezember 2014 war das Projekt wegen Widerstands aus der EU, dem sich schließlich auch Sofia beugen musste, auf Eis gelegt worden. Wladimir Putin fordert als Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Vorhabens nun von Bulgarien juristisch wasserfeste Garanteien, da Russland bereits Verluste zu verzeichnen habe. *MRK*

Weniger Bäcker und Fleischer

Berlin – Die Zahl der Bäckerhandwerksbetriebe hat sich seit 1998 fast halbiert. Gab es im Jahr 1998 noch 21 400 Betriebe, sank deren Zahl bis zum Jahr 2015 auf 12 155. Die meisten Bäckereien gibt es mit 2600 in Bayern, gefolgt von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen mit jeweils rund 1800 Betrieben. Im Fleischerhandwerk ist die Entwicklung ähnlich. Dort sank die Zahl der Betriebe von rund 25 500 im Jahr 1998 auf rund 14 000. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.033.263.481.709 €
Vorwoche: 2.033.193.669.215 €

Verschuldung pro Kopf:
24.960 €
Vorwoche: 24.959 €

(Dienstag, 16. August 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Urteil gegen Berlins Senat

Zweitwohnungen dürfen an Touristen vermietet werden

Berlins Verwaltungsgericht hat dem Kampf des rot-schwarzen Senats und der Bezirke gegen Ferienwohnungen in der Stadt einen herben Dämpfer verpasst. Es entschied, dass eine Zweitwohnung in Berlin zeitlich befristet und während eigener Abwesenheit wieder an Touristen vergeben werden kann.

Das Urteil öffnet aus Sicht von Politikern eine schwer zu kontrollierende Hintertür, die das Zweckentfremdungsverbot des Senats zur stumpfen Waffe am Wohnungsmarkt mache. Damit bricht ein zentrales Werkzeug der Parteien gegen steigende Mieten mitten im Wahlkampf weg. Berlins Politik steht in der Wohnungspolitik abermals vor den Scherben der eigenen Entscheidungen.

In der Hauptstadt ist es seit dem 1. Mai verboten, ganze Wohnungen als Ferienwohnungen anzubieten. Der Trend zur Vermietung wuchs zuvor mit neuen Portalen im Internet, in denen Eigner problemlos ihre Wohnung in ein Urlaubsdomizil auf Zeit umfunktionieren konnten – ein lukrativer Verdienst. In Metropolen wie Hamburg oder Berlin verschärfe das die Lage auf dem Wohnungsmarkt, argwöhnt die Politik. Darum geht der Senat gegen die Vermieter vor: Es drohen Bußgelder von bis zu 100 000 Euro. An der Elbe werten Behörden systematisch das Netz aus, um gegen jede aus Wohnraum entstandene Ferienbleibe in der Stadt Beweise zu sammeln. Allein bei einem führenden Netzanbieter in Hamburg sind aktuell noch über 400 Ferienwohnungen zu haben, auch in Berlin standen nach dem Verbot noch hunderte Bleiben im Netz.

Das könnte bald auch wieder legal möglich sein, denn am 9. August entschied Berlins Verwaltungsgericht zugunsten von drei Wohnungseigentümern mit Hauptwohnsitz in Dänemark, Italien und Rostock. Sie klagten, um ihre Wohnungen in den Bezirken Friedrichshain und Pankow an Touristen vergeben zu können, obwohl die Bezirke die beantragte Sondergenehmigung nicht erteilt hatten. Das Urteil wirkt nicht nur gegen die Bezirke. Die Richter ordneten das „schutzwürdige private Interesse" am Eigentum als wertvoller ein denn das „öffentliche Interesse an der Erhaltung des betroffenen Wohnraums". Genau darum geht es indes Berlins Politik. Die Richter sahen im politischen Zweckentfremdungsverbot keine Hilfe für mehr Wohnraum in der Stadt. Die Wohnungen stünden außerhalb der Nutzungszeit durch ihre Eigner dank Verbot einfach leer, so die Richter. Auch konnten sie keine Hinweise auf missbräuchliche Anmeldung als Zweitwohnsitz erkennen.

> Ein Gerichtsurteil von überregionaler Bedeutung

Der Berliner Mieterverein fürchtet, das Urteil ermuntere dazu, Zweitwohnungen anzumelden und den Wohnraum umzufunktionieren. „Zukünftig müssen Ferienwohnungsbetreiber einfach nur einen Zweitwohnsitz in Berlin anmelden und für diesen die Ausnahmegenehmigung für die Zweckentfremdung beantragen", so Mietervertreterin Wibke Werner.

In anderen Großstädten mit ähnlichem politischen Druck schafft das Urteil ebenfalls Freiraum zur Ferienvermietung. Berlins Politiker hatten Zweitwohnungen ausdrücklich mit in das Zweckentfremdungsverbot einbezogen. Der Senat will dieses Scheitern nicht hinnehmen und nun gegen „künstliche Zweitwohnsitze" vorgehen. Die Politik riskiert damit jahrelange rechtliche Auseinandersetzungen. *SG*

Kampf ums Überleben

Air Berlin droht ein neuer Rekordverlust

Die momentane Serie terroristischer Anschläge sowie die Überkapazitäten in der Luftfahrtbranche treffen die ohnehin schwer angeschlagenen Fluggesellschaft Air Berlin besonders hart. Bereits im Jahr 2015 hatte Deutschlands zweitgrößte Fluggesellschaft mit rund 447 Millionen Euro den bis dahin höchsten Verlust ihrer Geschichte eingeflogen. Wie unlängst vorgelegte Zahlen belegen, ist auch die erste Hälfte dieses Jahres für Air Berlin schlecht verlaufen.

So sank der Umsatz gegenüber den Vorjahreswerten um acht Prozent auf 1,7 Milliarden Euro. Unterm Strich flog Air Berlin damit einen Halbjahresverlust von 271 Millionen Euro ein. 2015 war zur Jahresmitte „nur" ein Minus von 248 Millionen Euro ausgewiesen worden.

Nach eigenen Angaben erzielt Air Berlin bis zu einem Drittel der Umsätze auf Urlaubsstrecken. „Deshalb trifft uns die instabile politische Situation in traditionellen Feriengebieten wie der Türkei, Griechenland und Nordafrika besonders hart", so Air-Berlin-Chef Stefan Pichler. Verschärfend kommt hinzu, dass viele Fluggesellschaften inzwischen ihre Verbindungen zu sicheren Urlaubsorten wie Mallorca ausgebaut haben, was weiter sinkende Preise erwarten lässt. Für Air Berlin droht damit ein Wettlauf mit der Zeit. Zur Sanierung hat die Gesellschaft ihre Kapazitäten um fast ein Zehntel gegenüber dem Vorjahr reduziert. Wie die jüngsten Halbjahreszahlen belegen, ist bislang allerdings keine Trendumkehr gelungen. Angekündigt wurde nun der Ausbau des Angebots auf den transatlantischen Strecken. Zusätzliche Einnahmen will man bei Air Berlin erzielen, indem man die Passagiere auf Inlands- und Europastrecken für Kaffee, Wasser, Bier und Snacks künftig zahlen lässt. Gleichzeitig will der Lufthansa-Konkurrent in seiner Europaflotte auch eine Business Class anbieten.

> Schwierige Rahmenbedingungen für die ganze Branche

Offen bleibt, wie viel Zeit der Fluglinie noch zum umzusteuern bleibt. Aus Sicht von Marktbeobachtern kämpft Air Berlin nämlich längst ums Überleben, „wobei sich der Fokus weniger auf die Börsenkapitalisierung (kümmerliche 75 Millionen Euro) als auf die Entwicklung der Barmittel richtet", so eine Einschätzung, die in der „Neuen Züricher Zeitung" zu lesen war. Ähnlich skeptisch klingt Andrew Lobbenberg, Analyst der Investmentbank HSBC, der in einer Studie zur Lage der Luftfahrtbranche Air Berlin nahe einer Insolvenz sieht. Betroffen von einer solchen Entwicklung wäre insbesondere die arabische Fluglinie Etihad, der knapp 30 Prozent der Air-Berlin-Aktien gehören.

Mehrere Finanzspritzen der Araber haben in den letzten Jahren bislang immer wieder dafür gesorgt, dass es weitergeht. Die nicht abreißende Reihe von Verlusten – in den letzten acht Jahren wurden unterm Strich nur einmal schwarze Zahlen eingeflogen – dürfte allerdings auch die Nerven der Verantwortlichen bei Etihad strapazieren. Bereits im Juli waren Berichte aufgetaucht, wonach der Großaktionär Etihad einen Verkauf von Air-Berlin-Teilen an die Lufthansa sondiert. Spekuliert wird in der Branche, ob 40 der 150 Maschinen aus der Air-Berlin-Flotte samt Crews künftig per Leasing für die Lufthansa-Billigmarke Eurowings fliegen. Offiziell wurden derartige Pläne bisher nicht bestätigt. Zumindest angedeutet wurden vom Air-Berlin-Vorstandschef Stefan Pichler jedoch „tiefgreifende Veränderungen". *Norman Hanert*

Drauf gepfiffen

Von Harald Tews

Um sich werbewirksam gut zu vermarkten, spielen Individualsportler gerne den Exzentriker. Der 100-Meter-Läufer Usain Bolt ist solch ein Beispiel, der sich als Flitzebogen inszeniert. Bei den Olympischen Spielen schoss aber der deutsche Diskuswerfer Christoph Harting in der Rolle des unangepassten Rebellen über das Ziel hinaus.

Nach dem Gewinn der Goldmedaille verweigerte der 2,07-Meter-Mann nicht nur Journalisten ein Interview, sondern verhielt sich auch bei der Siegerehrung höchst respektlos. Beim Abspielen der Nationalhymne alberte er mit verschränkten Armen Grimassen-schneidend herum. Er pfiff auf die Hymne. „Es ist schwer, zur Nationalhymne zu tanzen“, habe er festgestellt. Muss man auch nicht. Aber als sportliches Vorbild, das als Polizeimeister der Bundespolizei mit Sportfördermitteln des Bundes finanziell unterstützt wird, sollte man wissen, was man tut.

Harting ist ein Beispiel dafür, dass Sportfördereinrichtungen der Bundespolizei oder Bundeswehr für manche Sportler nur eine Alibifunktion besitzen. Die Sportkarriere, nicht der Beruf als Polizist oder Soldat steht im Vordergrund. Später hat sich Harting für sein Verhalten entschuldigt. Aber erst, als er öffentlich dafür gerüffelt wurde. Ein gutes Image ist eben doch wichtiger für die Karriere.

Grenzenlos naiv

Von Frank Horns

Immer wieder erschreckend: Die große Zahl deutscher „Flüchtlingsaktivisten“, die ihren Teil zur desaströsen Einwanderungspolitik beitragen. Wer nach Gründen sucht, warum sich in Deutschland immer noch Hunderttausende abgelehnter Asylbewerber aufhalten (siehe Seite 3), stößt auch auf diese Gruppierungen. Mit Rat und Tat helfen sie, den Staat zu hintergehen. Dutzende ihrer Internetseiten liefern unwilligen Ausreisepflichtigen Tipps, Tricks und Adressen.

Die „Flüchtlings-Fans“ handeln sicherlich mit reinstem Gewissen. Sprachlos macht ihre grenzenlose Naivität dennoch. Sie wollen die Welt retten und schädigen massiv ihre nächsten Mitmenschen. Abgesehen davon, dass ihre Forderung nach unbegrenzter Zuwanderung den Staat ins Chaos stürzen würde, helfen sie ganz konkret Vergewaltigern, Kriminellen und Islamisten im Lande zu bleiben. Harald Weinberg, ein Bundestagsabgeordneter der Linkspartei, setzte sich dafür ein, dass der abgelehnte syrische Asylbewerber Mohammed Daleel aus gesundheitlichen Gründen bleiben durfte. Daleel war jener Attentäter, der sich in Ansbach in die Luft sprengte und 15 Menschen verletzte. Reue oder Einsicht zeigte Weinberg danach nicht. Er würde jederzeit wieder so handeln, gab er zu Protokoll.

Das Fazit: Deutschland muss sich nicht nur islamistischer Fanatiker erwehren, sondern auch der Glaubenseiferer, die eine Göttin namens Willkommenskultur anbeten.

Gesponserte Demagogen

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Aus Angst vor Überfremdung selbst in die Fremde gehen und auf Gastfreundschaft hoffen. Das ist schon ziemlich befremdlich“. Mit diesen Worten kommentierte Antje Pieper, Moderatorin des ZDF-Auslandsjournals, am 10. August einen äußerst einseitigen Beitrag über deutsche Auswanderer in Ungarn.

„Befremdlich“ mutet eher die demagogische Berichterstattung an, bei der eine öffentlich-rechtliche Sendeanstalt, die eigentlich der Information verpflichtet sein sollte, offen manipuliert. Schließlich finanziert sie sich aus den Zwangsgebühren der Zuschauer und sollte keinem wie auch immer gearteten politischen „Mainstream“ verpflichtet sein. Die Verantwortlichen bei ARD und ZDF haben ihren Auftrag offenbar schon lange vergessen und machen sich lieber zu Handlangern der Politischen Korrektheit.

Für einen des Denkens noch Fähigen ist der Beitrag ein einziges Ärgernis. Schon der Titel „Ganz weit rechts: Deutsche Auswanderer am Balaton“ macht deutlich, worum es geht.

> ZDF stellt Deutsche als »islamophob« und »rechtsradikal« dar

Zwei Ehepaare, ein junges und ein älteres, die angeben, aus Angst vor der wachsenden Asylantenzahl nach Ungarn gehen zu wollen, kommen im Film zu Wort. Die Aussagen sind dabei so geschnitten, dass nur stereotype Sätze wie „Die Ausländer kriegen Unterkünfte, das Essen wird ihnen bezahlt“ oder „Ausländer greifen dich ohne Grund an“ übrig bleiben. Der hemdsärmlige Immobilienmakler Ottmar Heide erzählt, dass seit letztem Jahr 80 Prozent der Deutschen in Ungarn vor Merkels Flüchtlingspolitik davonliefen. Eine ungarische Familie wird gezeigt, die das stark renovierungsbedürftige Haus der verstorbenen Tante lieber an Deutsche als an Moslems verkaufen will, weil „muslimische Nachbarn nicht nach Ungarn passen. Sie haben eine andere Kultur und sind aggressiv.“

Beide deutschen Familien werden als islamophob und rechtsradikal dargestellt, ihnen werden rassistische Motive für ihre Entscheidung unterstellt: „Menschen mit radikalen Ansichten suchen ungarische Gastfreundschaft am Plattensee. Denn offen ist das Land nur für Christen. Ansonsten steht es für Abschottung und anti-islamischen Kurs. Deutsche suchen deshalb eine neue Heimat am Plattensee. Mit der alten, immer bunter werdenden Bundesrepublik Deutschland fremdeln sie,“ weiß der Sprecher. Kein Wort von IS-Attentaten und sexuellen Übergriffen, durch die die Angst der Deutschen hervorgerufen wird. Stattdessen ist von „strammen Rechten“ die Rede, gefolgt von Orbán-„Bashing“. Er habe dem Land eine nationale Revolution verpasst, betrachte Multikulti als gescheitert. Für ihn seien West-Europas Demokratien kein Vorbild.

Der Gipfel der Frechheit ist Piepers eingangs erwähnter Kommentar am Schluss des Beitrags. Er macht deutlich, wie von uns allen gesponserte Demagogen die Zuschauer. manipulieren.



Beliebt bei deutschen Auswanderern: Orte am Balaton, wie hier Tihany, wo immer mehr sich eine Immobilie zulegen wollen

Bild: CF

Frei gedacht



Ach, das schaffen wir schon! Oder?

Von Eva Herman

Erinnern Sie sich noch? Es gab einmal eine Welt, die ganz anders war als die heutige. Gewiss, es ging nicht gerade zu wie im Schlaraffenland, doch es herrschten weitgehend Ordnung und Verlass, auch Recht und Sitte hatten ihren Platz. Damals holten wir unsere Lebensmittel im kleinen Kaufmannsladen um die Ecke, wo der Chef noch unser Freund war und die Waren anschrieb, wenn wir Kinder, die wir manchmal kilometerweit durchs Feld gelaufen waren, nicht genügend Geld dabei hatten. Supermärkte gab es damals noch nicht, keine Großhandelsketten und auch keine Fertigprodukte. Mama kochte selbst. Damals, als wir noch klein waren, wuchsen die ersten Kindergärten empor, doch eine Frau in dunklen Kleidern, die auch noch Schwarzer hieß, begann unseren Müttern plötzlich zu erzählen, dass sie sich jetzt unabhängig von ihren Männern machen, selbständig werden, eigenes Geld verdienen sollten. Ein neues Zeitalter brach an. Mit dem aufkeimenden Feminismus fing das deutsche Volk an, sich von einer überlebensfähigen Geburtenquote zu verabschieden, Deutschland begann auszusterben. „Ist nicht schlimm, das gibt sich wieder“, riefen die Weisen und Politiker, „das schaffen wir schon.“ Doch sie lagen falsch. Es wurden immer weniger Menschen, jene Babys, die nicht geboren wurden, konnten natürlich auch keine Kinder mehr bekommen.

Mit dieser Entwicklung begann die Welt, kälter zu werden. Wenn ein kleines Kind auf die Nase fiel, wurde es fortan von fremden Frauen getröstet, während die Mama im Hamsterrad erwartungsvoll der versprochenen Karriere entgegenstrampelte. In den Supermärkten, inzwischen hatten riesige Monopolketten weite Gebiete abgesteckt, arbeiteten berufstätige Mütter die anwachsenden Schlangen an der Kasse ab, während sie sich sorgenvoll fragten, was die Kleinen jetzt wohl machten. Das schlechte Gewissen plagte sie, die innere Stimme rief lauter und lauter. „Das geht vorbei“, wurden sie getröstet von karrierebewussten Politik-Frauen, „nur im deutschen Sprachschatz gibt es den Begriff *Rabenmutter*, lasst Euch nur nicht verrückt machen! Wir Frauen schaffen das schon!“ Niemand dachte darüber nach, dass es auch die innere Stimme der Gesellschaft war, die da noch viele mahnte.

Ahnte jemand, dass mit der einsetzenden Kälte der Gefühle und Empfindungen, mit der Entrückung von Liebe und Verantwortung die ganze Welt sich verändern würde? Plötzlich wurden die Männer ins Visier genommen, nichts, was sie taten, war noch richtig: Entweder waren die „harten Kerle“ nicht weich genug, oder die „armseligen Waschlappen“ brachten nichts auf die Reihe. Die Frauen, ja, die Frauen konnten alles viel besser, sie sollten nun die Welt retten: in den Chefetagen, in den Fernsehsendern, an den Universitäten. Und in der Kirche. Unabhängig sollten sie sich machen, immer unabhängiger, vom Mann, von den Kindern, vom Haushalt, von der Küche.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die Geburtenquote sank weiter, kein Land auf der ganzen Welt hatte so wenig Nachwuchs. Und diesem arg dezimierten Nachwuchs ging es immer schlechter: Schon früh fremdbetreut, begann der Kampf der Kleinsten um die winzigsten Selbstverständlichkeiten: Sie kämpften um Liebe. Viele wurden traurig, andere aggressiv, manche tranken früh oder randalierten. Doch niemand sprach über die Ursachen, über die fehlenden Mamas, über fehlende Zuwendung. Wen wundert es, dass diese Kinder später selbst keine Kinder mehr wollten?

Als Deutschland schließlich so arg geschrumpft war, dass nun auch die Politiker sich öffentlich Sorgen zu machen begannen, da fasste man einen weitreichenden Beschluss, da oben, irgendwo in der globalen Weltregierung: Wenn die Deutschen keine Kinder mehr zustande brachten, dann sollten eben andere Völker kommen, die damit keine Probleme hatten. So wurde es beschlossen, damals, vor 15 Jahren. Vielleicht auch früher. Die Menschen erahnten keinen Plan, bis letztes Jahr plötzlich Ströme tausender, zehntausender, hunderttausender fremder Menschen in unser Land zu fließen begannen. Diese Leute hatten eine andere Mentalität als wir, sie verstanden uns nicht, einige wollten es auch nicht. Von Frauenrechten hatten sie nie gehört, auch nichts davon, dass Mann und Frau kooperieren, Kompromisse schließen können. Sie kannten Begriffe wie Achtung, Respekt und Wertschätzung nicht, oder jedenfalls nur wenige. Wie die Heuschrecken fielen sie ein, und da sie aus armen Ländern kamen, und hier plötzlich, Essen, Trinken, Kleidung zuhauf in den Supermärkten fanden, nahmen sie sich einfach, was sie kriegen konnten. Auch die deutschen Frauen nahmen sie sich, wie sie gerade Lust hatten, ohne darauf zu achten, ob es ihnen recht war oder nicht. Als die Menschen hier zu klagen begannen, hieß es offiziell: „Warum seid Ihr so kaltherzig und egoistisch? Wir haben genug zu geben! Wir schaffen das!“

Die Welt veränderte sich rasant. Von heute auf morgen konnten viele Frauen und Kinder abends nicht mehr das Haus verlassen, ohne Angst davor, überfallen und gequält zu werden. Und die Männer, die inzwischen vielfach zu sogenannten Softies geworden waren, da ja viele Frauen lange Zeit die Hosen angehabt hatten, wussten sich nur selten noch zu wehren: Ein unvorbereitetes Volk wurde überrollt. Da, wo man früher noch den eigenen Familienzusammenhalt, die Sippe, entgegengesetzt hätte, klaffte ein Riesenloch, war die Gesellschaft schließlich doch lange Jahre lang atomisiert worden, indem jeder, Mutter, Vater, die Kinder, morgens das Haus verlassen und jeder seiner Wege gegangen war. Bindungen, die jetzt hätten helfen können, gab es nicht mehr – die Alten vegetierten längst mutterseelenalleine in irgendwelchen Heimen dem Ende entgegen. Ein Jammer, was da zu sehen war.

> **Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

So ging es eine Weile. Gräueltaten, die man erst verschweigen wollte, ließen sich nicht mehr unter der Decke halten: Die Kriminalitätsrate explodierte, aus der alten, beschaulichen Welt war ein Hexenkessel geworden. Und immer weiter strömten sie herein, die Fremden, die man inzwischen nicht mehr nur in Flüchtlingslagern hielt, sondern „in die Gesellschaft zu integrieren“ begann: Sie zogen mitten in die Wohngebiete, religiöse Feiertage wurden „angepasst“, die eigene Kultur musste modifiziert werden. Renommierte Modefirmen boten plötzlich Burka und Kopftücher an, die Frauen trugen mehr und mehr die fremde Kleidung, um sicherer zu sein. Über Frauenquoten und -rechte, über Geschlechtergleichheit, über neue Pläne, die Frau dem Mann gleichzusetzen, sprach man nicht mehr. Gerade die Frauen waren es, denen man nicht nur die errungenen Rechte wieder fortnahm, selbst ihre ganz natürlichen Menschenrechte blieben auf der Strecke. War eine Frau von den fremden Männern sexuell angegriffen, verletzt und zutiefst beschämt worden, so hörten ihr nur wenige zu, wenn sie über Seelen- und Körperschmerzen klagte. Auch die Regierung ignorierte ihr Wehklagen, auch, als schon Bomben explodierten und Macheten gezückt wurden, hieß es weiter: „Wir schaffen das, verstanden?“

Erinnern Sie sich noch? Es gab einmal eine Welt, die so ganz anders war als die heutige. Aber davon ist heute längst nichts mehr übrig. Komisch, so mancher hat es noch gar nicht bemerkt.

Eros und Attitüde

In Wörlitz bricht zu Ehren von Lady Hamilton der »Vesuv« aus – Ausstellung über eine feurige Dame aus England

Im Goethe-Zeitalter hat Lady Hamilton den Männern den Kopf verdreht. Mit ihrem Mann und Admiral Nelson pflegte sie eine Ménage-à-trois. Und auch im Gartenreich Wörlitz hat die Britin amouröse Spuren hinterlassen.

Am Morgen des 14. Oktober 1800 machte ein skandalumwittertes Trio in Vockerode Rast, um am Ufer der Elbe zu frühstücken: Sir William Hamilton mit Gattin Emma, die von ihrem einarmigen, auf einem Auge fast blinden Liebhaber begleitet wurde. Der war Lord Horatio Nelson, zu dessen Ehren 1805 am Frühstücksplatz der „Nelson-Hügel“ aufgeschüttet wurde. Nachdem Sir William als britischer Botschafter im Königreich Neapel abberufen worden war, befand sich das Trio auf der Rückreise nach England. Vockerode liegt bei Wörlitz. Erstaunlich, dass sie dort keine Stippvisite machten. Denn Sir William war mit dem in Wörlitz residierenden Fürsten Franz und dessen Gattin Luise von Brandenburg-Schwedt bestens bekannt.

Fürst Franz von Anhalt-Dessau hatte sich 1766 in Neapel aufgehalten. Dort genoss er die Gastfreundschaft Sir Williams. Gemeinsam bestiegen sie den Vesuv und besuchten die Ausgrabungen von Pompeji und Herculaneum. Anno 1788 beschloss Fürst Franz, seine Reiseerinnerungen in natura von seinem Freund und Architekten Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff nachbilden zu lassen. So entstand in seinem Landschaftsgarten am Rande des Wörlitz Sees eine Miniaturfassung des Golfes von Neapel. Auf der dortigen „Insel Stein“ steht die „Villa Hamilton“. Ihr Vorbild ist ein Kasino mit Blick auf den Vesuv, das Hamilton zu Ehren seiner zweiten Gattin „Villa Emma“ getauft hatte. Weitere Attraktion auf der Insel Stein ist ein künstlicher „Vesuv“. Mittels Pyrotechnik und rötlich angestrahlten Wassers wird zu besonderen Anlässen, die nur alle Jubeljahre vorkommen, ein Vulkanausbruch simuliert. Nun sind am 19. und 20. August gleich zwei angekündigt. Und zwar als „Eruption für Lady Hamilton“.

Eine Sonderschau im Schloss Wörlitz würdigt insbesondere die „Attitüden“ genannten künstlerischen Darbietungen Lady Hamiltons. Sie war die 1765 geborene Tochter eines Hufschmiedes und hieß ursprünglich Amy Lyon. Nach der Geburt ihrer unehelichen Tochter (Little) Emma kam Amy bei Sir Charles Greville unter. Der verpasste ihr den Namen Emma Hart und wurde ihr Geliebter. Greville brachte ihr Manieren bei – und ließ sie von dem berühmten Londoner Maler George Romney porträtieren. Romney fand Gefallen an Emmas Fähigkeiten als Modell. Er schuf über 40 Rollenporträts von ihr. Eines zeigt sie als Bacchantin.


Bilder (2): Kulturstiftung DessauWörlitz/Heinz Fräßdorf

Wörlitzer Anlagen: Insel Stein mit Villa Hamilton (1788–1794)

Dieses Bild schickte Greville an seinen Onkel, den seit 1764 als britischer Gesandter, Antikensammler und Erforscher des Vesuvs in Neapel ansässigen Sir William Hamilton. Greville wollte seinem verwitweten Onkel damit Emma als Geliebte schmackhaft machen. Sie stand nämlich seinen Heiratsplänen im Wege. Unter der falschen Annahme, sie solle dem 35 Jahre älteren Sir William lediglich einen Besuch abstatten, begab sich Emma 1786 nach Neapel. Hamilton schrieb dazu an einen Freund: „Es ist gewiss keine schöne Geschichte, vom Neffen an den Onkel weitergereicht zu werden, aber man muss nun einmal das Beste daraus machen.“ Nach anfänglichem Widerstreben fügte sich Emma in ihr neues „Glück“. Entgegen den üblichen Gepflogenheiten heiratete Hamilton Emma 1791 sogar.

Sir William war für seine Gastfreundschaft berühmt. Ihn suchten Adlige, Gelehrte und Künstler aus ganz Europa auf. Vor ihnen trat Emma zum Stolz Hamiltons sowohl als Sängerin als auch mit ihren „Attitüden“ auf. Dabei handelte es sich um die gefühlsgeladene Nachstellung von berühmten antiken Skulpturen, lebensfrohen Figuren pompejanischer Wandmalereien und Heiligengestalten wie der reuigen Maria Magdalena.

Emmas ausdrucksvolle Posen wechselten in schneller Folge. Goethe, der zwei Auftritte erlebt hatte, urteilte abschätzig: „Sie ist sehr schön, und wohl gebaut“, hielt sie jedoch für „ein geistloses Wesen“. Der Maler Johann Heinrich Wilhelm Tischbein aber schwärmte: „Eine Schönheit, die man selten siehet und die einzige, die ich in meinem Leben je gesehen habe.“

Zahlreiche Künstler sorgten mit Bildern für den Ruhm der Attitüdendarstellerin. Henry Meyers Kupferstich (1815) nach einem Gemälde der Schweizer Malerin Angelika Kauffmann zeigt „Lady Hamilton als Thalia“. Tischbeins mit der Feder gezeichnetes „Porträt der Emma Hart“ (um 1787)



Schöne Verführerin: John Raphael Smith, Lady Hamilton als „A Bacchante“ (1784)

wirkt wie der Kopf einer antiken Skulptur. Weite Verbreitung fanden zwölf Kupferstiche (1794) Tommaso Pirolis, die Emma als einsame verliebte Träumerin, Muse der Tanzkunst oder bekümmerte Iphigenie auf Tauris zeigen. Als Vorlage dienten Zeichnungen, die Friedrich Rehberg schuf. Der war von der Berliner Akademie 1787 ausgeschickt worden, um in Rom eine preußische Kunstschule zu gründen. Dieses Vorhaben zerschlug sich jedoch.

Das schöne Leben der Hamiltons nahm 1798 eine tragische Wende, als Lord Nelson in Neapel auftauchte. Das Paar nahm den verwundeten Sieger der Schlacht an der Nilmündung bei sich auf. Emma kümmerte sich persönlich um Nelsons Pflege – und wurde seine Geliebte. Nach der Ankunft des Trios in England gebar Lady Hamilton im Januar 1801 dem kinderlos mit Frances Nisbet verheirateten Lord Nelson die Tochter Horatia.

Sir Hamilton starb 1803. Als Alleinerben hatte er seinen Neffen Greville eingesetzt. Für Emma bestimmte er eine jährliche Rente von 800 Pfund. Admiral Nelson wurde 1805 in der Seeschlacht vor Trafalgar tödlich verwundet. Er vermachte Emma ein Landhaus, 2000 Pfund in bar sowie eine jährliche Rente von 500 Pfund. Doch die trunksüchtige Lady lebte weit über ihre Verhältnisse. Vor ihren Gläubigern floh sie nach Calais, wo sie 1815 mittellos an Leberzirrhose starb. *Veit-Mario Thiede*

Die Ausstellung im Schloss Wörlitz läuft bis zum 18. September, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr. Telefon (034905) 4090, Internet: www.gartenreich.com. Eintritt: 6 Euro. Begleitbuch: 29,95 Euro. Der Wörlitzer „Vesuv“ wird am 19. und 20. August ausbrechen. Beginn 16.30 Uhr, Ende gegen 21.30 Uhr. Telefon (0180) 5544888, Internet: www.gartenreichsommer.de

Ein Preis für Klier

DDR-Bürgerrechtlerin erhält Auszeichnung

Die in Berlin lebende Schriftstellerin und Filmregisseurin Freya Klier ist vom „Zentrum gegen Vertreibungen“ mit dem „Franz-Werfel-Menschenrechtspreis“ 2016 ausgezeichnet worden. Der Preis wird jedes zweite Jahr verliehen und ist mit 10 000 Euro dotiert. Unter den bisher sieben Preisträgern sind auch die 1953 im Banat/Rumänien geborene Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller und Karl Schlögel, ein 1948 im Allgäu geborener Emeritus für Osteuropäische Geschichte an der Universität Frankfurt/Oder.

Freya Klier, die 1968 wegen „Republikflucht“ verhaftet wurde, hat 1970 bis 1975 an der Theaterhochschule Leipzig Schauspiel studiert und am Staatstheater Dresden ihre praktische Ausbildung erfahren. Als Bürgerrechtlerin, die von der Stasi wegen ihrer DDR-Kritik ständig bedroht wurde, stellte sie am 22. Februar 1988 einen Antrag auf Ausreise und wurde nach WestBerlin abgeschoben.

Unter ihren Veröffentlichungen, darunter elf Bücher und sieben Filme, sind zwei, die die Jury des Preises besonders gewürdigt hat: der Film von 1993 „Verschleppt bis ans Ende der Welt. Ostdeutsche Frauen auf Spurensuche in Sibirien“ (Buchfassung 1996) über Frauen aus den deutschen Ostgebieten, die zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden, und das Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens: Zeugen einer vergessenen Generation“ (2014) über sieben Kinder, die bei Kriegsende Flucht und Vertreibung miterleben mussten.

Die Preisverleihung findet am Sonntag, 6. November, in der Paulskirche in Frankfurt/Main statt. *Jörg Bernhard Bilke*

Armenien gibt sich im Berliner Museum die Ehre

Bei den Europäischen Kulturtagen, die das Berliner Museum Europäischer Kulturen regelmäßig im Sommer veranstaltet, steht vom 20. August bis zum 6. November Armenien im Mittelpunkt. Neben Vorträgen, Konzerten und Workshops gibt es auch die Begleitausstellung „Traumorte“. Der Fotograf und Fotojournalist Erol Gurian hat für sein Projekt „terra arMEnia“ Menschen mit armenischen Wurzeln an unterschiedlichen Orten in der Diaspora befragt, sie porträtiert und ihre Traumorte in Armenien fotokünstlerisch festgehalten. *tws*

Museen Dahlem, Museum Europäischer Kulturen, Arnimallee 25 (Eingang auch über Lansstraße 8), 14195 Berlin. Geöffnet: Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr, Sonnabend und Sonntag 11 bis 18 Uhr. Einritt: 8 Euro. Programm unter www.smb.museum/mek

Opernstars an der Weser

Trotz schwacher Finanzlage gönnt sich Bremen ein Musikfest

Ein Musikfest gehört zum guten Ton und ist für Städte wie Regionen offenbar zum unverzichtbaren Aushängeschild in Sachen Kultur geworden. In Schleswig-Holstein werden für diesen Zweck Schafställe und Schiffsdocks zum musikalischen Erlebnis-Spielplatz umgestaltet. In Mecklenburg-Vorpommern wurden in den letzten Jahren vom Verfall bedrohte Gutshäuser wieder hergestellt mit der Perspektive, als musikalische Kulisse zu dienen.

Auch das mit Problemen wie hoher Arbeitslosigkeit befrachtete Bremen pflegt seit inzwischen 27 Jahren sein Musikfest. Genutzt werden dafür nicht nur Kirchen und Theater der Hansestadt. Bereits frühzeitig ist das Musikfest auf die Region erweitert worden. Rund ein Drittel des Programms wird seither in Stätten außerhalb Bremens gespielt. Bremerhaven, Groningen, Verden, Emden, Oldenburg, Papenburg und Jever stellen Orte für Gastspiele zur Verfügung. In diesem Jahr werden an insgesamt 27 Spielstätten 37 Veranstaltungen geboten.

Der Startschuss für das diesjährige Musikfest Bremen fällt am 20. August beim Eröffnungsabend rund um den Bremer Marktplatz. Unter dem Titel „Eine kleine Nachtmusik“ werden dort 27 Konzerte nach dem Ende der Sommerpause die neue Saison einläuten. Eine Neuerung ist in diesem Jahr, dass an jedem Festival-Wochenende bis zum 10. September eine Oper aufgeführt wird. Am ersten Wochenende ist Vincenzo Bellinis Romeo-und-Julia-Stück „I Capuleti e i Montecchi“ im Oldenburgischen Staatstheater zu sehen. Zu den Künstlern, die für diese Darbietung verpflichtet wurden, gehören hier


Bild: Harald Hoffmann/DG

Singt in Bremen: die Tschechin Magdalena Kožená

Fabio Bondi, Europa Galante, Valentina Farcas und die Mezzosopranistin Vivica Genaux.

Ebenfalls auf dem Spielplan steht Gioacchino Rossinis „Tancredi“ mit Tenor René Barbera sowie Claudio Monteverdis „L'Orfeo“ mit Star-Tenor Rolando Villazón und der tschechischen Mezzosopranistin Magdalena Kožená. Diese Aufführung findet am 3. September im Bremer Konzerthaus Die Glocke statt.

Eintrittskarten sind je nach Spielstätte bereits ab 21 Euro (Klavierabend, Die Glocke) oder 31 Euro (Tancredi, Die Glocke) zu erhalten. In diesem Jahr gelten die Eintrittskarten erstmals auch für die Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln des VBN. Besucher von Konzerten außerhalb Bremens werden mit einem Bus-Shuttle dorthin gebracht.

Es wird also viel Aufwand betrieben, um die Besucher zum Musikfest zu locken. Stellt sich die Frage, wie eine stark gebeutelte Stadt wie Bremen eine Veranstaltung dieser Größenordnung finanziert. 2007 wurde die Unterstützung durch die Stadt gekürzt. Die Macher des Festivals konnten als Ersatz für den Ausfall Förderer und Sponsoren aus der Wirtschaft gewinnen. Diese Unterstützung ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Das muss sie auch, da die Kosten beachtlich sind. 2015 hat das Musikfest Kosten in Höhe von 3,6 Millionen Euro verursacht. Da reichen diesmal die 22 000 Besucher des Vorjahrs nicht, um auch nur einen Teil der Ausgaben wieder einzuspielen. *Stephanie Sieckmann*

Programm und Tickets im Internet unter www.musikfest-bremen.de. Telefonische Kartenbestellung unter (0421) 336699.

Kinotipp

Nach Steven Spielbergs Film „Der weiße Hai“ von 1975 ging es den Raubfischen schlecht. In den Meeren werden sie ebenso gnadenlos gejagt wie im Kino, wo sie in drittklassigen Horrorfilmen wie „Shark Attack“ ihren miesen Ruf als Menschenfresser unfreiwillig verteidigen. Mit **The Shallows** kommt aber am 25. August ein Hai-Film in die Kinos, der eine ganz gute Figur macht. Das liegt vor allem an der Schauspielerin Blake Lively, die als sportliche Surferin im knappen Bikini in einer mexikanischen Bucht auf ihrem Surfbrett einem Hai entkommen will, der es auf sie abgesehen hat. Nachdem das Tier zuvor schon andere Surfgenossen von ihr verspeist hat, entwickelt sich ein ungleicher Zweikampf zwischen Frau und Fisch, dessen Ende zwar vorhersehbar, aber dennoch hochspannend inszeniert ist. In diesem Film erfährt der riesige Hai allerdinge eine Art Ehrenrettung, wird doch an dem in ihm steckenden Harpunenhaken deutlich, dass er sich an den bösen Menschen nur rächen will. Aus dem Menschenhai wird hier also der menschliche Hai. *H. Tews*


Bild: 2016 Sony Pictures Releasing GmbH

Auf verlorenem Posten: Blake Livley sucht Halt an der Boje

War die Einheit wirklich nicht vorhersehbar?

Was der Bundesnachrichtendienst in Pullach wusste und wie die Bundesregierung in Bonn sich informierte

Werden heute Politiker und politische Institutionen nach den Ursachen des häufigen westdeutschen Versagens bei der Wiedervereinigung gefragt, so muss man durchweg hören, diese Entwicklung sei „unvorhersehbar“ gewesen; manche sprechen sogar von einem „Wunder an der Spree“. Viele wollen dabei ganz genau wissen, dass der Bundesnachrichtendienst „nichts gewusst“ hätte – wobei sie offen lassen, woher sie um dieses angebliche Unwissen wissen. Doch ist dem wirklich so?

Wenn der Chef des Bundeskanzleramts von 1984 bis 1989, Wolfgang Schäuble, in seinem Buch „Der Vertrag“ schreibt, „dass die meisten das damals kaum Vorstellbare nicht zu denken wagten“, so ist dem die Pflicht einer jeden Regierung entgegenzuhalten, alle Möglichkeiten zu sehen und dies gerade, wenn es mit der Einheit um ein damaliges Herzstück des Grundgesetzes ging. Der Zusammenbruch der DDR war lange vorhersehbar, die Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes (BND) lagen stets dem Kanzleramt vor, aber in dem von der DDR nicht nur geografisch weit entfernten Bonn glaubte man, alles besser zu wissen als der eigene Nachrichtendienst.

Quasi als Antwort auf all dieses Gerede könnte man den dieses Jahr erschienenen ersten Band „Die Deutsche Frage“ der „Markierungen und Reflexionen“ von Hans-Georg Wieck werten. Der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau von 1977 bis 1980 und Präsident des BND von 1985 bis 1990 legt in dem 326 Seiten starken Band seine diesbezüglichen Erfahrungen und Erkenntnisse dar. Vieles deutet er nur höflich-diplomatisch an, die oft recht harten Differenzen mit Bundeskanzler Helmut Kohl werden nahezu völlig verschwiegen. Sehr offen äußert er sich über die Haltung der Westalliierten und der westdeutschen Politik. So hatte US-Präsident John F. Kennedy zumindest anfangs nur wenig Verständnis für Statusfragen in Berlin, ihn interessierten lediglich die Zugänge seiner Truppen zu den Westsektoren. Hätte der Bau der Mauer verhindert werden können – werden müssen, fragt der Autor. Alle Warnungen aus Pullach ab Anfang 1961 hatten weder die Westalliierten noch Bonn zu Gegenmaßnahmen veranlasst. Preisgegeben wurde die freie Bewegung der Berliner, hingenommen ebenso Ost-Berlin als Sitz der DDR-Regierung – alles unvereinbar mit dem Viermächte-Status der deutschen Hauptstadt. Entgegen allen Untersuchungen Pullachs war man am Rhein der Ansicht, in der DDR hätte sich ein getrenntes Staatsbewusstsein entwickelt. Hingegen verstärkte sich bei den Menschen östlich der Mauer sogar der Wille zur Wiedervereinigung. Allein diese, so eine weit verbreitete Annahme, könne die „Gefängnissituation beseitigen“, auch wenn deren Realisierung durchweg nicht in Kürze zu erwarten sei. Hatten früher die Erkenntnisse des BND im offiziellen Bonn und in den Medien das Bild von der DDR-Wirtschaft geprägt, so übernahm die SPD-FDP-Führung 1969 die statistischen Jahrbücher der DDR und glaubte – wie später auch Kanzler Kohl – deren Lügen-Propaganda, wonach die DDR die „zehntstärkste Industrie-Nation der Welt“ sei. Wenn auch nicht im eigenen Land, so wurden die BND-Analysen umso mehr im Nato-Hauptquartier gewürdigt. Währenddessen setzte die Bundesregierung auf „die grundsätzliche Stabilität“ des Ost-Berliner Systems und konzentrierte sich auf Bemühungen um menschliche Erleichterungen für die dortige Bevölkerung. Es ist überaus höflich formuliert, wenn Wieck schreibt, dass das Ziel, die Vollendung der deutschen Einheit, in weiten Kreisen der Bundesrepublik verblasst gewesen sei und die SPD die Teilung sogar auf längere Zeit „im Interesse der Verbesserungen der Lage für die DDR-Bürger“ akzeptiert habe.

Im Gegensatz zum allgemeinen politischen Weltbild in Westdeutschland verwies Wieck bereits 1980 in einem Vortrag vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik deutlich auf die riesengroßen Probleme der UdSSR, ihre Unfähigkeit, die Ernährung ihrer Bevölkerung aus eigenen Quellen zu sichern, und die tiefe Kluft zwischen Regierung und Volk. Schon damals prognostizierte Wieck, „dass Moskau die Vereinigung (Deutschlands) in angemessenen strategischen und politischen Zusammenhängen nicht ausschließe“. Vier Jahre später veröffentlichte er im „NATO-Brief“ seine Ansicht, Osteuropa werde für den Kreml zu einer finanziellen Belastung und erhöhe im Zeitalter von Langstreckenraketen nicht mehr als Vorfeld die militärisch-strategische Sicherheit des Sowjetstaates. Moskau suche vertragliche Beziehungen mit dem Westen über Abrüstung, um die für die notwendige Modernisierung seiner maroden Volkswirtschaft nötigen Finanzen und Kräfte freizusetzen. Zudem fühle sich der Kreml nicht nur ideologisch durch die Volksrepublik China bedroht. Wie Wieck kurz erwähnt, arbeitete der Bundesnachrichtendienst damals „mit entsprechenden Institutionen“ Pekings zusammen „bei der Beobachtung des Militärpotenzials und der politischen Absichten der Sowjetunion“. Gerüchte wollen von BND-Abhörstationen an der chinesisch-sowjetischen Grenze wissen. Angeblich war eine Station auf dem Himalaya.

Im Sommer 1986 meldete Pullach, die Sowjetführung habe die als Breschnew-Doktrin bekannte Interventionsstrategie bei Unruhen in Mittel- und Osteuropa aufgegeben; ihr weiteres Bestehen hätte zwangsläufig den angestrebten Verständigungskurs gefährdet, unglaubwürdig gemacht. Als einziger westlicher Nachrichtendienst glaubte die BND-Spitze angesichts ihres Wissens über die UdSSR, deren zunehmenden technologischen Rückstand und deren Wirtschaftssituation an einen echten Reformwillen Michail Gorbatschows und dass es ihm „nicht nur um eine Pause zum Luftholen“ ging. London und Paris hingegen rechneten zwar mit einem baldigen Zusammenbruch des Systems, doch zunächst an eine Wiederkehr des kommunistischen Expansionskurses; der Weg einer Reform wurde dort nicht als Möglichkeit gesehen. Ost-Berlin erachtete den Reformkurs als nicht durchführbar. Der BND erkannte, dass das Ende der Breschnew-Doktrin zugleich das Ende des militärischen Schutzes der „sowjetischen Freunde“ und damit bei Unruhen in der DDR das Ende des SED-Regimes bedeute. Diese Analyse des Bundesnachrichtendienstes wurde ebenfalls dem Bundeskanzleramt mitgeteilt, angesichts der weltfremden Entspannungs-Euphorie am Rhein aber verlacht.



Hans-Georg Wieck: Der bundesdeutsche Botschafter in Moskau von 1977 bis 1980 und Präsident des Bundesnachrichtendienstes von 1985 bis 1990 legt im dieses Jahr erschienenen ersten Band seines Werkes „Markierungen und Reflexionen“ seine Erfahrungen und Erkenntnisse dar

Bild: Schlomann

Man glaubte nur der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, deren Juristen zweifellos recht gute waren, denen aber die Mentalität der DDR fremd blieb. Nur so ist vielleicht erklärbar, dass nach den gewaltigen Demonstrationen in Leipzig am 9. Oktober 1989 das Kanzleramt in Pullach nachfragte, ob es sich dabei um westdeutsche NPD-Propagandisten gehandelt habe. Zugleich bedeutete dies, dass man am Rhein die monatlichen Berichte des BND über die psychologische Lage der Menschen im anderen Teil Deutschlands nie gelesen hatte.

Schon Monate zuvor war die Sowjetunion nicht mehr in der Lage, die DDR finanziell zu stützen, und auch nicht bereit zu einer Stundung der ausstehenden Zahlungen Ost-Berlins. Nach BND-Analysen wäre die DDR bereits 1990 „finanziell zusammengebrochen“, dann sei diese Lage zum treibenden Motor der raschen Vereinigung geworden. Hilferufe der dortigen Sowjet-Botschaft und des KGB nach dem weiteren Schicksal der immer noch sowjet-gläubigen DDR-Genossen erhielten aus Moskau nie eine Antwort – man ließ sie einfach fallen. Der Kreml benötigte dringend überlebensnotwendige Hilfe vom Westen, die nur noch von der Bundesrepublik kommen konnte.

Wenn Bundeskanzler Kohl seine Gespräche mit Gorbatschow als entscheidend für die Wiedervereinigung hinzustellen versucht, so ist das eine Selbstüberschätzung. Eine solche Wende im Herzen Europas kann man nicht im Wege einer „Männerfreundschaft“ herbeizaubern, wie das Buch vermerkt. Kein Wort verliert es über den Leiter der Ständigen Vertretung, der in seiner Eigen-Begeisterung noch Anfang November 1989 in der Uno erklärte, die Sowjetunion werde „niemals ihre Deutschland-Politik ändern“. Es kam dabei offensichtlich zu stärkeren Differenzen mit dem BND-Präsidenten, der jedenfalls am 7. November sehr deutlich das bevorstehende Ende des SED-Regimes ankündigte – eigentlich eine einmalige journalistische „Bombe“, doch keine einzige bundesdeutsche Zeitung in ihrer Entspannungs-Träumerei veröffentlichte sie. Nur zwei Tage später fiel die Mauer.

Die vier Siegermächte, die 1945 von einem einheitlichen Deutschland ausgingen und sich zur deutschen Wiedervereinigung verpflichteten, zeigten in all den Jahrzehnten kein größeres Interesse. Auch nach jenem 9. November 1989 fürchteten – im krassen Gegensatz zu den USA – Großbritannien und Frankreich „um ihre privilegierte Stellung in Europa und in der Welt“ und versuchten, den Wiedervereinigungs-Prozess durch Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Vergeblich: Der Sog nach Freiheit und Einheit der Deutschen in der DDR war stärker.

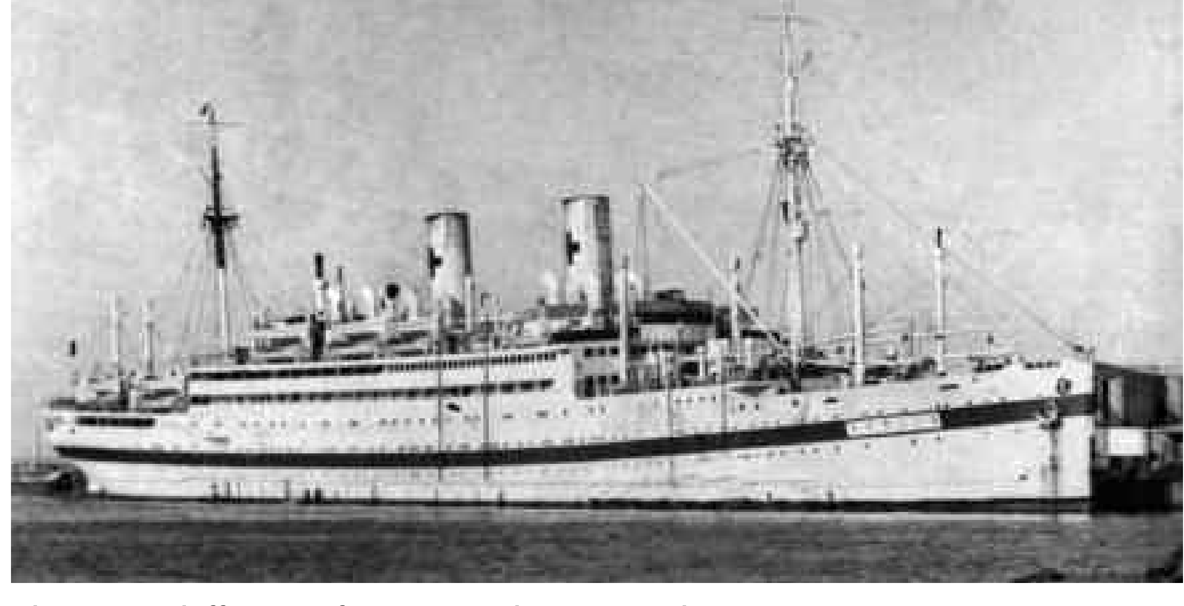
Friedrich-Wilhelm Schlomann

Gleich zweimal untergegangen

Das NDL-Passagierschiff »Berlin« sank 1945 als Verwundeten- und Flüchtlingstransporter und vor 30 Jahren als »Admiral Nachimow«

Das sowjetische Passagierschiff „Admiral Nachimow“, dessen Untergang vor 25 Jahren am 31. August 1986 das größte sowjetische Schiffsunglück nach dem Zweiten Weltkrieg war, hatte ein bewegtes Schicksal hinter sich. So wurde die „Admiral Nachimow“ 1925 als „Berlin“ in Bremen gebaut. Mit der Indienststellung baute der Norddeutsche Lloyd (NDL) seine bunt gemischte Transatlantikflotte weiter aus. Die „Berlin“ war ein elegantes Schiff, aber sie gehörte nicht zum internationalen Spitzenstandard. Bis 1931 wurde sie auf der Nordatlantikroute eingesetzt und konnte 1928 23 Schiffbrüchige des britischen Dampfers „Vestris“ retten, der im Novembersturm gesunken war. In den 30er Jahren wurde die „Berlin“ mehrfach an die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ verchartert und fuhr auf Kreuzfahrt in die norwegischen Fjorde.

Schon vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges übernahm das Marineamt der Kriegsmarine die „Berlin“ und bautet sie als „großes Lazarettschiff“ um. Durch eine Kesselexplosion im Juli 1939 gab es Tote und Verletzte an Bord. Ab August 1939 lag das nach den Genfer Konventionen weiß gestrichene Lazarettschiff mit einem grünen Streifen sowie den „Roten Kreuzen“ am Schornstein in Pillau. Transporte mit Schwerverletzten über Danzig nach Hamburg folgen. Nach der Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940 lag die „Berlin“ erst als schwimmendes Lazarett vor Kopenhagen und war später auch an der norwegischen Küste bis in das nördliche Kirkenes zur Unterstützung der Murmansk-Front im Einsatz. 1944 kehrte die „Berlin“ dann in die Ostsee zurück und wurde Wohnschiff für Marineeinheiten in Swinemünde. Im Januar 1945 erfolgte die erste Rettungsfahrt mit Verwundeten und Flüchtlingen von Pillau zurück nach Swinemünde. Am 31. Januar 1945 sank die „Berlin“ auf Reede vor Swinemünde durch zwei Minentreffer. Das Schiff galt als Totalverlust.



Als Lazarettschiff A im Hafen am Liegeplatz: Die „Berlin“

Bild: pa

1949 wurde die schwerbeschädigte „Berlin“ von Bergungsfahrzeugen der DDR und der Sowjetunion gehoben und nach Warnemünde gebracht. Nach langjähriger und komplizierter Reparatur wurde das Schiff 1957 in „Admiral Nachimow“ umbenannt und war das zweitgrößte sowjetische Passagierschiff mit Unterbringungsmöglichkeiten für 870 Passagiere. Der Haupteinsatzraum war das Schwarze Meer. 1962 ging die Fahrt noch einmal über den Atlantik, um sowjetische Raketentechniker aus Kuba zurückzuholen. Viele weitere Jahre als beliebtes Kreuzfahrtschiff im Schwarzen Meer folgten.

Die letzte Kreuzfahrt begann am 31. August 1986 in Noworossijsk mit 888 Passagieren und 346 Besatzungsmitgliedern an Bord. Schon nach 45 Minuten rammte der Massengutfrachter „Piotr Wassew“ das Schiff und riss es auf. Nach kurzer Zeit sank die „Admiral Nachimow“. Trotz des Großeinsatzes von 50 Schiffen, Hubschraubern und Flugzeugen starben 423 Menschen beim Untergang. Beide Kapitäne wurden zu einer Haftstrafe verurteilt, jedoch später begnadigt. *Britta Heitmann*

Wider die muslimische Christenversklavung

Vor 200 Jahren bombardierte eine europäische Flotte Algier und befreite 1642 Glaubensgenossen

Um dem anhaltenden Terror durch muslimische Piraten und Sklavenjäger aus dem Sultanat Marokko und den sogenannten Barbareskenstaaten rund um Algier, Tunis und Tripolis Einhalt zu gebieten, unternahmen die europäischen Großmächte ab 1609 diverse Strafexpeditionen. Aber erst die Bombardierung Algiers vom 27. August 1816 führte wenigstens zu einem kurzfristigen Erfolg.

Die brutale Versklavung von „Ungläubigen“ gehörte von Anbeginn an zum Wesen des Islam. So setzte beizeiten ein schwunghafter Handel mit schwarzen Sklaven ein, der letztlich 13 Jahrhunderte andauerte. In dessen Verlauf wurden mindestens 17 Millionen Menschen aus dem subsaharischen Afrika wie Vieh eingefangen und in die islamische Welt deportiert – was viele der Betroffenen das Leben kostete. Deshalb kann man hier mit Fug und Recht von einem regelrechten Genozid sprechen. Und die Europäer blieben gleichfalls nicht verschont. Nach Schätzungen des amerikanischen Historikers Robert C. Davis fielen alleine im Zeitraum von 1530 bis 1780 1,25 Millionen Christen in die Hände von muslimischen Menschenjägern aus dem Maghreb, deren Raubzüge teilweise bis nach Irland, Südwestengland und sogar Island führten. In die Sklaverei zu geraten und dort dann durch Folter zur Konversion zum Islam gezwungen zu werden, war also eine reale Gefahr für jeden Europäer, der zur See fuhr oder am Mittelmeer beziehungsweise der Atlantikküste lebte.

Das wiederum sorgte zunehmend für Unwillen auf Seiten der Briten, Holländer, Franzosen, Spanier und Portugiesen. Deswegen führten diese im Laufe der Zeit mehr als drei Dutzend Strafexpeditionen gegen die Korsaren-Flotten und deren Stützpunkte in Algier, Tunis, Tripolis, Salé und Rabat durch, ohne aber nachhaltige Verbesserungen zu erzielen. Dann jedoch kam das Jahr 1816, in dem der hochdekorierte englische Admiral Edward Pellew mit seiner kampfstarken Mittelmeerflotte vor Tunis erschien und den dortigen Herrscher Mohammed Bey aufforderte, die Versklavung von Christen zu beenden – womit er sehr weit vorpreschte, weil sein Auftrag eigentlich bloß lautete, britischen Bürgern zur Freiheit zu verhelfen.



Beschuss Algiers durch britische und niederländische Schiffe: Gemälde von Martinus Schouman Bild: CF

Trotz der Radikalität des Begehrens erklärte sich Mohammed Bey einverstanden. Das ermutigte Pellew, in Tripolis und Algier genau das Gleiche zu verlangen. Allerdings folgte nur der tripolitanische Pascha Karamanli dem Vorbild Mohammed Beys, während Omar Agha Dey in Algier hinhaltend reagierte und vorgab, er müsse in dieser Frage erst noch seinen formellen Souverän, den Sultan in Konstantinopel, konsultieren.

Kurz darauf, am Himmelfahrtstag 1816, verübten die Truppen des Dey in Bona ein Massaker an christlichen Fischern, in dessen Verlauf auch der britische Vizekonsul attackiert wurde. Damit war für die Regierung in London das Maß voll, und Pellew erhielt nun die Weisung, Omar Agha mit Waffengewalt zur Freilassung aller christlichen Sklaven sowie zur Beendigung der Sklaverei zu zwingen. Also kehrte der Admiral mit 19 Kriegsschiffen, die insgesamt 742 Kanonen trugen, nach Algier zurück. Zuvor hatte sich noch ein holländisches Kontingent mit weiteren sechs Fregatten beziehungsweise Korvetten unter Vizeadmiral Theodorus Frederik van Capellen der britischen Streitmacht angeschlossen.

Am 27. August 1816 ankerten Pellews Flaggschiff „Queen Charlotte“ und die restliche Angriffsflotte vor dem Hafen von Algier, in dem zu diesem Zeitpunkt 48 größere und kleinere schwimmende Einheiten der Korsaren lagen. Anschließend erging ein Ultimatum an Omar Agha Dey. Das ließ dieser großspurig verstreichen und um 15.15 Uhr begannen die algerischen Küstenbatterien zu feuern. Die Briten und Holländer schossen in konzentrierter Weise zurück.

Aufgrund des heftigen Widerstandes der 17000 Kämpfer von Omar Agha Dey sowie der teilweise recht effektiven Kanonade der Hafenartillerie gab es rund 140 Tote und 740 Verwundete auf britisch-holländischer Seite. Die Verlustquote lag bei den Briten noch über der bei der Trafalgarschlacht.

Trotzdem behielten die Europäer schließlich die Oberhand. Nach etwa sechs Stunden hörten die Korsaren auf zu schießen. Bis dahin hatten sie fast alle ihre Schiffe verloren. Außerdem brannten die Festung und einige Viertel der Stadt. Die Zahl der Todesopfer unter den Afrikanern wird zwischen 300 und 7000 angegeben.

Am Morgen des 28. August erneuerte Pellew die Forderung nach kompletter Abschaffung der Sklaverei im Machtbereich von Omar Agha Dey und drohte für den Fall der Weigerung die Fortsetzung des Beschusses an. Allerdings bluffte er jetzt nur, weil der Flottenverband am Vortag um die 50000 Schuss abgegeben hatte und deshalb kaum noch über Munition verfügte. Dennoch nötigten die in Algier stationierten Janitscharen, die im Dienste des osmanischen Sultans Mahmud II. standen, den Dey nun zum Nachgeben. Am 24. September wurde ein entsprechender Vertrag unterzeichnet, dem zufolge alle 1642 christlichen Sklaven in Omar Aghas Machtbereich die Freiheit erlangten.

Der Herrscher von Algier sollte seine Niederlage lediglich um ein Jahr überleben, dann erdrosselten ihn die Janitscharen und installierten Ali ben Ahmed als Nachfolger. Der wiederum ignorierte die Abmachung von 1816, woraufhin die Menschenjagd aufs Neue begann. *Wolfgang Kaufmann*

Deutschlands Dreiteilung in Prag

Der den Bruderkrieg beendende Friedensvertrag teilte das Land in den Norddeutschen Bund, Österreich und einen »Verein«

Im von Frankreich vermittelten preußisch-österreichischen Friedensvertrag von Prag vom 23. August 1866 wurden die Regelungen des Vorfriedens von Nikolsburg vom 26. Juli des Jahres weitgehend bestätigt (siehe *PAZ* Nr. 29). Österreich erkannte die Auflösung des von ihm dominierten Deutschen Bundes ebenso an wie den nördlich der Mainlinie gelegenen Teil Deutschlands als Interessensphäre Preußens. Der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck fackelte nicht lange. Schon wenige Tage vor dem Friedensschluss hatte Preußen mit seinen nördlich des Mains liegenden Verbündeten aus dem Deutschen Krieg das sogenannte Augustbündnis geschlossen, aus dem im darauffolgenden Jahr der von ihm dominierte Norddeutsche Bund hervorging, der Nukleus des Deutschen Reiches von 1871.

Österreichs Verbündete im Bruderkrieg wurden, sofern sie nördlich des Mains lagen, in der Regel annektiert. Der konservative preußische König hatte damit seine Probleme, verdankten die dortigen Fürsten doch seines Erachtens ihre Fürstentümer genauso Gottes Gnade wie er. Aber wie so häufig machte Wilhelm mit seinem Widerstand zwar Bismarck das Leben schwer, doch gab er letztlich nach. Der „weiße Revolutionär“, als der Bismarck nicht ohne Grund bezeichnet wird, dachte pragmatisch: Gegner waren zu vernichten, und wenn sie nicht zu vernichten waren, waren sie zu schonen, um Revanchegelüsten vorzubeugen. Österreich gab seine nördlich der Mainlinie liegenden Verbündeten Hannover, Kurfürstentum Hessen, Nassau und Frankfurt im Prager Frieden zum Abschuss frei, und am 20. September 1866 wurden sie von Preußen annektiert.

Nun mag man Österreich Illoyalität gegenüber seinen (norddeutschen) Verbündeten vorwerfen, doch fühlte sich der österreichische Kaiser seinerseits als Opfer von Illoyalität selbiger. Am 23. Juli 1866 schrieb er seiner berühmten Ehefrau Elisabeth: „Aus Deutschland treten wir jedenfalls ganz aus, ob es verlangt wird oder nicht. Dieses halte ich nach den Erfahrungen, die wir mit unseren lieben deutschen Bundesgenossen gemacht haben, für ein Glück für Österreich.“ In der Tat hatten bei der Entscheidungsschlacht von Königgrätz nur die Sachsen an der Seite ihrer österreichischen Verbündeten gestanden. Und Sachsen blieb denn auch das Schicksal der Einverleibung erspart, obwohl es nördlich der Mainlinie lag. Für diese Ausnahmebehandlung hatte neben dem französischen Kaiser Napoleon III. auch Franz Joseph I. gesorgt. Es wurde behandelt wie ein Verbündeter Preußens, sprich es blieb existent und wurde Mitglied des Norddeutschen Bundes.

> Formal konnte Frankreich einen über den Nikolsburger Vorfrieden hinausgehenden Erfolg erzielen

Frankreich, das keine Signatarmacht war, aber als Mittler großen Einfluss auf die Friedensverhandlungen nahm, gelang mit dem Frieden von Prag ein bemerkenswerter Fortschritt gegenüber dem Vorfrieden von Nikolsburg. Dieser bezog sich auf den nichtösterreichischen Teil Deutschlands südlich des Mains, den Napoleon neben den beiden deutschen Großmächten als gleichwertigen dritten deutschen Machtfaktor aufbauen wollte. Im Vorfrieden hatte es geheißen, dass die südlich der Mainlinie gelegenen deutschen Staaten in einen „Verein“ zusammentreten würden. Im Frieden von Prag hieß es nun zusätzlich über diesen „Verein“, dass er „eine internationale unabhängige Existenz haben wird“. Napoleon hoffte auf einen süddeutschen Puffer zwischen seinem Land und Preußen, der die norddeutsche Großmacht am Ausgreifen nach Süddeutschland, den Sprung über den Main hinderte.

Die Hoffnung des Kaisers der Franzosen auf einen (antipreußischen) Südbund war allerdings vergebens. Das lag zum einen am Verhalten der stärksten Macht Süddeutschlands. Erstens machte Bayern keine Anstalten, Süddeutschland unter seiner Führung zusammenzuschließen. Und zweitens hatte seine frühere Politik Skepsis bei den süddeutschen Nachbarn gegenüber einem Zusammenschluss unter seiner Führung entstehen lassen.

Kurioserweise lag es jedoch auch an den Franzosen selbst, dass entgegen ihrem Wunsche kein süddeutsches Äquivalent zum Norddeutschen Bund entstand. Napoleon genügte nämlich die Dreiteilung Deutschlands in Norddeutschen Bund, Österreich und einen süddeutschen „Verein“ nicht, er wollte Land. Napoleon III. war wie sein berühmterer Onkel ein Kind der Revolution, und wie sein Oheim legitimierte er seine Herrschaft nicht mit der Gnade Gottes, sondern mit der Zustimmung der Franzosen. Und diese Zustimmung glaubte er sich durch immer neue außenpolitische Erfolge erhalten zu müssen. Wenn er auch ein Kind der 48er Revolution war, so strebte er doch in klassischer französischer Manier an den Rhein.

> Klammheimlich gelang Preußen der Sprung über die Mainlinie, den der Frieden von Prag unterbinden sollte

Wie viele war er vor dem Deutschen Krieg davon ausgegangen, dass Österreich daraus als Sieger hervorgehen würde. Im österreichisch-französischen Geheimvertrag vom 12. Juni 1866 hatte Paris sich deshalb von Wien die Zustimmung zur Schaffung eines formal zwar unabhängigen, aber de facto von Frankreich abhängigen neuen Staates aus rheinländischem Territorium des prognostizierten Kriegsverlierers Preußen zusichern lassen. Durch den unerwarteten preußischen Sieg war dieser Geheimvertrag jedoch entwertet, und Frankreich versuchte nun, bei Preußen nachzuholen, was es vor dem Krieg verabsäumt hatte. Naheliegenderweise konnte Paris schwerlich mit Erfolg von Berlin preußisches linksrheinisches Territorium verlangen; aber Preußens Kriegsgegner Bayern und Großherzogtum Hessen besaßen doch auch linksrheinische Gebiete, die Preußen ja nun als Sieger Frankreich großzügig zuschanzen könne. Legitimiert wurden derartige französische Forderungen damit, dass ein Machtgewinn eines Kriegssiegers durch Machtgewinne Frankreichs kompensiert werden müssten, um das europäische Gleichgewicht zu wahren. Am 5. August 1866 ließ sich Bismarck die französischen Forderungen nach dem bayerischen und hessischen Territorium links des Rheins vom französischen Botschafter aushändigen. Statt sie zu erfüllen, machte er sie über eine französische Zeitung öffentlich.

Nicht nur die Hessen und Bayern, sondern auch die übrigen Süddeutschen waren schockiert und verängstigt ob des bloßgestellten französischen Imperialismus. Sie zeigten sich deshalb offen für Bismarcks Schutz- und Trutzbündnisangebote. Dies galt umso mehr, als der preußische Kriegssieger sie mit großzügigen Friedensvertragsangeboten an die süddeutschen Kriegsverlierer verband. Den Anfang machte Württemberg, das am 13. August 1866 mit Preußen ein Verteidigungsbündnis schloss, das weder befristet noch kündbar war und dem preußischen König für den Verteidigungsfall den Oberbefehl zusprach. Es folgten am 17. August Baden, am 22. August Bayern und am 11. April das Großherzogtum Hessen mit vergleichbaren Bündnisverträgen.

So blieben die süddeutschen im Gegensatz zum Gros der norddeutschen Verlierer des zweiten Einigungskrieges weitgehend verschont und wurden von Kriegsgegnern zu Verbündeten Preußens. Um Frankreich nicht zu provozieren, das den Einfluss der norddeutschen Großmacht durch den Friedensvertrag von Prag auf Norddeutschland beschränkt wähnte, blieben die Bündnisverträge vorerst geheim. Doch bei dem nächsten und letzten Einigungskrieg, dem gegen Frankreich, sollten sie noch eine große, wenn nicht kriegsentscheidende Rolle spielen. *Manuel Ruoff*

Erziehungsauftrag der Lizenzpresse

Zum Leserbrief: Der Artikel „Vertuscht, gelogen, beschönigt“ ist alarmierend (Nr. 30)

Es gibt in der deutschen Presse einen beachtlichen Begriffswirrwarr. Es ist sinnvoll und notwendig, diesen Begriffswirrwar zu überwinden.

Es existieren verschiedene Zeitungen, deren Zielrichtungen nicht genau bekannt sind, noch von den Lesern präzise bestimmt werden können. Zur Beschreibung dienen zum Beispiel Sammelbegriffe wie Einheitspresse oder Leitmedien oder System-Medien oder Mainstream-Medien oder Lückenpresse oder Lügenpresse oder Regierungspresse oder tonangebende Medien.

Den Begriffen ist gemeinsam, dass sie üblicherweise keine hinreichenden Anhaltspunkte für den regelmäßigen Inhalt der jeweiligen Zeitungen und für deren Verhalten und Absichten bieten. Es gibt allerdings einen besseren Begriff, der etliche deutsche Zeitungen genauer kennzeichnen kann: Dies ist der Begriff „Lizenzpresse“. Wenn ein Medium den Begriff Lizenzpresse erfüllt, sollte er statt der oben genannten Begriffe benutzt werden.

Die Lizenzpresse ist nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden und existiert noch heute. Die damaligen deutschen Zeitungen wurden nach dem Einmarsch der Besatzer verboten. An deren Stelle erhielten „gute“ Deutsche (zum Beispiel die Herren Springer und Augstein) von den Besatzern in West-Deutschland schriftliche Lizenzen, die es ihnen unter Bedingungen erlaubten, „politisch korrekte“ Zeitungen zu vertreiben.

Diese Lizenzträger unterstanden allerdings der Überwachung der Besatzer. Die jeweilige Lizenz prämierte Wohlverhalten und war viel Geld wert. Das eigentliche Ziel der Besatzer war die „Umerziehung“ des deutschen Volkes, auch mit Hilfe der Lizenzpresse und zum Beispiel durch Zerstörung des gegliederten Bildungswesens.

Die alliierten Siegermächte verfolgten mit der Umerziehung das Ziel, das deutsche Volk geschichtlich und politisch zu manipulieren. Daher bestimmte das alliierte „Manual for the Control of German Information Services“ vom 12. Mai 1945, dass preußische Konservative keinesfalls in den Zeitungen oder in anderen Medien (also in der Lizenzpresse) zu Wort kommen durften.

Die Lizenzpresse ist dadurch gekennzeichnet, dass sie jetzt die „Selbst-Umerziehung“ betreibt zur Ergänzung der vorangegangenen Umerziehung der Bürger im ausländischen Interesse. Die Lizenzpresse fühlt sich oft der Wahrheit und Klarheit und Vollständigkeit der Berichterstattung nicht hinreichend verpflichtet, sondern berichtet häufig einseitig deutschfeindlich sowie regierungsfromm (siehe Willkommenskultur) und US-hörig.

Der amerikanische Einfluss ist teilweise allerdings nicht offensichtlich. Der versteckte Gesinnungsauftrag von 1945 zur informellen Meinungssteuerung hat sich in den Zeitungen der Lizenzpresse trotzdem im Laufe der Zeit institutionalisiert.

Neben der Lizenzpresse (zum Beispiel aus dem Springer-Verlag, dem „Spiegel“ und dem „Stern“ sowie der „Frankfurter Rundschau“) gibt es glücklicherweise noch Zeitungen, die sich der Wahrheit und der Zukunft des deutschen Volkes verpflichtet fühlen. So die *Preußische Allgemeine Zeitung*, die „Junge Freiheit“ und das Magazin „Compact“. Wer kann, sollte auf die Lizenzpresse verzichten. **Benno Koch, Harsefeld**

Politische Weitsicht ist treffsicherer als militärischer Schnellschuss

Zu: Wie ein Krieg ums Baltikum aussähe (Nr. 31)

Glaubt man einem Angler sein Mitleid mit dem Wurm, wenn er ihn auf den Haken zieht? Natürlich ist der Köder beim Fisch verloren, das ist ja auch seine Aufgabe. Der Autor beklagt, dass die 1000 Bundeswehrsoldaten in Litauen als „Bremsschwelle“ bei einem russischen Angriff nur kurze Zeit standhalten könnten.

Es gehört zur üblichen Nato-Propaganda, das Kräfteverhältnis stets nur punktuell zu betrachten, um damit von der Realität abzulenken. Der Rüstungshaushalt der USA ist größer als der von China, Russland, Japan, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Saudi-Arabien, Indien, Südkorea, Israel, Australien, Brasilien, Türkei und Kanada zusammen, um nur die 15 nächsten in der Rangliste zu nennen. Vom Schwarzen Meer bis ans Polarmeer ist die Nato den Russen auf den Pelz gerückt. Wie würden wohl die USA reagieren, wenn die Russen wenige Kilometer vor deren Landesgrenze eine Militärparade abhalten würden?

Ich wage an dieser Stelle zu behaupten, wir können nur hoffen, dass Putin besonnen bleibt und auf den oben genannten Wurm nicht anbeißt. Denn in einem konventionellen Krieg hätten die Russen gegen die USA keine Chance. Da blieben ihnen nur noch die Kernwaffen. Genau darum wurde der Nato-Raketenabwehrschirm in Osteuropa aufgebaut.

Ein ehemaliger Soldat der Wehrmacht, der aus seiner Kriegserfahrung später evangelischer Pfarrer wurde, sagte in einer Rede: Wir brauchen drei Generationen, um die Fehler der ersten zu wiederholen. Und ich ergänze: Nun ist die dritte Generation in der Regierung. Erfahrene Männer wie Helmut Schmidt, die den letzten Krieg noch mitgemacht hatten, gibt es nicht mehr oder man hört nicht mehr auf sie.

Friedrich der Große gab mit seinem Testament den Nachfahren mit auf den Weg, sie sollen „mit den Barbaren im Osten“ keine Händel anfangen, weil wir den Schaden, den sie bei uns anrichten würden, ihnen niemals heimzahlen könnten. Und der große Bismarck erklärte bei einem Besuch im Generalstab: Einen Feldzug gegen Russland kann man vor sich, doch nie hinter sich haben.

Als Napoleon 1812 nach Moskau marschierte, da folgten die Bayern, Sachsen und Westfalen treu dem Kaiser. Wie wir wissen, hat der dann seine Hilfstruppen allesamt vor die Hunde gehen lassen. Einzig und allein die Preußen waren klüger. Denn damals hatte die preußische Armee Offiziere mit Verantwortungsbewusstsein und politischer Weitsicht, denen die Zukunft des Vaterlandes wichtiger war als persönlicher Opportunismus. **Henrik Schulze, Jüterbog**

Presse-Enten in den Lausitzer Sand gelegt

Zu: Vom Seewinde verweht (Nr. 27)

Ich habe diesen Artikel mit unglaublichem Staunen gelesen. Man könnte an dieser Stelle sagen, der Inhalt ist schlampig recherchiert – und damit abgehakt.

Ich melde mich aber dennoch zu Wort, denn was da dem Leser angeboten wurde, ist voller peinlicher Fehler. Mich trifft das besonders, denn ich stamme aus einem Teil der beschriebenen Landschaft. Also fange ich mal an. Zuerst einmal zu dem Zittauer Fastentuch. Allein das ist falsch. Es gibt in Zittau nämlich zwei Fastentücher: das Große und das Kleine Fastentuch. Beide sind einmalige Kunstwerke. Doch entscheidend ist die Aussage der Autorin, dass das Große Fastentuch von den „Russen“ zerschnitten wurde, um es als Saunatücher zu missbrauchen. Das stimmt einfach nicht! Beide Fastentücher waren in den 1950er Jahren und darüber hinaus im Zittauer Stadtmuseum ausgestellt. Unzerschnitten und in einem für die damalige Zeit relativ guten Zustand. Da bin ich ein Zeitzeuge, denn ich war sehr oft in diesem Museum.

Nun ist bekannt, dass das Große Fastentuch in der Mitte stark ausgeblichen ist. Das resultierte daraus, dass es dazu benutzt wurde, um den Eingang einer improvisierten russischen Sauna zu verschließen. Das wurde dazumal vom Personal des Museums auch nicht verschwiegen. Doch das weiß wahrhaftig nur, „wer die Geschichte kennt“.

Kommen wir zum nächsten Punkt. Die Autorin schreibt, dass die Stadt Görlitz über lange Zeit von einem unbekannten Spender jährlich eine Million Euro erhielt. Dazu sei gesagt, es waren eine Million D-Mark. Mit der Einführung des Euro wurde dieser Betrag halbiert. Und es ist schon recht naiv zu glauben, dass dieser relativ kleine Betrag ausgereicht hat, um insbesondere den historischen Teil dieser Stadt zu sanieren. Da waren ganz andere finanzielle Mittel notwendig. Aber die wurden wenigstens gut angelegt.

Aber das dicke Ende kommt noch! In Jänschwalde stehen neuerdings Meiler eines Atomkraftwerks? Und dann befinden sich die Dinger auch noch in einer Mondlandschaft? Geht's noch? Eigentlich müsste man es wissen, dass Atomkraftwerke keine Mondlandschaften hinterlassen. Das machen nun mal nur Braunkohlekraftwerke. Denn die brauchen, wie es der Name sagt, Braunkohle zur Verstromung. Und an die muss man erst einmal herankommen. Das heißt, es entstehen durch den Abbau der Kohle Abraumhalden und tiefe Löcher. Doch das Gelände wird später ordentlich renaturiert.

Sehr geehrte *PAZ*-Macher: Ich schätze Ihr Blatt sehr und lese es meist mit Freude. Doch verschonen Sie bitte die Leser in Zukunft mit solchen Beiträgen. Das haben Sie nicht nötig! **Uwe Schröter, Bautzen**

Nato im Kleinkrieg

Zu: Wie ein Krieg ums Baltikum aussähe (Nr. 31)

In dem Kriegs-Szenario ums Baltikum wäre die Seehoheit im Baltischen Meer ziemlich relevant. Zum einen wegen der Sicherung von Versorgungswegen und auch den eventuell benötigten Evakuierungsrouten. Und zum anderen, um andere Gebiete defensiv sichern zu können.

Aber wie im Artikel festgestellt wird, scheint es nicht unbedingt klar zu sein, dass die Aggression komplett militärisch ablaufen würde und das Bemühen der Nato stattdessen darauf abzielt, irgendwelches Tun von militanten Gruppen zu unterbinden. Das heißt nicht, dass ich die Krim-Angelegenheit als komplett verständlich betrachten würde, zum einen, weil sie von Russen beziehungsweise Sowjets unter Stalin kolonisiert, während die Bevölkerung von dort deportiert wurde. Und zum anderen, weil im Falle Tschetscheniens anscheinend ganz anders deren damalige Unabhängigkeitserklärung betrachtet wurde, man Kriegsverbrechen an Zivilisten nicht geahndet und auch Parteien, welche für Separatismus waren, von Wahlen ausgeschlossen hatte. **David Lejdar, Berlin**

Was Schäuble geritten hat, bleibt wohl ewig im Dunkeln

Zu: Perverser Plan (Nr. 24)

Eine solche Monstrosität (Schäubles Eugenik-Äußerung, d. R.) muss nicht unbedingt aus der „deutschen Denke“ unserer Politiker stammen. Durch Zufall bin ich kürzlich auf ein Konzept gestoßen, in dem genau ein derartiges Vorgehen beschrieben wird. Es handelt sich um das von Thomas Barnett in „The Pentagon's New Map: War and Peace in the Twenty-First Century“ beschriebene Konstrukt. Dieser entwickelt darin ein Regelwerk, mit dem die globale Hegemonie der USA durchgesetzt werden soll, was ein entsprechendes Bevölkerungsprojekt auch für Europa einschließt.

Das Barnett-Konzept wurde bereits 2004 als Buch veröffentlicht, liegt leider nur in Englisch vor und ist wegen seiner stark amerikanisch gefärbten Sprache mühsam verständlich. Mir wurde beim Lesen übel, und einem kritisch denkenden Bürger dürfte es schlaflose Nächte bereiten, denn der Autor sieht sein Land und Europa akut bedroht.

Wer daraufhin die internationale Entwicklung und Ereignisse der letzten zehn Jahre betrachtet, kommt zwangsläufig zu der Ansicht, das Barnett-Konzept wird seit geraumer Zeit mit größter Sorgfalt und Beharrlichkeit seitens der USA verwirklicht. In diesem Zusammenhang sieht die „Umvolkung“ nicht nach einem Geniestreich von Schäuble aus, sondern nach einem Teil der von den USA angestrebten globalen Hegemonie. Was neben Schäuble auch etliche andere deutsche Politiker antreibt, permanent gegen die Interessen und Existenzgrundlagen unserer Nation zu handeln, wird sich nicht ermitteln lassen. **Hans-Jürgen Bothmann, Hamburg**

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 33 – 19. August 2016

MELDUNGEN

Riesen-Bernstein gefunden

Palmnicken – Im Bernsteinkombinat von Palmnicken scheint ein 2,7 Kilogramm schwerer Klumpen Bernstein gefunden worden zu sein. Dies teilte eine russische Nachrichtenagentur unter Berufung auf die regionale Dienststelle des Russischen Föderalen Antimonopoldienstes mit. Es handelt sich demnach um eines der größten Bernsteinstücke weltweit. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Warweiden [Wirwajdy] – Thyrau [Tyrowo], Baustelle; Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Alt Jablonken – Buttenhof [Zawady Małe], Baustelle; Arys [Orzysz] – Lyck [Ełk], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elbląg] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Spiegelberg [Sprecowo] – Hochwalde [Lugwałd], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 57: Eichtal [Debówko] – Ortelsburg [Szczytno], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek], Baustelle. *E.G.*

Posse um öffentlichen Nahverkehr

Stadtratsabgeordneter Sergej Donskij will sich gegen Königsberger Stadtbetriebe behaupten

Seit Jahren plant die Königsberger Stadtverwaltung, den öffentlichen Personennahverkehr zu modernisieren und gleichzeitig die Kontrolle über die Branche zu übernehmen. Seit dem 1. August gibt es nun ein neues Busliniennetz, mit dem die Bürger sich bislang jedoch nicht anfreunden konnten.



Stiftet Verwirrung: Neuer orangefarbener Bus des städtischen Verkehrsbetriebs Bild: J.T.

Das seit dem 1. August gültige Busliniennetz enthält 32 neue Linien, die von 277 Bussen befahren werden. Daneben gibt es auch 14 Linien, auf denen Minibusse verkehren. Eine Trolleybus-Linie, die vom Sowjetskij Prospekt in den Stadtteil Selma führt, blieb daneben erhalten.

Die Ausschreibung für den Betrieb dieser Linien erfolgte erst Mitte Juli. Hauptkriterium für den Zuschlag sollte das Alter der Busse sein. Die mit den ausgewählten Firmen abgeschlossenen Verträge gelten bis zum 1. März 2018..

Das Ausschreibungsergebnis hat nicht nur viele Fragen unter den Teilnehmern aufgeworfen, sondern das neue Busliniennetz hat auch zu vielen Beschwerden der Kunden geführt.

Was war passiert? Im vergangenen Jahr war ein Streit zwischen Bürgermeister Alexander Jaroschuk und dem Abgeordneten des Stadtrats, Sergej Donskij, ausgebrochen, der die Kommission des Stadtrats für die Entwicklung der Transportinfrastruktur leitete und gleichzeitig Inhaber des Transportdienstleisters „BaltAvtoLine“ ist. Sein Unternehmen bediente einen Großteil der städtischen Buslinien. Die Stadtverwaltung hatte schon lange eine Modernisierung des Busverkehrs gefordert, doch auf den Straßen der Stadt kursierten weiterhin die alten Busse. Jaroschuk beabsichtigte außerdem, den städtischen Verkehrsbetrieb „KaliningradGorTrans“ zu stärken. Denn in den vergangenen 20 Jahren lag fast der gesamte öffentliche Nahverkehr in privater Hand. Die Stadtregierung will nun die Kontrolle über den städtischen Nahverkehr zurückerlangen. Der Konflikt zwischen dem Bürgermeister und Donskoj wurde öffentlich, nachdem der Stadtratsabgeordnete einen Beschwerdebrief über Jaroschuk an Präsident Putin geschickt hatte, in dem er den Bürgermeister beschuldigt, eine feindliche Übernahme zu planen, was zu einem Monopol städtischer Unternehmen im Personennahverkehr führen würde.

Das Resultat dieser Beschwerde ist, dass Donskijs Unternehmen für keine einzige Linie den Zuschlag erhielt. Allerdings ignorierte dieser das Ergebnis der Ausschreibung, sodass neben den Vertragsunternehmen auch seine Busse auf den Straßen fahren.

Höhere Fahrpreise, weniger Komfort

Donskij begründet das damit, dass die staatliche Anti-Monopolbehörde das Wettbewerbsergebnis auf den Personenverkehr begrenze, zu solchen Entscheidungen aber nicht befugt sei. Im Gegenzug erklärte die Stadtverwaltung, dass bereits die Polizei und eine Reihe von Regulierungsbehörden über die illegale Handlung Donskojs informiert seien. Dessen Busunternehmen verwandelt die Königsberger Straßen in Rennplätze, weil die Busse seines Unternehmens auf der Jagd nach Passagieren versuchen, die der städtischen Konkurrenten zu überholen .

Das neue Busliniennetz war schon im Dezember 2015 ausgearbeitet worden. Trotz vieler Beschwerden von Passagieren bestanden die Stadtvertreter auf ihrem Konzept. Die Stadtverwaltung hatte in den ersten Augusttagen Freiwillige eingestellt, die den Fahrgästen helfend zur Seite stehen sollten. Dennoch herrschte in der Hauptverkehrszeit allgemeines Chaos. Die Telefondrähte der Stadtverwaltung liefen heiß. Allein am ersten Tag nach Einführung des neuen Systems gab es 2000 Beschwerdeanrufe. An die neuen Linienverläufe mussten sich nicht nur die Passagiere, sondern auch die Fahrer gewöhnen. Viele Busfahrer befuhren aus Gewohnheit ihre alten Routen.

Um Donskojs Chancen bei der Ausschreibung zu schmälern, hatte sich die Stadtverwaltung im Mai und Juni fieberhaft darum bemüht, neue Busse für das städtische Unternehmen „KaliningradGorTrans“ zu kaufen. Die neuen orangen Busse, die die Stadtverwaltung beschafft hat, sind jedoch nicht so geräumig wie die alten MAN- und Mercedes-Modelle. In den weißrussischen Bussen der Marke MAZ gibt es wesentlich weniger Sitzplätze. Viele Königsberger fühlen sich an sowjetische Zeiten erinnert, als sie wie Ölsardinen in der Dose in Bussen unterwegs waren. Eine weitere Unannehmlichkeit für die Städter ist, dass sie nun häufiger umsteigen müssen. Oder einfacher formuliert: Es ist schwieriger geworden, von einem Ende der Stadt zum anderen zu gelangen, wobei der Preis verdoppelt wurde.

Die Stadtverwaltung hat zugegeben, dass das neue System noch weit davon entfernt ist, ideal zu funktionieren, aber sie hegt die Hoffnung, dass die Fahrgäste sich schnell umgewöhnen werden. Gerade für ältere Fahrgäste sind die neuen Busse unbequem: Sie müssen sich über Stufen in den Bus quälen und sich mit Stehplätzen in den „Füchsen“ oder „Möhren“ begnügen, wie die Busse wegen ihrer grellorangen Farbe genannt werden. *Jurij Tschernyschew*

Protest gegen dichte Grenze

Polen legt Kleinen Grenzverkehr mit Russland dauerhaft auf Eis

Polen hatte den Kleinen Grenzverkehr mit Russland und der Ukraine am 4. Juli unterbrochen. Der Grund dafür waren der Nato-Gipfel in Warschau und die Weltjugendtage in Krakau. Als Reaktion auf diese Entscheidung schloss auch Russland die Grenze für die Polen.

Am 3. August, als der Gipfel und die Weltjugendtage vorbei waren, wurde der für diesen Zeitraum an den polnischen EU-Außengrenzen ausgesetzte Kleine Grenzverkehr allerdings nur an der Grenze mit der Ukraine wiederhergestellt. Jarosław Zielinski, Vizeminister des Inneren, teilte mit, dass im Falle Russlands die Ursachen für die Aussetzung des Kleinen Grenzverkehrs nicht aufgehört hätten. Innenminister Mariusz Błaszczak äußerte sich konkreter. Die Entscheidung hänge mit dem Krieg zwischen Russland und Georgien und derUkraine sowie mit der Krim-Annexion zusammen.

Die Aussetzung des Kleinen Grenzverkehrs ist ein Schlag besonders für die Einwohner und Unternehmen des südlichen Ostpreußens und Pommerns, die vom Handel mit Russland leben. Allein im Jahr 2015 hatten über sechs Millionen Menschen im Rahmen des Kleinen Grenzverkehrs die polnisch-russische Grenze überschritten. Jetzt ist der Handel zum Erliegen gebracht. An der Grenze gibt es nur wenige Reisende. Als der Kleine Grenzverkehr noch galt, machte eine Unmenge von Russen Einkäufe in Polen. In dem polnischen Lebensmitteldiscounter „Biedronka“ direkt am Grenzübergang in Beisleiden gab es immer Gedränge und keinen freien Parkplatz. Heute sieht man nur ein paar Autos von Russen, die ein Visum besitzen.

Händler im südlichen Ostpreußen leiden unter Umsatzeinbruch

Auch andere Bereiche leiden unter dieser Situation. Es war zum Beispiel eine Zugverbindung zwischen Allenstein und Königsberg für die Fußballweltmeisterschaften 2018 geplant, aber im Zuge der Aussetzung des Kleinen Grenzverkehrs wurden die Gespräche über das Vorhaben unterbrochen.

Die Schließung des Kleinen Grenzverkehrs hat zu Protesten aus fast allen politischen Parteien geführt. Auch der Allensteiner Präsident Piotr Grzymowicz hat sich kritisch geäußert: „Meiner Meinung nach ist es eine schlechte Entscheidung! Die Ursachen sind verwirrend und nicht klar, und es wird keine Rücksicht auf die sozio-ökonomische Auswirkung genommen.“ Er unterstrich, dass die gelockerte Grenzregelung ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region war.

Eine Bürgerplattform-Abgeordnete aus Elbing, Elzbieta Gelert, hat nun in den sozialen Medien eine Protestaktion organisiert: „Wir fordern die Wiederherstellung des Kleinen Grenzverkehrs.“ Somit können auch die Bürger ihre Meinung äußern. Es ist auch eine Petition an die Regierung geplant. *Edyta Gładkowska*

Er hat es geschafft

Wolfgang Freyberg hat alle ostpreußische Kreisstädte besucht

Seit über 20 Jahren ist das Kulturzentrum Ostpreußen mit seinen Ausstellungen aktiv zwischen Weichsel und Memel. Mit polnischen, russischen und litauischen Kultureinrichtungen und Museen, zum Beispiel in Allenstein, Königsberg und Memel, hat es zahlreiche Projekte erfolgreich durchgeführt. Zuletzt konnte am 22. Juli die zweisprachige Dokumentation „Tilsit – Die Stadt ohne Gleichen!“ (siehe PAZ Nr. 32) im dortigen stadtgeschichtlichen Museum eröffnet werden. Zuvor hatte sie schon im Staatlichen Archiv in Königsberg großen Anklang gefunden.

Bei dieser Gelegenheit suchte der Direktor des Kulturzentrums, Wolfgang Freyberg, die Kreisstadt Pillkallen (Schloßberg) auf. Leider gibt es dort so gut wie gar nichts mehr zu sehen, die Stadt mit 1939 etwa 5800 Einwohnern ist praktisch ausgelöscht. Dennoch hat er mit dem Besuch endlich ein selbstgestecktes Ziel erreicht: alle ostpreußischen Kreisstädte von Pr. Holland bis Heydekrug, von Labiau bis Lyck zu besuchen. *EB*



Unterwegs in Ostpreußen: Wolfgang Freyberg vor dem Ortsschild Pillkallen [Dobrowolsk] Bild: privat



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

was mit den privaten Kulturgütern, die bei den Bränden und Verwüstungen in unserer Heimat vernichtet wurden, an Werten verloren ging, ist unschätzbar und wird nie auch nur annähernd erfasst werden können. Aber einiges konnte doch gerettet werden, eine rechtzeitige Auslagerung oder ein Versteck im Stroh des Fluchtwagens machte es möglich. Und so vermochten wir schon des Öfteren über Gemälde, Grafiken und Plastiken zu berichten, die von ostpreußischen oder Künstlern, die in unserer Heimat gelebt und gewirkt hatten, stammten. Manche Gemälde fristeten allerdings auf Dachböden oder in kaum benutzten Räumen ein verstaubtes Dasein, weil ihr Wert den heutigen Besitzern unbekannt war, bis sie durch Zufall entdeckt wurden. Und auf diesen Effekt hofft auch Herr **Klaus Schulz-Sandhof** aus Drethem, der wissen möchte, wo sich Bilder des Königsberger Malers **Arthur Weiß** befinden, weil er selber im Besitz eines seiner Gemälde ist, zu dem er auch einige Fragen an unsere Leserinnen und Leser stellen will.

Aber zuerst einmal zu dem Künstler, der am 1. November 1866 als eines von sechs Kindern des Pfarrers **Carl Eugen** Weiß und seiner Frau im samländischen Rudau geboren wurde. Dort wuchs er auf und empfing in dieser weiten Landschaft die ersten Impulse für seinen späteren Beruf. Pfarrer Weiß war 28 Jahre lang in dieser Gemeinde tätig, bis er wegen seiner sozialen, freiheitlichen Grundeinstellung im Jahre 1887 die Pfarrstelle wechseln musste und in die Schweiz übersiedelte. Fünf seiner Kinder gingen mit dem Vater, um in der Schweiz ihre Berufsausbildung fortzusetzen, aber Arthur blieb in Ostpreußen. Seit seiner Kindheit war er mit **Karl Kollwitz** befreundet, der ebenfalls aus Rudau stammte. Die Freunde trafen sich während ihres Studiums in Königsberg im Hause des Pfarrers **Julius Rupp**, dessen Enkelin **Käthe** den Arzt heiratete. Nach dem 1884 begonnenen Studium an der Akademie der Künste in Königsberg ging Arthur Weiß nach Berlin, kehrte dann aber nach Königsberg zurück, wo er sich vor allem als Porträtist einen Namen machte. 1899 beschickte er die Große Berliner Kunstausstellung mit einem Brustbild des Schriftstellers **Spielhagen**. Weitere Porträts wurden in öffentlichen Gebäuden ausgestellt, wobei es sich vor allem um Pastorenbilder handelte. Er porträtierte aber auch andere Königsberger Persönlichkeiten wie den Altmeister der Germanisten, Professor **Oskar Schade**, über dessen Ehrung kurz vor seinem Tode der Königsberger Publizist Dr. **Ludwig Goldstein** in seinem Buch „Heimatgebunden“, einer das ostpreußische Kulturleben erfassenden Enzyklopädie, schreibt: „Der Festausschuss hatte sich recht Anstrengungen gemacht und ein nahezu lebensgroßes Brustbild Schades von Arthur Weiß malen lassen, das dem Deutschen Seminar zugedacht war.“ Es dürfte wie die meisten Werke Schades, zu denen auch Marinebilder gehörten, im Feuersturm des letzten Krieges vernichtet worden sein.



Konnte gerettet werden: Gemälde von Arthur Weiß Bild: privat

So viel über den Künstler, dem man um die Jahrhundertwende prophezeit hatte, dass man noch viel von ihm erwarten könnte – und der heute so gut wie unbekannt ist. Nur wenige seiner Bilder dürften gerettet worden sein wie das hier abgebildete Gemälde, das sich im Privatbesitz des Ortschronisten von Rudau, Pfarrer i. R. Klaus Schulz-Sandhoff, befindet, der es zufällig erwerben konnte. Es stellt ein sichtbar zueinander geneigtes Ehepaar in seiner vertrauten Umgebung dar. Der jetzige Besitzer möchte nun gerne wissen, ob jemand aus unserem Leserkreis Ergänzendes zu den abgebildeten Personen aussagen könnte. Hinweise könnten von den Familien früherer Besitzer kommen, aber auch von ehemaligen Betrachtern des Bildes, die sich erinnern, wo und wann sie es gesehen haben. Leider fehlt das Datum, eine Signatur ist vorhanden. Darüber hinaus ist Pfarrer Schulz-Sandhof als Chronist an allen Informationen über Werk und Wirken des Künstlers Arthur Weiß interessiert. An den obligatorischen Dachboden glaube ich allerdings weniger, eher an den Fundus mancher Museen oder Privatsammlungen. (Klaus und **Renate Schulz-Sandhof**, An der Elbe 4-6 in 29490 Drethem/Elbe, Telefon 05858/332, E-Mail: Schulz-Sandhof@t-online.de)

Dass man beim Aufräumen von Hinterlassenschaften so manches entdeckt, das unbekannt oder in Vergessenheit geraten war, konnte auch Herr **Haug von Kuenheim** aus Wentorf feststellen. Zwar ist seine Mutter **Jeanne** von Kuenheim bereits 2003 verstorben, aber erst jetzt fand er Arbeiten von ihrer künstlerischen Tätigkeit, die sie in jungen Jahren ausgeübt hatte. Die 1906 in Bergenthal, Kreis Rößel geborene Jeanne **Sarasin** war in den 20er Jahren Schülerin von Professor **Grün**, der an der Kunst- und Gewerbeschule in Königsberg lehrte. Einige vor ihrer 1933 geschlossenen Ehe mit **Wilhelm von Kuenheim**, Juditten, entstandene Arbeiten hat ihr Sohn Haug in ihrem Nachlass entdeckt, zwei hat er uns übersandt, weil er für diese eine Möglichkeit der Veröffentlichung in unserer Kolumne sieht. Es handelt sich um einen Linolschnitt – ein Selbstbildnis seiner Mutter –, und ein Werbeplakat für unsere ostpreußische Seenlandschaft. Das Letztere habe ich für eine der nächsten Folgen vorgesehen, denn es ist schon interessant, wie damals bereits für die Erholung in einer unberührten Natur geworben wurde. Zuerst danke ich einmal Herrn Haug von Kuenheim für die Übersendung dieser frühen Arbeiten seiner Mutter, denn solche Entdeckungen fügen sich gut in das Mosaikbild unserer Heimat als „Malerparadies“ ein.

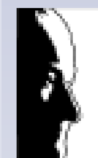
Keiner Entdeckung benötigten die in unserem ostpreußischen Dialekt gehaltenen Poeme von Dr. **Alfred Lau**, denn sie und ihr Urheber sind den meisten älteren Landsleuten schon aus heimatlichen Tagen bekannt und fehlten kaum in dem Repertoire der Vortragenden, die nach der Flucht heitere Ostpreußenabende veranstalteten. Auch noch heute, denn seine Gedichte in breitestem „Missingsch“ blieben in Buchform erhalten und werden fleißig benutzt – nicht nur von Landsleuten, die in dem reichhaltigen Vokabularium so manches vertraute Wort aus ihrer Kindheit entdecken, sondern auch von Nichtostpreußen, die das breite, warme Idiom unserer Heimatsprache so reizvoll finden, dass sie es selber vortragen. Und so erreichte uns dieser Brief von Herrn **Holger Backhaus** aus Villingen:

„Ich habe – obwohl kein gebürtiger Ostpreuße – in meinem Heimatdorf bereits als Kind in den Nachkriegsjahren engen Kontakt zu ostpreußischen Flüchtlingsfamilien gehabt und diese Menschen und ihre Heimatsprache schätzen und lieben gelernt. Später erst lernte ich zu meiner Freude die Gedichte des Dr. Alfred Lau kennen, in denen er so trefflich und liebenswert die Mentalität dieses Menschenschlages beschreibt. Ich bin nun schon seit einiger Zeit auf der Suche nach genauen Informationen über die Vita des ehemaligen Intendanten des Reichssenders Königsberg Dr. Alfred Lau. Da fällt mir immer wieder auf, dass außer unverbindlich allgemeinen Lebensdaten und seinen von mir so geschätzten Missingsch-Gedichten so gut wie nichts über sein Wirken als Intendant (ab1938) und sein weiteres Wirken bekannt ist. Selbst Ihre inzwischen hoch betagte Mitarbeiterin Ruth Geede hält sich als ehemalige freie Mitarbeiterin mit Äußerungen über ihren damaligen ‚Chef‘ auffällig zurück. Auch aus Laus Lebensjahren nach dem Krieg hört man nichts. Nicht einmal ein öffentlich zugängiges Foto existiert von ihm. Ich hätte doch so gerne etwas mehr über Lau erfahren. Welches Leben hat er nach dem Krieg geführt? Was hat er in der Nachkriegszeit geschrieben?“

Soweit einige Auszüge aus dem Brief von Herrn Backhaus, und da er mich als unergiebige Auskunftsquelle bezeichnet, muss ich zuerst darauf eingehen. Es stimmt schon, dass ich nicht viel über meinen ehemaligen „Chef“ sagen kann. Die meisten freien Mitarbeiter wie ich hatten kaum oder gar keine Verbindung zu ihm, sondern arbeiteten nur mit den betreffenden Abteilungsleitern. Offiziell bin ich dem Intendanten, der übrigens bereits seit 1935 das Amt ausübte, nur zweimal während meiner achtjährigen Rundfunkarbeit begegnet: bei einem Betriebsfest im Königsberger Tiergarten, wo er persönlich jedem Gast die Hand gab, und – mit gehörigem Abstand – bei der Feier zum 60. Geburtstag von **Agnes Miegel** in der Königsberger Regierung. Leider gibt es in der öffentlich zugängigen Kurzvita von Dr. Lau nur einige wenige, fehlerhafte oder vage Angaben über seine Tätigkeiten. Zu ihm als Persönlichkeit findet man keinen Zugang, bis auf die wenigen vermerkten Lebensdaten: *1. Oktober 1898 in Friedrichshof, aufgewachsen bei den Großeltern in Tammowischken, Kreis Insterburg. Medizinstudium in Königsberg, dann Wechsel zur schreibenden Zunft, der er bis zu seinem Tod am 15. Oktober 1971 in Bad Grund treu blieb. Sein Bekanntheitsgrad in Ostpreußen war sehr hoch, weniger als Chefredakteur der „Preußischen Zeitung“ in den frühen 30er Jahren oder in ähnlichen zu dem damaligen Regime gehörenden Funktionen, sondern als Autor humoristischer Gedichte und Erzählungen im ostpreußischen Dialekt, die er am laufenden Band zu produzieren schien. Er brachte eine Broschüre nach der anderen heraus, deren Titel schon alles über den Inhalt besagten: Plidder, Pladder – Ei, kick dem – Schniefke – Kriemelchens und sein wohl bekanntester Poemband: Schabbelbohnen! Am beliebtesten aber waren seine Briefe der Auguste Oschkenat, mit der der junge Schriftsteller eine naive, aber liebeswerte Figur geschaffen hatte, die sich schnell in ganz Ostpreußen ihren Leserkreis eroberte. Immer wieder wurden von dem Autor neue Berichte von „Auguste in der Großstadt“ verlangt, und Lau kam diesen Forderungen auch prompt nach. Er konnte wirklich „Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus“. Sein Vokabular an typisch ostpreußischen Ausdrücken schien unerschöpflich – in manchen Gedichten ist es auch ein Zuviel an geballter Ladung, weniger wäre da mehr. So viel in Kurzform über Leben und Wirken eines ostpreußischen Schriftstellers, über dessen letzte Lebensjahre so gut wie nichts bekannt ist. Deshalb die von Herrn Backhaus aufgeworfene Fragen auf einen kurzen Nenner gebracht: Wer kannte Dr. Alfred Lau persönlich und kann etwas über ihn und sein Schaffen nach der Vertreibung aussagen? (Holger Backhaus, Oderstraße 7/1 in 78052 VS-Villingen, Telefon 07721/74964, E-Mail:holback@gmx.de)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Kreisstädtewappen oder Kampfabzeichen der Polonia?

Streit in der Woiwodschaft Oppeln um die Amtskette des Marshalls – Die Deutsche Minderheit hält sich bedeckt

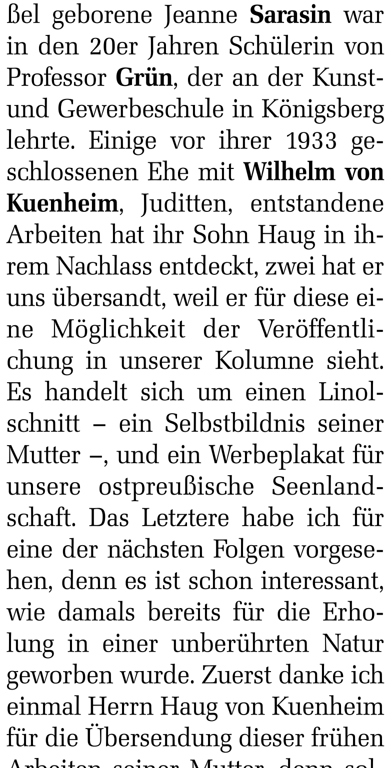
Wie sollen die Insignien des Marschalls der Woiwodschaft Oppeln aussehen? Diese Frage schien seit über einem Jahr im Grunde beantwortet. Vor wenigen Tagen jedoch erreichte ein neuer Entwurf den Oppelner Sejmik.

Im April 2015 waren ein Zeremonienstab und eine Amtskette für den Marschall bei einem Künstler in Auftrag gegeben worden. Der erste Entwurf für Stab und Amtskette stammt vom Künstler Marian Molenda aus Neisse. Der Stab soll die Gestalt des Wahrzeichens der Stadt, des Piastenturms, haben, an dessen Spitze ein Piastenadler, auch „weißer Königsadler“ genannt, thront. Für die Kette hat Molenda ein Bildnis des Oppelner Fürsten Johann II. vorgesehen. Die Kettenglieder sollen jeweils in Form des sogenannten Rodlo-Zeichens gestaltet sein. Das Rodlo-Symbol ist seit 1933 das Zeichen des „Bundes der Polen in Deutschland“. Es stellt in sehr stark stilisierter Form den Flusslauf der Wechsel als Zeichen für das polnische Volk und die Lage der Stadt Krakau als Zeichen für die polnische Kultur dar. Entworfen wurde es 1932 von der Grafikerin Janina Klopocka. Der von dem Journalisten Edmund Jan Osma czyk stammende Name setzt sich zusammen aus den ersten beiden Buchstaben des polnischen Wortes „Rodzina“ (Familie) und den letzten beiden von „Godło“ (Wappen) zusammen. Das Rodlo-Zeichen stand in dem nach der Volksabstimmung von 1921 bei Deutschland verbliebenen westlichen Teil Oberschlesiens stets für den polnischen Anspruch auf dieses Land.

Die traditionell verhaltenen und fast ängstlichen Proteste aus der Fraktion der Deutschen Minderheit, die in der Regierungskoalition vertreten sind und den Vizemarschall Roman Kolek stellen, konnten gegen dieses Zeichen der Polonia in Deutschland nichts erwirken. Eigentlich sollten Insignien der Macht wie die Präambel einer Verfassung die Menschen auf eine gemeinsame Sache einschwören, versöhnen, nicht aber ausgrenzen. Aber die Mehrheit im Sejmik wollte es anders und setzte die Verwendung des Kampfzeichens an exponierter Stelle durch.

Das Thema schien damit durch – bis vor einigen Tagen. Da bestätigte Damian Cerdo, Büroleiter im Sejmik der Woiwodschaft Oppeln, dass ein neuer Vorschlag anstelle des Rodlo-Symbols nun die Wappen der Kreisstädte der Region vorsieht. Diese hätten eine höhere Relevanz für das Oppelner Land als ein Symbol, das für eine ausschließlich polnische Regierungsmacht stehe, so der stellvertretende Marschall Roman Kolek von der deutschen Fraktion. Kolek war zuvor nicht als Deutscher öffentlich identifizierbar und aufgrund seines dezenten deutschen Bekenntnisses als Stellvertreter für die Sejmikmehrheit akzeptabel. Gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Regionalsender TVP Opole äußerte der smarte Arzt, er habe nichts gegen das Symbol der Polonia einzuwenden, er bevorzuge jedoch die Wappen der Landkreise, weil diese für die Region sprächen. Zu einem eindeutigen Nein gegen das Rodlo-Zeichen als Symbol einer Region, in der ein Drittel der Bevölkerung der deutschen Volksgruppe angehören, konnte sich bislang weder Kolek, noch ein anderer führender Vertreter der Deutschen Minderheit durchringen. Angesichts der herrschenden Mehrheitsverhältnisse ist nicht zu erwarten, dass sich der neue Vorschlag durchsetzt.

Chris W. Wagner



Veranschaulicht, was das Rodła-Zeichen (rechts) in sehr stilisierter Form darstellen soll: Kombination eines sehr grob gehaltenen grünen Landkartenausschnitts mit der Stadt Krakau an der Weichsel auf der linken Seite mit dem in den polnischen Nationalfarben Weiß und Rot gehaltenen Rodła-Symbol auf der rechten

Bild: Pernambuko



Zum 102. Geburtstag

Schmidt, Meta, geb. **Siebert**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. August
Schwemer, Otto, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. August

Zum 97. Geburtstag

Bähnisch, Alwine, geb. **Schindler**, aus Bludau, Kreis Samland, am 24. August
Rieder, Elfriede, geb. **Koch**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. August
Sokoll, Gerhard, aus Wehlau, am 20. August
Westmeier, Karl-Heinz, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 22. August
Wirsching, Hildegard, geb. **Skibba**, aus Lötzen, am 25. August

Zum 96. Geburtstag

Nelson, Hans-Ulrich, aus Wehlau, am 20. August
Prengel, Anna, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 22. August

Zum 95. Geburtstag

Schergaut, Margarete, geb. **Wrase**, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 22. August

Zum 94. Geburtstag

Gawehns, Gertrud, geb. **Müller**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 22. August
Klimaschewski, Gerda, geb. **Laupichler**, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. August
Kuhn, Hedwig, geb. **Bednarz**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 24. August
Seher, Elfriede, geb. **Danisch**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 150, am 23. August

Zum 93. Geburtstag

Berg, Anneliese, geb. **Riedel**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. August
Frank, Gertrud, geb. **Palm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. August
Hartmann, Erika, geb. **Mack**, aus Grabnick, Abbau, Kreis Lyck, am 24. August
Kiefer, Dora, geb. **Glagau**, aus Posselau, Kreis Samland, am 14. August
Kuckuck, Erna, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 20. August
Lietz, Elisabeth, geb. **Neumann**, aus Groß Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 22. August
Rutkewitz, Wolfgang, aus Ortelsburg-Försterei-Mitte, am 24. August
Skirlo, Ursula, geb. **Schiweck**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 21. August
Skowronek, Herta, aus Lyck, am 22. August
Stach, Ernst, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 21. August
von Terzi, Hedwig, aus Lyck, Falkstraße 11, am 22. August
Willms, Gerda, geb. **Nötzel**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 23. August
Ziesak, Dr. Gotthold, aus Lieberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August

Zum 92. Geburtstag

Baumgardt, Werner, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 25. August
Breitkreuz, Gertrude, geb. **Jorzenuk**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 19. August
Bressau, Heinz, aus Treuburg, am 21. August
Clausnitzer, Dr. med. Ruth, geb. **Bludau**, aus Ortelsburg, am 21. August
Diestel, Brigitte, geb. **Bark**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 21. August
Grams, Ruth, geb. **Bialluch**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Niemeier, Hedwig, geb. **Hoffmann**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 20. August
Springer, Brunhilde, geb. **Reuß**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 22. August

Zum 91. Geburtstag

Blumenscheit, Horst, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 24. August
Bratumil, Herbert, aus Lyck, am 22. August
Czepluch, Margarete, aus Klein Stürlack, Kreis Lötzen, am 25. August
Faupel, Ursula, geb. **Willumeit**, aus Treuburg, am 23. August
Joswig, Werner, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. August
Medler, Annette, geb. **Krüger**, aus Neidenburg, am 25. August
Milpacher, Hildegard, geb. **Preuß**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. August
Pentzek, Helmut, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, am 21. August
Rama, Eduard, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 21. August
Schawert, Edith, geb. **Heisel**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 24. August
Thomas, Karl, aus Windkeim/Adlig Pohren, Kreis Heiligenbeil, am 24. August
Tyschak, Alfons, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 21. August
Wentland, Gerd, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. August
Zaborosch, Viktor, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 22. August

Zum 90. Geburtstag

Andersen, Eberhard, aus Walden, Kreis Lyck, am 19. August
Beutel, Hildegard, aus Germau, Kreis Samland, und Mohrungen und Tilsit, am 21. August
Fisch, Dr. Bernhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 22. August
Kompa, Willi, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 23. August
Massurim, Elisabeth, aus Lauenburg, am 25. August
Mehrmann, Käthe, geb. **Schneege**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 20. August
Nuppenau, Herta, geb. **Nickel**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 22. August
Pitsch, Gertrud, geb. **Schwidder**, aus Ortelsburg, am 19. August
Richter, Siegfried, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. August
Theile, Anneliese, geb. **Scheffler**, aus Schupöhnen, Kreis Samland, am 24. August
Waschkau, Charlotte, geb. **Dembowski**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 24. August

Zum 85. Geburtstag

Fleischer, Eva, geb. **Kallweit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 25. August
Giese, Edith, geb. **Ruibat**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 23. August
Glitza, Martha, aus Bludau, Kreis Neidenburg, am 25. August
Grampe, Gerda, geb. **Meiser**, aus Cranz, Kreis Samland, am 22. August
Haack, Hans-Georg, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 20. August
Kaage, Hans-Armin, aus Lyck, am 18. August
Kästler, Brigitte, geb. **Paetsch**, aus Lindicken, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. August
Kerber, Edith, geb. **Meyer**, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 20. August
Kirchbach, Evelin, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, und Allenstein, am 25. August
Lehmann, Horst, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 21. August
Lewin, Ottilie, geb. **Bucholski**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 19. August
Ramforth, Irmgard, geb. **Cichy**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 22. August
Rudolph, Erika, geb. **Hellwig**, aus Königsberg, am 19. August
Seidel, Herta, geb. **Kossack**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 24. August
Ubl, Irma, geb. **Daudert**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 21. August
Voigtmann, Kriemhild, geb. **Zacharias**, aus Monken, Kreis Lyck, am 19. August
Wille, Hildegard, geb. **Schneider**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 24. August
Witt, Gerhard, aus Roggenhausen, Kreis Heilsberg, am 22. August

Zum 80. Geburtstag

Balon, Dorothea, geb. **Herrmann**, aus Groß Hubnicken, Kreis Samland, am 23. August
Bleckat, Fritz, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 19. August
Buttgereit, Hartmut, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 25. August
Ernst, Brunhilde, geb. **Brinlinger**, aus Neu Sellen, Kreis Elchniederung, am 20. August
Gregorz, Helmut, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 19. August
Greschkowitz, Ursula, geb. **Koslowski**, aus Klein Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 25. August
Jagielski, Edeltraut, geb. **Piasetzki**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 22. August
Kamp, Erich, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 22. August
Kuphal, Helga, geb. **Werner**, aus Wehlau, am 20. August
Läuter, Irene, geb. **Nowotsch**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 20. August
Lopatenko, Hanna, geb. **Sczepek**, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 20. August
Melewski, Helmut, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 21. August
Neumann, Sabine, geb. **Mescke**, aus Königsberg, Neue Reiferbahn 4, am 21. August
Poschmann, Erika, geb. **Kopitzki**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 23. August
Ragnitz, Egon, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 22. August
Schafranski, Horst, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 25. August
Schiemann, Hilde, geb. **Österle**, am 19. August
Schubert, Leonie, geb. **Lask**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. August
Schulz, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. August
Sprenger, Ursula, geb. **Lorenz**, aus Baragin/Georgenhain, Kreis Gerdauen, am 21. August
Steuernagel, Elly, geb. **Marschewski**, aus Großeppingen, Kreis Neidenburg, am 19. August
Thode, Marie-Luise, geb. **Rothkamm**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. August
Torkler, Helga, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 25. August
Vacek, Inge, geb. **Ritzkowski**, aus Nickelsfelde, Kreis Ebenrode, am 19. August

Zum 75. Geburtstag

Beck, Ursel, geb. **Moritz**, aus Ortelsburg, am 22. August
Dehne, Sigrid, geb. **Breyer**, aus Wehlau, am 21. August
Gimm, Roswitha, geb. **Barra**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 20. August
Hahn, Berta, geb. **Käfer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. August
Krämer, Irmgard, geb. **Schwidrowski**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 21. August
Kraft, Karl Heinz, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 22. August
Kuhn, Karin, geb. **Helpensteller**, aus Wehlau, am 19. August
Mau, Anneliese, geb. **Welz**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 24. August
Meier, Herbert, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 25. August
Neubert, Edmund, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 24. August
Preuß, Gerlinde, geb. **Szyska**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 21. August
Raudszus, Klaus-Dieter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 20. August
Sachs, Werner, am 25. August
Tegler, Fryderyk, aus Rhein, Kreis Lötzen, und Sensburg, am 21. August

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

2016
2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 20. August, 15 Uhr, HR: Kein schöner Land: Potsdam.
Sonnabend, 20. August, 18.32 Uhr, RBB: Die Rückkehr der Elche – Spurensuche in der Mark.
Sonnabend, 20. August, 0 Uhr, MDR: Die Lincoln Verschwörung. Justizdrama, USA 2011.
Sonntag, 21. August, 8.55 Uhr, 3sat: Auf den Spuren genialer Forscher und Erfinder (1/8): Verrat in Triest.
Sonntag, 21. August, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 25 Jahren: Lettland erklärt seine Unabhängigkeit.
Sonntag, 21. August, 14.55 Uhr, 3sat: AutoLegenden (1/3): Gottlieb Daimler. Dokumentation, D 2011.
Sonntag, 21. August, 15.40 Uhr, 3sat: Carl & Bertha. TV-Erfinderdrama über das Ehepaar Benz, D 2011.
Sonntag, 21. August, 17.10 Uhr, 3sat: Auf den Spuren genialer Forscher und Erfinder (7/8): Das Diesel-Rätsel.
Sonntag, 21. August, 17.30 Uhr, Arte: Hieronymus Bosch – Vom Teufel berührt. Dokumentation, NL 2016.
Sonntag, 21. August, 18 Uhr, NDR: Hanseblick: Polen im Goldrausch – Auf der Suche nach dem verlorenen Nazi-Zug.
Sonntag, 21. August, 19.25 Uhr, 3sat: Der erste Flug.
Sonntag, 21. August, 20.15 Uhr, 3sat: Aviator. Biografiedrama über Howard Hughes, USA 2004.
Dienstag, 23. August, 17.45 Uhr, ZDFinfo: Napoleon und die Deutschen (2/4): Der Revolutionär. Historische Dokumentation, D 2006.
Dienstag, 23. August, 18.30 Uhr, ZDFinfo: Bismarck – Härte und Empfindsamkeit. Dokumentarspiel, D 2014.
Dienstag, 23. August, 19.15 Uhr, ZDFinfo: Friedrich der Große – Alles oder Nichts. Dokumentarspiel, D 2012.
Dienstag, 23. August, 22.45 Uhr, RBB: Schattenwelt BND – Wie viel Geheimdienst braucht Deutschland? Reportage, D 2016.
Dienstag, 23. August, 0.15 Uhr, RBB: V-Mann-Land – Spitzel im Staatsauftrag. Dokumentation, D 2015.
Mittwoch, 24. August, 16.40 Uhr, Phoenix: Die letzten Christen der Türkei.
Mittwoch, 24. August, 20.15 Uhr, NDR: Expeditionen ins Tierreich: Ostpreußens Wälder – Land der Wisente, Wildpferde und Störche. Dokumentation, D 2003.
Freitag, 26. August, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Hoffmann von Fallersleben dichtet das „Lied der Deutschen".
Freitag, 26. August, 10.30 Uhr, BR: Suchkind 312. TV-Nachkriegsdrama, D 2007.
Freitag, 26. August, 11.30 Uhr, NDR: Wildes Masuren. Tierbeobachtungen, D 2016.
Freitag, 26. August, 14.30 Uhr, RBB: Bilderbuch: Potsdam Babelsberg.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft") ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



Schloss Horst in Gelsenkirchen: Hier trifft sich die Stadtgemeinschaft Allenstein Bild: privat



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: Stadt-Allenstein@t-online.de

61. Jahrestreffen

Das jährliche Treffen der Stadtgemeinschaft Allenstein in Gelsenkirchen findet in diesem Jahr vom 9. bis 11. September statt. Eröffnet wird das Treffen am Freitagnachmittag im Hotel Ibis mit der Stadtversammlung, die die Berichte des Vorstandes entgegennimmt. Am Abend treffen sich ehemalige und heutige Bewohner unserer Heimatstadt zu einem gemütlichen Beisammensein im Restaurant Dubrovnik neben dem Hans-Sachs-Haus.

Der Sonnabend beginnt um 10.45 Uhr in der Propsteikirche mit einer ökumenischen Andacht und der Kranzniederlegung an der Gedenktafel, die den verstorbenen Allensteinern gewidmet ist. Anschließend besteht Gelegenheit, den Treudank, das Allensteiner Heimatmuseum in der Vattmannstraße, zu besuchen.

Ab 13 Uhr treffen sich Stadt- und Kreisgemeinschaft Allenstein im Schloss Horst. Ein reichhaltiges Angebot an Büchern und Informationen über Allenstein und Ostpreußen sowie eine Ausstellung alter Postkarten erinnern an vergangene Zeiten.

Um 15 Uhr findet in der Glashalle des Schlosses die Feierstunde statt, die von der Trinity Brass, dem Bläser und Posaunenchor Gelsenkirchen-Erle, unter der Leitung von Hans-Günter Nowotka musikalisch umrahmt wird. Neben Vertretern der Partnerstädte Gelsenkirchen und Allenstein werden auch zahlreiche Angehörige der deutschen Minderheit aus Allenstein unter den Gästen sein.

Nach der Feierstunde ist ein Vortrag von Annette Jakobsen geplant. Sie lebt in Gammel Rye in Dänemark. Ihr Vortrag spannt den Bogen von der Flucht aus Ostpreußen bis hin zur Repatriierung aus Dänemark und zeigt anhand des Lagers Rye, wie sich der Aufenthalt der deutschen Flüchtlinge in Dänemark gestaltete, von überfüllten Erstlagern bis zu durchorganisierten Großlagern. Besonders beleuchtet sie das gut dokumentierte zum Teil tragische Schicksal einzelner Allensteiner und Wartenburger, die im Lager Rye waren.

Anschließend spielt Andreas Kokosch beliebte Oldies zum Tanz und zur Unterhaltung. Wer es ruhiger mag, kann sich auch zum Schabbern in den Rittersaal oder den Garten zurückziehen.

Mit dem Besuch der Gottesdienste am Sonntagvormittag geht das Treffen zu Ende.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg laden recht herzlich zu den 62. Angerburger Tagen am 17./18. September in die liebenswerte Kreisstadt Rotenburg (Wümme) ein. Die Angerburger aus nah und fern sowie deren Nachkommen und Freunde treffen sich in der Theodor-Heuss-Schule in der Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium).

Eingeleitet werden die 62. Angerburger Tage am Sonnabend, 17. September, um 9 Uhr mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein neben der Angerburger Eiche beim Rotenburger Kreishaus. Anschließend tagt ab 9.30 Uhr im großen Sitzungssaal des Kreishauses in öffentlicher Sitzung die Angerburger Kreisvertretung (Delegiertenversammlung). Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Berichte des Vorstandes sowie die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2017 und die Wahl eines Kassenprüfers. Im Mittelpunkt der Sitzung dürfte jedoch die Ernennung eines Kreisältesten stehen.

Um 13 Uhr starten wir vom Kreishaus aus zu einer Kaffeefahrt. Es ist ein Kostenbeitrag von unverändert zehn Euro pro Person für Kaffee/Tee und Kuchen einschließlich Busfahrt zu entrichten. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bis spätestens 7. September nötig.

Ab 15.30 Uhr ist die Theodor-Heuss-Schule für alle geöffnet, die nicht an der Busfahrt teilnehmen und sich mit Freunden und Bekannten treffen wollen. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Ab 20 Uhr wird uns die Präsidentin des Löns-Verbandes, Monika Seidel aus Walsrode, den am 29. August 1866 in Culm geborenen Dichter Hermann Löns, vorstellen. Anschließend lassen wir den Tag in geselliger Runde ausklingen.

Die Angerburger Tage werden am Sonntag, den 18. September fortgesetzt. Ab 9.30 Uhr ist die Theodor-Heuss-Schule geöffnet. Die Feierstunde beginnt um 11 Uhr in der Aula der Schule. Oberstudiendirektorin Iris Rehder vom Ratsgymnasium in Rotenburg (Wümme) wird die Gastrede halten. Nach der Feierstunde treffen sich alle Heimatfreunde in der Mensa der Schule. Dort besteht Gelegenheit zum Mittagessen, außerdem werden Kuchen sowie Kaffee, Tee und andere Getränke angeboten.

Am Sonnabend und Sonntag ist das Angerburger Zimmer (Heimatstube) mit Archiv und Geschäftsstelle am Standort, Weicheler Damm 11, von 13 bis 16 Uhr für interessierte Besucher geöffnet. An anderen Tagen ist ein Besuch nach vorheriger Absprache möglich. In der Theodor-Heuss-Schule werden Bücher, Karten, Landkarten sowie Angerburger Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge angeboten. Das vollständige Programm ist im Angerburger Heimatbrief Nr. 157 (Juni 2016) auf den Seiten 46/47 veröffentlicht. Dort sind auch die Übernachtungsmöglichkeiten aufgeführt. Es empfiehlt sich, die Zimmerbestellung möglichst umgehend vorzunehmen.

Die Angerburger Tage bieten Raum für Begegnungen und gute Gespräche. Durch Ihren Besuch der 62. Angerburger Tage am 17./18. September tragen Sie dazu bei, dass die 800-jährige Geschichte und Kultur unserer Heimat Ostpreußen nicht in Vergessenheit gerät. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft wünscht allen Leserinnen und Lesern einen erholsamen Sommer und eine angenehme Anreise.



BARTENSTEIN

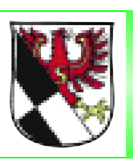
Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Kreistreffen und Vorstandswahlen

Das diesjährige Heimatkreistreffen wird am Sonnabend, 10. September, wieder in unserer Patenstadt Nienburg an der Weser stattfinden: Am Vortag, dem 9. September, wird ab 16 Uhr in öffentlicher Sitzung der neue Vorstand für die nächsten vier Jahre gewählt. Nachdem zu den vom Vorstand vorgeschlagenen Kandidaten für den erweiterten Vorstand (früher Kreistag) keine weiteren Vorschläge beim Wahlvorstand eingingen, gelten diese zehn Vorgeschlagenen als gewählt: Helmut Breuer, Manfred Eckert, Christian von der Groeben, Karlheinz Hupfer, Rosemarie Krieger, Ilse Markert, Günter Morwinsky, Hans-Gerhard Steinke, Klaus-Günter Tammer, Walter Tiedtke. Damit konnten wir auf eine Briefwahl verzichten.

Das Kreistreffen am Sonnabend beginnt um 9.30 Uhr mit der Kranzniederlegung an den Gedenksteinen bei den Berufsbildenden Schulen am Berliner Ring. Von 10 bis 12 Uhr ist der Besuch in der Heimatstube in der Verdener Straße 24 möglich. Das Tagungshotel „Zur Krone“ (Verdener Landstraße 245) ist ab 10 Uhr geöffnet, dort findet auch am Vortag die öffentliche Vorstandswahl statt.

Mit interessanten Informationen aus der Heimat und Beiträgen zu unseren aktuellen Aktivitäten hoffen wir auch bei diesem Treffen wieder, nicht nur die treuen Alten, sondern auch bisher unbekannte und neue Heimatfreunde begrüßen zu können.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Heimattreffen 2016

Vom 2. bis 4. September findet in Stade das diesjährige Heimattreffen statt. Das Programm:

Freitag, 2. September

12 Uhr bis 17 Uhr: Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44 a, 21680 Stade, hat geöffnet. Heike Zander ist als Ansprechpartner für Familienforscher vor Ort.

Sonnabend, 3. September

9.30 Uhr: Kreistagssitzung (nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter). Ort: Hollerner Hof, Hollernstraße 91, 21723 Hollern-Twielenfleth.

11 Uhr: Kreisversammlung (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft (nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft) im Hollerner Hof.

13 Uhr: Gemeinsames Mittagessen und gemütliches Beisammensein im Hollerner Hof..

14.30 Uhr: Busfahrt ab Hollerner Hof zum „Heimathof Hüll“ in Drochtersen mit Führung und gemütlichem Kaffeetrinken. Unkostenbeteiligung für Nichtmitglieder fünf Euro pro Person.

17.30 Uhr: Öffnung des Saales im Hollerner Hof mit Verkauf von Heimatartikeln und Besichtigung der Ausstellung.

18 Uhr: Ostpreußischer Abend im Hollerner Hof .

18.30 Uhr: Führung durch die Ausstellung „Die Landwirtschaft in Ostpreußen“ mit Annelies und Gerhard Trucewitz. Zu den Ausstellungstafeln werden historische Fotos aus dem Kreis Goldap, Gemälde und Exponate aus dem Archiv des Patenschaftsmuseums Goldap in Ostpreußen gezeigt.

19 Uhr: Imbiss.

20 Uhr: Lesung mit Gräfin Tatjana Dönhoff aus ihrem Buch „Weit ist der Weg nach Westen“ (auf den Spuren ihres Großvaters Dieter Graf Dönhoff und ihrer Großtante Marion Gräfin Dönhoff). Unkostenbeteiligung für Nichtmitglieder fünf Euro. Anschließend: Bunter Abend für alle mit ostpreußisch Platt, Unterhaltung mit Musik und Tanz. Es spielt Dieter Kohn.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen am 3. und 4. September

Auch in diesem Jahr freuen wir uns wieder auf unser Kreistreffen in Burgdorf. Kommen auch Sie am 3. und 4. September in das Veranstaltungszentrum StadtHaus Burgdorf (ehemals Veranstaltungszentrum) in Burgdorf bei Hannover. Wir – der Vorstand, die Kirchspiel- und Stadtvertreter sowie die Gemeindevertreter – freuen uns auf Sie. Das Programm:

Sonnabend, 3. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungszentrums StadtHaus Burgdorf, Sorgenser Straße 31.

11 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park. Ab 10.45 Uhr fährt ein Bus vom Veranstaltungszentrum hin und zurück.

12 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im Saal „JohnnyB.“ (ehemals „Haus der Jugend“).

14 Uhr: Öffnung der Heimatstube und des Archivs in der Wilhelmstraße 3A. Buspendelverkehr vom Veranstaltungszentrum zur Heimatstube von 13.45 bis 15.30 Uhr.

16 Uhr: Vortragsveranstaltung.

18.30 Uhr: Gemütliches Beisammensein.

Am Sonnabend wird wiederum im Foyer des Veranstaltungszentrums ein Infostand des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge präsent sein

Sonntag, 4. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungszentrums StadtHaus Burgdorf, Sorgenser Straße 31.

Zirka 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“.

11 Uhr: Feierstunde im Saal „JohnnyB.“ (ehemals „Haus der Jugend“). Begrüßung durch Kreisvertreterin Elke Ruhnke.

Ostpreußenlied.

Totenehrung durch Christian Perbandt, Stellvertretender Kreisvertreter.

Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott).

Ilse Thomann: „Es war ein Land…“

Grußworte.

Festansprache von Mirko Zschoch, CDU, Burgdorf, zum Thema „1945 – Neuanfang für Heimatvertriebene in Burgdorf“.

Instrumentalstück.

Schlusswort Elke Ruhnke, Kreisvertreterin.

Deutschlandlied 3. Strophe.

13.30 Uhr: Öffnung der Heimatstube bis 15 Uhr. Es ist ein Pendelverkehr hin und zurück eingerichtet.

16 Uhr: Offizielles Ende des Hauptkreistreffens.

(Änderungen vorbehalten)

Sondertreffen

Das Sondertreffen der Kirchspiels Bladiau findet am Freitag, 2. September, ab 15 bis zirka 17 Uhr im Hotel „Försterberg“ in Burgdorf, Immenser Straße 10 statt. Leitung: Wolfgang Milewski

Der Sondertreffen der Stadtgemeinschaft Zinten findet am Sonnabend, 3. September, um 15.30 Uhr im Veranstaltungszentrum „StadtHaus Burgdorf“ (ehemals Veranstaltungszentrum), Sorgenser Straße 31, Burgdorf statt. Leitung: Viola Reyentanz, geborene Schlenger.

Das Sondertreffen der Kirchspiele Brandenburg und Pörschken findet in diesem Jahr während des Kreistreffens am 3. und 4. September im Veranstaltungszentrum „StadtHaus Burgdorf“ in Burgdorf statt. Leitung: Christian Perbandt und Hans-Hartwig von Platen.

Das Sondertreffen des Kirchspiels Tiefensee findet während des Kreistreffens am Samstag, dem 3. September im Veranstaltungszentrum „StadtHaus Burgdorf“ (ehemals Veranstaltungszentrum) in Burgdorf statt. Ausklang am Abend im Übernachtungshotel „Gasthaus Haase“, Lehrter Straße 12. Leitung: Kurt Woike.

Traditionelles Matjesessen

Liebe Heiligenbeiler, im Rahmen unseres Kreistreffens findet, wie im Heimatblatt angekündigt, unser traditionelles Matjesessen (für Selbstzahler) am Freitag, den 2. September, statt. Dieses Treffen soll all jenen, die bereits am Freitag angereist sind, die Möglichkeit bieten, den Abend in angenehmer Atmosphäre unter gleichgesinnten zu verleben. Beginn der Veranstaltung ist um 19 Uhr. Ort: Steinwedeler Dorfkrug, Dorfstraße 10, 31275 Lehrte, Ortsteil Steinwedel. Nachfragen bitte an Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052, E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Es liegen bereits zahlreiche Anmeldungen vor. Ich freue mich, Sie am 2. September begrüßen zu dürfen. Herzlichst, Ihr Christian Perbandt, Zweiter Kreisvertreter.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de. Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Jahreshaupttreffen

Vom 23. bis 24. September 2016 findet das 64. Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaft in unserer Patenstadt Krefeld statt. Das Gesamtprogramm (Änderungen bleiben vorbehalten):

Freitag, 23. September

15 Uhr: Öffentliche Sitzung der Mitglieder und der Ratsversammlung im Sitzungssaal C 2 im Rathaus Krefeld, Von-der-Leyen-Platz 1. Die Tagesordnung wird auf der Homepage www.inster-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

burger.de veröffentlicht oder kann in der Geschäftsstelle in Krefeld angefordert werden.

Da nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen für Gäste im Rathaus zur Verfügung steht, bitten wir um rechtzeitige Anmeldung in der Geschäftsstelle, Telefon (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de. Postanschrift: Kreisgemeinschaft Insterburg e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld.

Sonnabend, 24. September

11 Uhr: Öffnung des kleinen Gemeindesaals der Friedenskirche, 47799 Krefeld, Eingang Mariannenstraße 106 (Internet: www.friedenskirche-krefeld.de). Dazu eine Information: Wir sind in diesem Jahr im kleinen Saal (Jugendzentrum) über den Hof hinter der Kirche!

Ab 12 Uhr: Mittagessen im kleinen Gemeindesaal der Evangelischen Friedenskirche

Ab 13.30 Uhr: Begrüßung, Programm mit Vorträgen und Musik sowie mundartlichen Gedichten und Geschichten – lassen Sie sich überraschen.

Zwischenzeitlich gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen.

17. bis 18.30 Uhr: Unser Heimatmuseum im Alten Rathaus, Am Marktplatz 10 in 47829 Krefeld-Uerdingen, ist geöffnet und bietet die Möglichkeit zu einem Rundgang.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen in heimatlicher Gemeinschaft. Alle Mitglieder, Insterburgerinnen und Insterburger sind herzlich eingeladen! Ihre Kinder und Enkel, ebenso Gäste, die uns kennenlernen möchten, sind ebenso willkommen!

Eine Anmeldung wäre für unsere Planung hilfreich. Dazu können Sie sich gerne jederzeit mit unserem Büro in Krefeld in Verbindung setzen. Wir freuen uns auf Ihre Nachricht: Telefon (02151) 48991, Fax: (021519) 491141, E-Mail: info@insterburger.de. Postanschrift: Kreisgemeinschaften Insterburg e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld.

Anreise

Die Evangelische Friedenskirche, Mariannenstraße 106, 47799 Krefeld (www.friedenskirche.de) erreichen Sie über öffentliche Verkehrsmittel: Krefeld-Rheinstraße (210 m) U70, U76.

Parkmöglichkeiten finden Autofahrer im nahe gelegenen Parkhaus der Sparkasse Krefeld, Ostwall 155, 47798 Krefeld, Einfahrt Neue Linner Straße 81, Geöffnet ist es am Sonnabend von 8 bis 19 Uhr. Die Ausfahrt mit dem Parkticket ist täglich 24 Stunden möglich.

Termine der Heimatgruppen

Heimatgruppe Kiel: Treffen in jedem Monat am zweiten Donnerstag im Café Rebecca in der Matthias-Claudius-Kirche in Kiel-Suchsdorf. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Heimatgruppe Köln: Treffen jeweils am vierten Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft 24. August. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Darmstadt: Sonnabend, 10. September, 11.30 Uhr, Taverna Hellas, Griechisches Grillrestaurant, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

61. Kreistreffen

Die Kreisgemeinschaft veranstaltet am Sonntag, 4. September, im Goldsaal des Kongresszentrums Westfalenhallen in Dortmund ihr 61. Heimatkreistreffen. Das Treffen steht unter dem Leitwort: „Identität schützen – Menschenrechte achten.“ Es werden Teilnehmer aus vielen Teilen der Bundesrepublik Deutschland und auch heimatverbliebene Landsleute aus Polen, aus dem Kreis Johannisburg (Pisz), erwartet. Die offizielle Feierstunde beginnt um 11 Uhr und endet etwa um 12.30 Uhr. Einlass ist ab 9 Uhr. Der Programmablauf:

– Musikalische Einleitung: Taissia Fischer
– Begrüßung: Dr. Manfred Solenski, Kreisvertreter
– Gemeinsames Singen mit musikalischer Begleitung: „Großer Gott wir loben Dich“ (Choral)
– Andacht: Gerhard Boesler, Stellvertretender Kreisvertreter
– „Die Sonn erwacht“ (W. von Weber): Chor „Heimatmelodie“ der „Deutschen aus Russland“ unter Leitung der von Taissia Fischer
– Totenehrung: Gerhard Boesler,
– „Ich hatt einen Kameraden“: Taissia Fischer
– „Lasst Frieden sein“ (Klaus Ochs): Chor „Heimatmelodie“
– Grußwort der Gäste
– Jahresbericht: Manfred Solenski
– Masurenlied „Meine Heimat ist so schön“: Chor „Heimatmelodie“
–Schlussworte: Manfred Solenski
– Gemeinsames Singen mit musikalischer Begleitung: „Land der dunklen Wälder“ und Deutschlandlied, 3. Strophe.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Versammlung der Mitglieder

Am Sonnabend, 27. August, findet um 14 Uhr in Neumünster, Gartenstraße 32 (Tagungszentrum „Kiek in“), die Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung:

– Begrüßung
– Bericht des Kreisvertreters (1. Vorsitzender), Aussprache
– Bericht des Schatzmeisters
– Bericht der Kassenprüfer
– Entlastung des Vorstandes
– Verschiedenes.

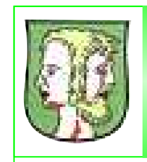
Im Anschluss an die Mitgliederversammlung wird – nur am Sonnabend – ein Tisch mit den Verkaufsangeboten der Kreisgemeinschaft im Saal vorhanden sein, ebenso ein Tisch, an dem Auskünfte zum Bereich Familienforschung gegeben beziehungsweise Fragestellungen und Suchwünsche entgegengenommen werden.

Dieter Eichler, Kreisvertreter

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Burgen des Deutschen Ordens

Sonnabend, 20. August 2016, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstr. 18 H (Böcklersiedlung), 15.30 Uhr: Eröffnung der Ausstellung „Burgen des Deutschen Ordens“. Eine Gemäldeserie von Reinhard Bergmann aus Weißenfels. Der Künstler ist anwesend. Den Einführungsvortrag hält Dr. Manuel Ruoff von der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

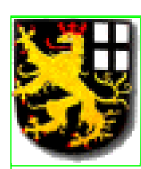
Kreistagssitzung

Am Sonnabend, 27. August, findet im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, Raum A. 201 (2. Etage) die öffentliche Kreistagssitzung statt. Hier die Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Wahl eines Protokollführers
2. Totengedenken
3. Ehrungen
4. Genehmigung der Niederschrift über die KT-Sitzung vom 29. August 2015
5. Bericht aus dem Kreisausschuss
6. Aussprache zu den schriftlichen Arbeitsberichten
a) Kreisvertreterin
b) Karteiwart
c) Senioren- und Glückwunschkartei
d) Archivbetreuerin
e) Redaktion Hagen-Lycker-Brief und Internetseite
f) Bücherversand
g) AK Mittlere Generation

7. Haushaltsplan 2016
8. Kassenbericht 2015 (allgemein und Rowlin)
9. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Kreisausschusses
10. Satzungsänderung
11. Lyckreise 2017
12. Diesjähriges Kreistreffen
13. Kreistreffen 2017.

Eine Aufnahme weiterer Vorschläge zur Tagesordnung ist bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Kreistagssitzung bei der Kreisvertreterin zu beantragen.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Sitzung des Kreistages

Am 17. September um 12.30 Uhr findet die öffentliche Kreistagssitzung mit folgender Tagesordnung, statt:

– Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung.
– Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
– Genehmigung der Tagesordnung
– Protokoll-Genehmigung
– Bericht des Vorstandes
– Kassenbericht über das Haushaltsjahr 2015
– Bericht der Kassenprüfer
– Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes
– Satzungsänderung
– Archivangelegenheiten
– Auslagen in den „Mohrunger Stuben“
– Haushaltsvoranschlag 2017.

Die Kreistags-Mitglieder haben fristgemäß eine schriftliche Einladung erhalten.

Heimatkreistreffen in Bad Nenndorf

Unser diesjähriges Heimatkreistreffen findet am 17. und 18. September in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade L'Orangerie, Bahnhofstraße 8, statt. Wenn Sie eine Übernachtung in Kauf nehmen wollen, dann können Sie die Zimmerbuchungen im Grandhotel Esplanade unter Telefon (05723) 798110 oder E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de vornehmen. Ebenso ist Ihnen die Tourist-Information unter Telefon (05723) 748560 oder per E-Mail: tourist-info@bad-nenndorf.de behilflich.

Wir laden Sie herzlich dazu ein und würden uns sehr freuen, viele Landsleute, deren Nachkommen und Heimatfreunde in Bad Nenndorf begrüßen zu dürfen. Der Programmablauf:

Sonnabend, 17. September

10 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume
12.30 Uhr: Kreistagssitzung
17 Uhr: Filmvorführung
Ab 19.30 Uhr Gemütliches Beisammensein mit Musik.

Sonntag, 18. September

9.30 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume
10 Uhr: Besuch des Agnes-Miegel-Denkmals mit Blumenniederlegung
10.40 Uhr: Feierstunde mit gemeinsamem Gesang: „Land der dunklen Wälder“
– Begrüßung durch die Kreisvertreterin
– Grussworte der Ehrengäste
Totenehrung durch Elisabeth Krahn, gemeinsam singen wir „Großer Gott wir loben dich“
– Festrede zum Thema „Erntefest in Ostpreußen“ von der Kulturreferentin: Gisela Harder
– Reisebericht „Fahrt mit dem Traktor nach Mohrungen“ von Bodo Richter
Ehrungen
– Schlussworte und gemeinsamer Gesang des Deutschlandliedes, 3. Strophe
14 Uhr: Mitgliederversammlung
Danach gemütliches Ausklingen bei Kaffee und Kuchen sowie guten Gesprächen.

Schon jetzt bedanken wir uns ganz herzlich für Ihr Kommen zu unserem diesjährigen Heimatkreistreffen!

Bis zum Wiedersehen in Bad Nenndorf grüßt Sie in heimatlicher Verbundenheit der Vorstand der Kreisgemeinschaft



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Vorsicht bei Auflösungen des Haushalts

Liebe Kreis-Preußisch-Eylauer, leider kommt es immer wieder vor, dass beim Entrümpeln von Wohnungen wichtige Zeitdokumente mit „entsorgt“ werden und dadurch für immer verloren sind. Wenn Sie kein sicheres Familienarchiv haben, vertrauen Sie, was immer Sie für Aufhebens Wert halten, dem Archiv der Kreisgemeinschaft an. Dieses Archiv ist eine professionell nach mehreren Kriterien geordnete Sammlung, in der sich jedes Dokument leicht auffinden lässt. Schon sehr bald nach dem Krieg hatten verantwortungsbewusste Leute aus dem Kreisgebiet damit begonnen, nicht nur die weit verstreuten Einwohner zu erfassen und so die Kreisgemeinschaft zu gründen, sondern auch deren Berichte, zunächst über ihr Schicksal im Krieg und danach, aber auch



Ansichtskarte der Eylauer Kirche: Beispiel für ein archivwürdiges Dokument, das keinesfalls „entsorgt“ werden sollte Bild: privat

Schriftgut und Bilder über Wirtschaft, Kultur und Politik aus der gesamten davor liegenden Zeit zu sammeln. So entstand im Laufe der Jahrzehnte, maßgeblich durch Horst Schulz weitergeführt und von Manfred Groß mit einem Computerprogramm erfasst, ein Archiv, wie es nur wenige Kreisgemeinschaften haben.

Was ist archivwürdig? Alle Schriftstücke, Bilder, Urkunden, die einen Eindruck vom damaligen Leben vermitteln, zum Beispiel (Aufzählung ohne System) Postkarten, Briefe, Zeugnisse, Konto-Auszüge, Impfbescheinigungen, Lebensmittelkarten, Fahrkarten, Einladungen, Festprogramme, Ausweise. Wenn Sie die Original-Urkunden in der Familie behalten wollen, können Sie dem Kreisarchiv archivgerechte Kopien überlassen, zum Beispiel von Lastenausgleichsdokumenten wie Grundbuchauszügen. Zeitgeschichtlich interessant sind häufig Briefe, die vor Kriegsende in den Westen geschickt und damit gerettet wurden. Die hier gezeigte Ansichtskarte der Eylauer Kirche hat der Verfasser kürzlich von einem Bekannten erhalten. Wohin sind die Unterlagen zu senden? An die oben angegebene Adresse der Kreisgemeinschaft.

Es ist gut, dass immer mehr Familien ihre eigene Geschichte erforschen. Die Kreisgemeinschaft hat aber leider nicht die Kapazität, die immer häufiger eingehenden Anfragen zur Familienforschung zu bearbeiten. Wer sich für das Thema interessiert, sollte zum nächsten Kreistreffen nach Verden kommen. Dort wird, am 17. September, Irmgard Gegner-Sünkler zur Familienforschung vortragen und Ihre Fragen beantworten.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Deutsch-russisches Ferienlager

Es mag nur ein kleines Rädchen im großen Getriebe des deutsch-russischen Dialoges sein, doch 24 Jahre offene Grenzen zum Königsberger Gebiet bedeuten auch langjähriges Engagement der Kreisgemeinschaft mit den jetzigen russischen Bewohnern im Kreis Schloßberg. Dieses Projekt wird mit Beharrlichkeit durchgeführt und ist letztendlich so wichtig für den Verständigungsprozess im Großen.

So reisten auch in diesem Sommer wieder russische Kinder aus dem Kreis Schloßberg (Rayon Krasnoznamensk) ins niedersächsische Otterndorf, um – nach 24-stündiger Busfahrt – gemeinsam mit deutschen Kindern zwei Wochen erlebnisreiche Ferien zu verbringen.

Insgesamt 16 Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren nutzten die Möglichkeit des interkulturellen Kennenlernens, in dem auch die Kreisgemeinschaft Ebenrode und der Patenkreis Harburg mit eingebunden war.

Der Jugendbeauftragte der Kreisgemeinschaft Schloßberg, Norbert Schattauer, hatte zu diesem Zweck mit den Betreuern für die Gruppe ein Programm mit diversen Höhepunkten organisiert, wobei der Freizeitwert – wie stets – auch mit dem Faktor Bildung rund um Ostpreußen verbunden war. Die Leitung dieses Ferienlagers lag in den Händen von Matthias Wiemer, ihm zur Seite stan-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

den die Betreuerinnen Ludmilla Eifert und Luidmilla Erschova.

Um die Gruppe schneller zusammenwachsen zu lassen und die Gruppendynamik zu fördern, wurde mit entsprechenden Spielen begonnen. So konnte auch schneller das Ziel verwirklicht werden, aus zwei nationalen Gruppen eine binationale Gruppe zu formen und auch dabei noch Spaß zu haben.

Der Besuch des Heideparkes mag für die russischen Kinder wie eine Art Traumwelt gewesen sein. Dieser Ausflug nach Soltau wurde zusammen mit der Folkloregruppe Tschebatoucha aus Lasdehnen unternommen, die zur gleichen Zeit in Wanna weilte. Dieser erlebnisreiche Tag endete beim Grillen im neu renovierten Tippi bei der Jugendherberge. Beim Besuch eines Maislabyrinths konnte jeder Teilnehmer seinen Orientierungssinn testen. Auch eine Fahrt mit der Eisenbahn durch das Ahlenfalkenberger Moor stand auf dem Programm. Dort konnten die Teilnehmer etwas über das Entstehen des Moores erfahren, ebenso gab es neue Erkenntnisse über die Torfgewinnung.

Idyllische Strandgänge, sportliche Wettbewerbe sowie der Besuch der Spielscheune und eines Minigolfplatzes rundeten die Ferienerlebnisse ab. Auch der Besuch der Soletherme hat den Kidern viel Spaß gemacht. In Neuhaus gab es ein besonderes Erlebnis. Auf dem Ostesee konnten die Teilnehmer das Wasserskilaufen ausprobieren. Dieses gelang mit unterschiedlichem Erfolg.

Durch den Besuch der Heimatstube in Winsen wurden die Kenntnisse über das Thema Ostpreußen erweitert. Gerade die russischen Kinder konnten erhebliche Unterschiede zwischen der damaligen und heutigen Zeit feststellen. Frau Wiese hatte diesen Empfang in der Heimatstube wie immer gut vorbereitet, und es gab natürlich auch wieder so manche Leckerei. Anschließend ging es weiter in die Großstadt Hamburg. Dort stand der riesige Hafen im Mittelpunkt; bei einer kleinen Rundfahrt konnten viele riesige Schiffe bestaunt werden.

Beim Abschiedsnachmittag, zu dem mit selbstgebastelten Karten Eltern, Verwandte und Freunde der Kreisgemeinschaft in den ersten Tagen eingeladen wurden, hatten die Kinder einige Darbietungen eingeübt. Bei Sketchen, Musikvorträgen und Tanzvorführungen gab es viel Applaus. Des Weiteren wurden Dinge gezeigt, die in den zwei Wochen beim Basteln hergestellt wurden.

Das Ostpreußenlied, welches wie selbstverständlich jedes landsmannschaftliches Treffen beschließt und ebenso auch das Ferienlager offiziell beendete, begleitete auch die russischen Kinder noch auf den Heimweg. Mehr als 20 Jahre deutsch-russisches Ferienlager der Kreisgemeinschaft Schloßberg sind so ein wahrhaftes Stück Verständigung von Mensch zu Mensch geworden.

Norbert Schattauer



Zwei Wochen erlebnisreiche Ferien: Auch ein Besuch im Heidepark Soltau gehörte dazu Bild: privat

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober, Bad Honnef: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Thema des Seminars: „150 Jahre Deutscher Krieg – Preußen und Österreich in Geschichte und Gegenwart" (Zum Programm siehe unten. Weitere Informationen: www.facebook.com/events/1032910313418878/2

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

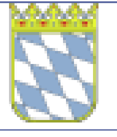
Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Mittwoch, 7. September, 11.30 Uhr, Restaurant Glashaus, Weberstraße 15, 73084 Salach: Feier zum 65-jährigen Jubiläum der Kreisfrauengruppe. Anmeldungen sind erbeten. Bitte bis zum Mittwoch, 31. August, an Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Mittwoch, 7. September: Floßfahrt.

München – Sonnabend, 3. September, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Vorführung des Films „Mit dem Blick nach Osten – Eine Reise nach Trakehnen". Zuvor gemeinsame Kaffeetafel.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr .



Bartenstein – Anfragen zu gemeinsamen Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

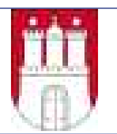


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Sonnabend, 3. September, 15 Uhr (Einlass ab 14.14 Uhr) Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: Sommerausklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken. Im Vorprogramm wird die Akkordeon-Spielgruppe „Bremer Handörgler" aufspielen und auch zum Mitsingen jahreszeitlich passender Lieder einladen. In diesem Jahr ist auch wieder ein kurzer Vortrag vorgesehen. Ulrich Krause aus Loxstedt-Nesse, gebürtig aus Elbing, wird passend zu „Sommerausklang – Erntedank – Ernährung" einen Vortrag über „Lebensmittelveredlung und -behandlung durch Gewürzmischungen" halten. Damit wird er zugleich den Weg seiner „Gewürzmühle Nesse" vom Backzutatenhersteller (Staesz-Pfefferkuchengewürz) zum Großlieferanten der Lebensmittelindustrie erzählen.

Die Preise der Veranstaltung betragen für Eintritt und Schmandschinken 17 Euro, für Eintritt Beetenbartsch 10 Euro. Die Teilnahme ohne Essen ist nicht möglich. Im Preis ist der in alter Tradition vor dem Essen genossene „Stobbe-Machandel" enthalten. Eine Anmeldung in unserer Geschäftsstelle (eventuell auch telefonisch unter 0421/3469718) ist unbedingt erforderlich und bindend, da wir für die Essensbestellung einstehen müssen! Die Bezahlung kann auch per Überweisung erfolgen. IBAN: DE92 2905 0101 0001 0805 14 (bei der Überweisung bitte die Leerstellen weglassen!).



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

– Tag der Heimat –

Landesgruppe – Sonnabend, 3. September, 7.30 Uhr (Abfahrt 7.45 Uhr), ZOB Hamburg: 46. Berlinfahrt des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L. v. D.) zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen in Berlin unter dem Leitwort: „Identität schützen - Menschenrechte achten". Programm zum 65. Tag der Heimat: 1) Festakt in der Urania, An der Urania 17, Humboldt Saal. 2) Auf der Hin- und Rückfahrt werden Imbisse gereicht. Im Bus erhalten Sie die Einlasskarte, die in Berlin in eine Eintritts- und Platzkarte getauscht wird. Dort gibt es auch ein Festprogramm und weitere Unterlagen über Aktuelles. 3) Bundestagsmitglied Bernd Fabritius eröffnet als Präsident der Vertriebenen den Tag und begrüßt die Teilnehmer. Die Festrede hält Bundespräsident Joachim Gauck. Wir erwarten weitere Ehrengäste und hoffen, dass auch die letzten BdV-Ehrenplakettenträger wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ehrenpräsidentin Erika Steinbach und andere teilnehmen werden. Das Programm wird erneut von den Potsdamer Turmbläsern umrahmt. 4) Für uns Hamburger findet eine historische Berlin-Stadtrundfahrt

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

»1866 war eine ungeheuerliche Zäsur«

Um Preußen und Österreich geht es beim diesjährigen Herbstseminar des Bundes junger Ostpreußen

In Bad Honnef bei Bonn reffen sich in diesem Jahr die Teilnehmer des Herbstseminares des Bundes junger Ostpreußen vom Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober. Das Thema: „150 Jahre Deutscher Krieg – Preußen und Österreich in Geschichte und Gegenwart".

Der zweite Bismarcksche „Einigungskrieg" von 1866 war Anlass, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken, denn – so die Organisatoren Gesa Bierwerth und Jochen Zauner – „vor 150 Jahren ereignete sich eine Zäsur, die für die Zeitgenossen eine Ungeheuerlichkeit darstellte. Österreich, das jahrhundertelang ein selbstverständlicher Teil Deutschlands gewesen war, wurde aus dem deutschen Staatenverbund herausgedrängt." Die kleindeutsche Lösung von 1871 beließ somit Teile des deutschen Sprach- und Kulturraums außerhalb der Grenzen des neuen Reiches. Die Flucht und Vertreibung der Deutschen im 20. Jahrhundert und ihre Vorgeschichte betrafen nichtsdestotrotz auch die Bürger deutscher Volkszugehörigkeit im Bereich des Habsburger Vielvölkerstaats, der am Ende des Ersten Weltkriegs an den Nationalitätenkonflikten in seinem Inneren zusammenbrach.

Thema des BjO-Seminars sind die Wechselbeziehungen zwischen Preußen und Österreich in Geschichte und Kultur sowie der Themenkomplex Flucht und Vertreibung in Österreich. „Dabei nehmen wir neben Mittel- und Osteuropa auch Südosteuropa ins Blickfeld", so die Organisatoren. Das Programm:

Freitag, 30. September

Anreise bis 17.30 Uhr

18 Uhr: Abendessen

19 Uhr: „Als Ostpreuße in Österreich – Vertriebene in Grünau im Almtal 1944/45" – Vortrag des Zeitzeugen Jürgen Zauner

Sonnabend, 1. Oktober

8 Uhr: Frühstück

9 Uhr: „Südtirols Kampf um die Autonomie - die Geschichte Südtirols ab dem Schicksalsjahr 1918", Wilhelm Kreuer, Landsmannschaft Ostpreußen NRW

10.30 Uhr: „Zum Mysterium und Martyrium Ostpreußens", Dr. Wolfgang Thüne, LO-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz

12.30 Uhr: Mittagessen

13.30 Uhr: Begegnung I – Möglichkeit zum Kennenlernen und zur Diskussion. Moderation: Marius Jungk

15 Uhr: Kaffeepause

16 Uhr: Begegnung II – Projekte und Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns. Moderation: Marius Jungk

18 Uhr: Abendessen

Sonntag, 2. Oktober

8 Uhr: Frühstück

9 Uhr: „Der preußisch-österreichische Dualismus – ein Überblick", Manuel Ruoff, Historiker und Redakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*

10.30 Uhr: „Berliner Kongress und die Konstellation der europäischen Mächte", Dr. Walter T. Rix, Historiker und Literaturwissenschaftler

12.30 Uhr: Mittagessen

13.30 Uhr: „Die Entwicklung der nationalen Identität in Österreich", Dr. Karl Katary von der Österreichische Landsmannschaft (ÖLM)

15 Uhr: Kaffeepause

16 Uhr: „Die Vertriebenen in Österreich nach 1945", Dr. Peter Wassertheurer, Historiker

18 Uhr: Abendessen

Montag, 3. Oktober

9 Uhr: „Der VLÖ: Tätigkeiten und Ziele in Österreich und in den Herkunftsländern", Dr. Peter Wassertheurer, Historiker

10.30 Uhr: „Schlesien zwischen Preußen und Österreich", Carsten Becher, Historiker

13 Uhr: gemeinsames Mittagessen, danach: Heimreise

Das Seminar findet in der Jugendherberge Bad Honnef, Selhofer Straße 106, 53604 Bad Honnef, statt. Es kostet 25 Euro. Die Altersgrenze liegt bei 40 Jahren (ausgenommen BJO-Mitglieder). Anmeldungen bis zum 1. September bei Jochen Zauner (bitte mit genauen An- und Abreisezeiten) unter Presse@Ostpreussen-NRW.de. Kostengünstige Fahrgemeinschaften können eventuell vermittelt werden. Weitere Informationen finden Sie auf: www.junge-ostpreussen.de

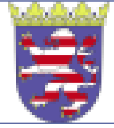


Als die Waffen zwischen den beiden deutschen Staaten sprachen: Österreichische Husaren und preußische Kürassiere 1866 bei Stresetitz im Gefecht Bild: Archiv

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

statt, da wir leider nicht an der Kranzniederlegung teilnehmen können. 5) Einen Mittagimbiss nehmen wir am Alexanderplatz ein. Sie erhalten einen Bonus. Den Abschied von Berlin begehen wir am Reiterdenkmal Friedrichs des Großen, Unter den Linden, mit einem traditionellen Sektumtrunk und Volksliedern. 6) Rückfahrt von Berlin ist etwa um 19 Uhr; Ankunft in Hamburg gegen 22.30 Uhr. Wir bitten Sie, die 38 Euro Reisekosten auf das Konto des L.v.D. , IBAN DE 57 200 505 50 13 15 12 46 18 bei der Hamburger Sparkasse zu überweisen oder bar einzuzahlen in der Geschäftsstelle des L.v.D. / Haus der Heimat (10 bis 14 Uhr), Telefon/Fax (040) 346359.

KREISGRUPPEN

Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden – Sonnabend, 3. September, 14 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Feierstunde zum Tag der Heimat. Die Ansprache hält der hessische Sozialminister für Soziales und Integration Stefan Grüttner. Anschließend gibt es einen Sektumtrunk.



Sozialminister Stephan Grüttner spricht beim Tag der Heimat in Wiesbaden Bild: Grüttner



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 3. September, 10 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt), Anklam: 25. landesweiter Tag der Heimat. Aus Oberschlesien werden der Trachtenchor „Heimatklang“ Cosel-Klodnitz und das Blasorchester Radoschau in Anklam auftreten. Die Festansprache hält Bruno Kossak, langjähriger Sejm-Abgeordneter für die Deutsche Minderheit in Polen. Auch das Mecklenburger und Pommeraner Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten hat für diesen Tag traditionsreiche Volkstänze aus der Heimat einstudiert. Zu diesem Jubiläum sind alle Landsleute und Heimatfreunde von nah und fern nebst Angehörigen und Interessenten herzlich nach Anklam eingeladen. Für das leibliche Wohl mit Mittagessen, Kaffee, Kuchen und Bärenfang sowie für genügend Parkplätze ist gesorgt. Alle Heimatgebiete sind ausgeschildert. Erwartet werden über 600 Besucher.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920.

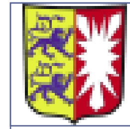
Osnabrück – Freitag, 19. August, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 23. August, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 25. August, 14.15 Uhr, Mainz/Fischtor (Anlegestelle der Primus-Linie): Nachmittagsfahrt mit dem Schiff in den Rheingau. Rückkehr gegen 17.05 Uhr (Ankunft Mainz/Fischtor).

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Mölln – Mittwoch, 24. August, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Karl-Heinz Requard hält einen Vortrag über Friedrich den Großen. Es wird nicht nur um seine geschichtlich bedeutenden Taten gehen, sondern vor allem auch um Anekdoten, Sprüche und Randbemerkungen dieses Königs. – Donnerstag, 1. September: Tagesausfahrt ins Brandenburgische. Zuerst geht es nach Wustrau zum Preußenmuseum. Im durch Fontane bekannten Ortsteil Ribbeck der Stadt Nauen klingt die Tour bei einer Tasse Kaffee und Kuchen aus.



Sommerfest in Goldap: 200 Mitglieder, Freunde und Gäste waren dabei

Die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen feierte am 23. Juli ihr 21. Goldaper Sommerfest auf dem Gelände des Hotels Lesny Zakatek am Goldaper See. Bei Kaiserwetter kamen rund 200 Mitglieder, Freunde und Gäste der Kreisgemeinschaft. Unter den Ehrengästen waren die Vize-Starostin des Kreises Goldap, Grazyna Senda, der deutsche Konsul Peter Utsch (Foto rechts) aus Danzig und der Vorsitzende des Dachverbandes der Deutschen Bevölkerung in Ermland und Masuren, Heinrich Hoch.

Etliche Deutsche Vereine aus dem südlichen Ostpreußen waren vertreten, daneben auch Vertreter der rußlanddeutschen Volksgruppe aus dem nördlichen Ostpreußen. Zum Kulturprogramm gehörten die Auftritte der Chöre der Deutschen Minderheit aus Neidenburg und aus Heilsberg. Am Sonntag, dem 24. Juli, fand dann in der Goldaper Alten Kirche ein evangelischer Gottesdienst unter Leitung von Pfarrer Dawid Banach statt (Foto oben).





kreisen lassen; wenden | spanisch: Fluss | Television | Buckelrind | medizinische Betäubung | scharfes Gewürz | gesamter Schiffsbestand | ruhelos, rastlos | Göttervater der altnord. Sage | undichte Stelle | Morast, Schlamm | von höchster Güte (ugs.) | Werk von Homer | brasilianische Fußballlegende

herbeischaffen | kroat. Küstenlandschaft

Arbeitsanzug | eine der Kleinen Sundainseln | fettig, schmierig | Wintersportgerät | Widerwille | großartig, unglaublich | gut zu entziffern

Senkblei | Kultbild der Ostkirche | Ausklang e. Aufführung (Musik)

Vorsilbe: falsch (griech.) | Verkehrsstockung | gleichfalls, ebenso (lat.) | bis zum Beingelenk im Wasser | Lesebuch für Schulanfänger | Wagenbespannung | legendäres Wesen im Himalaja | Federbettenstoff

kurze Unterhose (engl.) | Unterrichtsstunde | körperliche Beschaffenheit

linker Nebenfluss der Donau | Studienabschlussprüfung | Erpel | dt. Schriftsteller (Heinrich) | Glied einer math. Formel | ein Bild ländlichen Friedens

katzenartiges Raubtier, Manguste | für Fernsehaufnahmen geeignet | Meeresbucht | Vorderasiat, Perser | Hunnenkönig

Schlussstellung, Remis im Schach | trübe, dunstig | Missgünstiger

Spielleitung (Kunst, Medien) | Schiffssteueranlage | Handelnder; Schauspieler | Vorfahrin

Ausbildungszeit (Beruf) | Hauptstadt Armeniens | rhythmische Körperbewegung | Inselstaat im Mittelmeer

Furchtgefühl | hingestreckt sein | norddeutsch für Ried, Schilf

Auslese der Besten | Nadelloch | in die Jahre kommen

dunkelblauer Farbstoff | Bootswettfahrt | altröm. Politiker und Redner | zu keiner Zeit | Zwiesprache mit Gott

anhand, per; über (lat.) | Hersteller, Fabrikant

Kastenmöbel | anfänglich | bayer. Benediktinerabtei | Nutztiere | italienische Weinstadt | Vorname der Garbo

Eskorte | anhänglich, loyal | annähernd, ungefähr | Stadt u. Kanton in der Schweiz | zusätzlich, außerdem

oberflächlich anbrennen | lediglich

Seltenheit | Abkürzung für Ruderclub | die Kreiszahl | Ausflug zu Pferde | englische Schulstadt

Zarenname | chem. Zeichen für Kupfer

täuschend ähnliche Nachbildung | Klüngel, Sippschaft | Zurückweisung; Niederlage

PAZ16_33

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. bitter, 2. Rektor, 3. immens, 4. Timbre, 5. Werfel, 6. Ritual – Bembel, Roemer

Kreiskette: 1. Abakus, 2. Rabatt, 3. Taeter, 4. Ritter, 5. Jurist – Kabarettist

Sudoku:

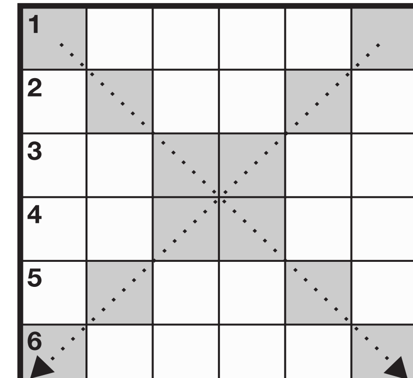
2	4	7	5	9	3	8	1	6
8	6	1	4	7	2	5	9	3
5	3	9	6	8	1	7	2	4
9	1	8	2	5	6	3	4	7
6	7	4	1	3	8	2	5	9
3	2	5	7	4	9	1	6	8
7	8	6	9	2	5	4	3	1
4	9	2	3	1	7	6	8	5
1	5	3	8	6	4	9	7	2

Sudoku

				9	3			
	6			7		5		
	3	9					2	4
9		8			6			7
		4				2		
3			7			1		8
7	8					4	3	
		2		1			8	
			8	6				

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



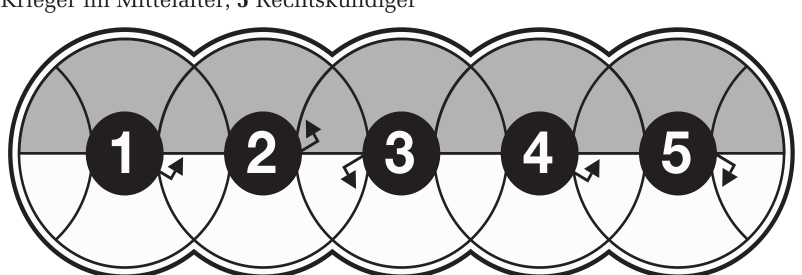
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Getränkebehälter.

1 sehr herb im Geschmack
2 Schulleiter
3 unermesslich
4 Klangfarbe der Stimme
5 österr. Schriftsteller (Franz)
6 religiöser Brauch; Zeremoniell

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Künstler (Kleinkunstbühne).

1 Rechenbrett der Antike, 2 Preisnachlass, 3 Straffälliger, Delinquent, 4 adliger Krieger im Mittelalter, 5 Rechtskundiger



K wie Kutz & L wie Lorbaß

2300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte", heißt das Büchlein, dass der aus Gumbinnen stammende Pfarrer Felix Arndt (1908–1999) in fleißiger Kleinarbeit zusammenstellte. Die PAZ bringt in loser Folge Auszüge. An dieser Stelle geht es mit Folge 34 weiter:

K

Kussekfichten = niedrige, ein bis zwei Meter hohe Fichten oder Kiefern
Kutz = Käfig, „Hühnerkutz"

L

Laban, langer Laban = groß gewachsener Mann
Labommel = großer, ungelenker Junge
lachoddem = herumgehen um zu reden, „herumlachodern"
Laps = Jugendlicher mit schlechtem Benehmen
Latichte = Laterne
Lauks = scherzhaftes Scheltwort für einen Jungen
Lauksenmarjell = Mädchen, dass sich mit „Lauksen" abgibt
Lauseallee = Scheitel
leckern = naschen
Lechel = Milchgefäß
leddje = leer
Leschke, Lischke = Beutel, Reisetasche
Liebsterchen = freundliche Anrede für einen Mann
Liliekanfalien = Maiglöckchen
Linkpoot = Linkshänder
loddern = bummeln, unordentlich leben
Lodschek, Lodschach = schlechter Kerl
Lorbaß = frecher Kerl, meistens jugendlich (aus Litauen)
lospruschen = loslachen
losschächten = mit rudernden Armen forsch ausschreiten

Träume begraben, Ärmel hochkrempeln

Die Oblast Kaliningrad bietet deutschen Unternehmern beste Möglichkeiten, meint Autor Klaus Fischer

Der Weg nach Königsberg führt über altes deutsches Reichsgebiet: Von Frankfurt/Oder über Posen, Bromberg, Graudenz, Marienburg, Elbing nach Rehfeld, dem neuen Grenzübergang, der auf russischer Seite Mamonowo Zwei heißt, weil Heiligenbeil, das von den Russen Mamonowo genannt wird, nur 15 Kilometer entfernt ist. Von dort führt eine schnurgerade, neue Straße zum Autobahnring von Königsberg. Im Jahre 1939 lebten 372000 Menschen in der Stadt, heute sind es 435000. Manche scheinen sich gerade für so etwas wie eine „bolschewistische Renaissance" zu begeistern. Auf Plakaten und Autoaufklebern wird der „Zerschlagung des Faschismus" durch die glorreiche Rote Armee gedacht. Überall stehen Sieges-Monumente mit frischen Blumen.

Gut möglich, dass diese Tendenz mit der zunehmenden Ausgrenzung Russlands zu tun hat. Ende Juni haben die EU-Staaten das Wirtschaftsembargo gegen Russland verlängert. Die Antwort aus Russland war die Verlängerung der Einfuhrverbote aus der EU bis Ende 2017. Die Nato-Tagung am 9. und 10. Juli in Warschau beschloss zudem die Entsendung von Bundeswehreinheiten nach Litauen und von US-Truppen nach Estland. So stehen sich 71 Jahre nach Kriegsende wieder deutsche und russische Truppen an der Memel gegenüber. Die russischen Verwalter in der Enklave Königsberg sprechen bereits von einer Blockade, analog zur Berlin-Blockade im kalten Krieg Anfang der 60er Jahre.

In diesem Falle können aber auch gerade Deutsche aktiv zur Deeskalation beitragen, indem sie eine grenzüberschreitende Kooperation mit Russland suchen. Gerade die vom Embargo betroffenen Unternehmen, aber auch alle, die unter der Steuer- und Abgabelast und dem EU-Regelungswahn leiden, sollten sich ein Engagement in der Oblast Königsberg überlegen. Die Region ist traditionell eher nach Westen orientiert und bietet eine Reihe von Anreizen für Unternehmen.

Zum Erwerb einer Immobilie muss allerdings eine russische Firma gegründet werden. Nur so ist Land- und Hausbesitz möglich. Investoren bekommen dann aber für einen Zeitraum von zwölf Jahren Steuervergünstigungen. Die ersten sechs Jahre beträgt der Steuersatz null Prozent, danach sechs Jahre lang 50 Prozent. Die volle Steuer beträgt 20 Prozent auf den Gewinn. Ein Kleinunternehmen (bis 25 Beschäftigte und einer Million Euro Jahresumsatz) kann wählen zwischen sechs Prozent Umsatzsteuer oder 15 Prozent Gewinn-/Einkommenssteuer. Arbeitskräfte sind billig. Ein Facharbeiter verdient etwa 400 Euro im Monat. Sprit und Strom, Öl und Gas kosten nur etwa die Hälfte dessen, was in dert BRD zu zahlen wäre.

Wer als Aussteiger einen Hang zur Landwirtschaft hat, findet in Königsberg auf fruchtbarem Boden reichliches Betätigungsfeld. Die Kaliningrader Gebietsregierung ist stark daran interessiert, die Landwirtschaft in der Region weiterzuentwickeln. Ziel ist der schnellstmögliche Übergang zur Eigenversorgung. Qualitätsprodukte aus deutscher Herstellung wären sicherlich besonders gefragt, denn das derzeitige Angebot an Brot, Milch, Käse und Butter lässt zu wünschen übrig. Ein Abnehmer für landwirtschaftliche Produkte wäre beispielsweise auch die Firma Hipp. Der bekannte deutsche Hersteller von Babynahrung ist seit 2006 in Heiligenbeil ansässig und darf Kartoffeln, Rüben und Früchte nur noch mit einer begrenzten Sondergenehmigung einführen.

Ein Steuersatz von null Prozent

Es besteht also Bedarf für gute landwirtschaftliche Produkte, die aus dem heimischen Boden gezogen werden. Auch alle Handwerksberufe, die im Zusammenhang mit Bodenbewirtschaftung stehen, können in der Region erfolgreich Fuß fassen. Der Bau von Holzhäusern und Biogas-Anlagen würde eventuell ein Beispiel geben, dem sich andere anschließen würden.

Wer kommt, findet sich in einem aufstrebenden und pulsierenden Umfeld wieder. Im Königsberger Umland werden derzeit viele neue Häuser gebaut. Man sieht in den Gärten und auf den Straßen viele hellhäutige und blonde Kinder. Die Bevölkerungszahl dürfte auf über eine Million gestiegen sein. Aus Zentralrussland werden Familien angesiedelt. In der Oblast leben 114 Nationalitäten. Die Straße von Mamonowo Zwei (dem Grenzübergang bei Elbing) nach Königsberg ist innerhalb von 18 Monaten komplett erneuert worden. In Heiligenbeil soll ein Windpark entstehen. In Königsberg wurden vier Fähren in Auftrag gegeben, die die Stadt mit St. Petersburg verbinden sollen. In Preußisch Eylau, direkt an der polnischen Grenze, entsteht ein Industriepark. Er wäre zum Beispiel interessant für mittelständische Betriebe, die traditionell nach Russland geliefert haben.

Sicher, Korruption ist ein Thema, aber es geht auch ohne. Zumindest begibt man sich dann nicht auf eine Ebene, auf der man erpressbar ist. Wichtig ist, dass sich Investoren und Unternehmer aller politischen Intentionen enthalten, ansonsten droht die Einstufung als „Ausländische Agenten". Die Kooperation würde umgehend von russischer Seite beendet werden. Man darf sich auch keiner Illusion hingeben: Russland hat die strategische und militärische Bedeutung Ostpreußens erkannt und wird auf absehbare Zeit dieses alte deutsche Land nicht zurückgeben. Neuerdings gibt es in der Region Königsberg wieder Sperrgebiete, die vor einem Jahr noch nicht bestanden. Deutsche sollten sich in der Region so verhalten, wie sie seit jeher als Siedler auftraten: bescheiden, fleißig, erfinderisch und kulturschaffend. Das schätzen die Russen an den Deutschen, und davon profitierten sie seit Jahrhunderten. Der russische Mensch ist traditionell deutschfreundlich. Ein gewisses Bemühen um Integration ist allerdings auch hier vonnöten: Russlanddeutsche können mit ihren Sprachkenntnissen zwar helfen, doch am Erlernen der russischen Sprache führt kein Weg vorbei.

Dann aber bieten sich viele Möglichkeiten. Um sie zu nutzen, ist es an der Zeit, Träume zu begraben und die Ärmel hochzukrempeln. Die deutsch-russische Zusammenarbeit muss auf der untersten Ebene – von Mensch zu Mensch – reaktiviert werden. Damit würde an die kulturfördernde Siedlertradition angeknüpft. 31 Jahre, nachdem sich 1701 in Königsberg Preußen zum Königstum erhob, gewährte Friedrich Wilhelm I. von Preußen den vertriebenen Salzburger und Berchtesgadener Protestanten Glaubensfreiheit. Die einst reichen Bauern aus dem Süden kamen mit Sack und Pack ins Land und schufen innerhalb von 100 Jahren großartige Ortschaften und eine reiche Ernte. *Klaus Fischer*

Der Autor verfügt über gute Kontakte nach Königsberg. Wer sie nützen möchte, kann sich an ihn wenden: Klaus Fischer, Telefon (089) 80065929 oder ostpreusseninfo@gmx.de



Markt in Königsberg: Das Angebot an Lebensmittel lässt zu wünschen übrig. Deutsche Qualitätsprpodukte wären gefragt Bild: Archiv



Aufstrebende Metropole: Blick auf das neugebaute „Fischerdorf" Bild: Archiv

Elixier des Lebens

Wasser ist nicht gleich Wasser: Die Zusammensetzung der Mineralien macht den Unterschied aus – und häufig auch den Preis

Wir benutzen Trinkwasser fürs Baden, zum Löschen des Durstes, für Taufen oder auch bei Kuraufenthalten zum Heilen von Leiden. Je teurer, desto heilsamer sollen Mineralwässer angeblich sein. Hauptsache man glaubt daran.

In fast allen Gegenden Deutschlands kann man Leitungswasser unbedenklich als Trinkwasser verwenden. Es ist gemäß den gesetzlichen Vorgaben von hoher Qualität und in beliebigen Mengen verfügbar. Am steigenden Absatz der Getränkehersteller zeigt sich jedoch, dass sich der Trend zum Mineralwasser in der Glas- oder Plastikflasche fortsetzt, obwohl das abgefüllte Wasser ungleich teurer ist als Wasser aus dem Hahn. Flaschenwasser aus deutscher Produktion legt im Durchschnitt einen 250 Kilometer langen Transportweg zurück.

Mineralwasser wird als gesunder Durstlöscher propagiert und liegt damit voll im Trend der Lebensart-Produkte, mit denen die Gesundheits- und Fitnessindustrie Milliarden verdient. Im Durchschnitt trinkt jeder Deutsche 143,5 Liter Mineralwasser im Jahr, das ist die größte Menge pro Kopf in Europa. Mineral- und Heilwässer stammen aus unterirdischen, vor jeder Verunreinigung geschützten Wasservorkommen. Sie werden aus einer oder mehreren Quellen annähernd gleicher Charakteristik gewonnen. Skandalumwittert ist das Vorgehen von Konzernen wie Nestlé, die sich in armen Ländern der raren Trinkwasservorräte bemächtigen.

Auf dem Etikett jeder Flasche steht ein Analysenauszug der natürlichen Inhaltsstoffe. Abgesehen von den Heilwässern, die als Arzneimittel gelten, ist der Unterschied zwischen den Mineralwässern im Inhalt an Mineralstoffen und Spurenelementen nicht sehr ausgeprägt. Laboruntersuchungen erbrachten zudem den Nachweis, dass meist kaum ein Qualitätsunterschied zwischen Mineralwasser und Leitungswasser feststellbar ist. Bei den lokalen Wasserversorgern kann man sich nach Herkunft, Härtegrad und Schadstoffgehalt des Leitungswassers erkundigen, wobei der Geschmack vom Wohnort abhängt.



Durstlöscher: An heißen Tagen muss man beim Sport pro Stunde gut einen Liter Wasser „nachtanken“ Bild: Colourbox

Neben dem gesundheitlichen Aspekt ist der Geschmack das wichtigste Argument der Verbraucher für ihre Entscheidung, die schweren Kästen mit Wasser in Glas- oder Plastikflaschen heranzuschleppen. Sprudelwasser wird gegenüber stillem Wasser bevorzugt, da es Frische suggeriert. Von den rund 500 Mineralwassersorten aus ganz Deutschland – hinzu kommen 50 Sorten aus dem Ausland – enthalten die meisten Kohlensäure. In den letzten Jahren erreichte ein internationaler Marktführer im Geschäft mit Wassersprudlern durch intensive Werbung, dass inzwischen auch hierzulande vermutlich über eine Million Menschen Wasser selbst aufsprudeln. Ihnen genügt es offenbar, dass der oft beanstandete schale Geschmack des Leitungswassers durch die Kohlensäure neutralisiert wird.

Prestigegewohnten Kennern bieten Sterne-Restaurants und Luxushotels exotische Tafelwässer in exklusiven Gebinden zu fantastischen Preisen an. Altes Gletscherwasser aus Alaska oder auch Südseewasser treffen auf eine anhaltend hohe Nachfrage. Geschmacklich ähneln diese Tafelwässer Heilwässern, die Ökobilanz ist aber wegen der langen Transportwege negativ.

Eine spezielle Marktnische ist der sogenannte esoterische Wassermarkt. „Informiertes“ oder „vitalisiertes“ Wasser ist ebenfalls ein teures Produkt. Die Hersteller wenden Edelsteine, Magneten und andere Methoden an, um Trinkwasser im Sinne von gesundheitlichen Effekten zu „verbessern“. Scharlatanerie und die Heilsgläubigkeit von Menschen bilden wieder einmal eine Symbiose.

In das 17. und 18. Jahrhundert fällt die Blütezeit der Trinkkuren. Während die Bäderbehandlungen mit Thermalwasser an Bedeutung verloren, wurde gleichzeitig das kurmäßige Trinken von mineralreichem Quellwasser immer populärer. Meist sprach sich die Heilkraft einer Quelle herum, wenn die lokalen Bauern das Wasser erfolgreich gegen Fieber oder bei verdorbenen Mägen anwandten. Für das andrängende illustre Publikum wurden in den Kurorten Trinkhallen in der Nähe der Quellen errichtet. Frühmorgens nahmen die Kurgäste dort die ersten Becher des frischen Heilwassers von den Brunnenmädchen entgegen. Nach dem Motto „viel hilft viel“ tranken sie von früh bis spät, bis zu 15 oder gar 20 Liter am Tag.

Um den säuerlichen Geschmack zu überdecken, wurde das Wasser gelegentlich mit Milch oder Wein vermischt. Zwischendurch vertrieben sich die Gäste die Zeit an Spieltischen. Da zur Trinkkur das „Promenieren“ gehörte, grenzten hölzerne Arkadengänge an die Brunnenhallen. Später entstanden Wandelhallen als wetterfeste Spazierwege von der Trinkhalle zu den Parkanlagen.

Zwar war die Wirkung von Glaubersalz (Natriumsulfat), Kohlensäure und Natriumbikarbonat auf die Verdauung bekannt, aber bis um 1830 war die medizinische Interpretation der Wirkung von Heilwässern rein spekulativ. Patienten, denen vom Arzt eine Brunnenwasserkur, oft verbunden mit Bäderanwendungen, verordnet wurde, litten an Krankheiten wie Gicht und Gehbeschwerden, Schlaganfall, Gallensteinen, Augenleiden oder sogar Geschlechtskrankheiten.

In den Kurorten mischte sich das gehobene Bürgertum mit dem Adel, was in der noch sehr ständisch geprägten Gesellschaft des 18. Jahrhunderts sonst kaum möglich war. Oft aber war der gesundheitliche Aspekt eines Sommeraufenthalts in einem berühmten Kurort nur Nebensache. Vorrangig war der gesellige Aspekt. Beim Promenieren und auf den Abendgesellschaften wurden Bekanntschaften aufgefrischt, Heiraten vermittelt, und es wurde politisiert.

Nach dem sogenannten Pyrmonter Fürstensommer, als sich 1681 nicht weniger als 34 fürstliche und königliche Häupter aus europäischen Herrscherhäusern zur Kur in Pyrmont trafen, blieb der Ort 125 Jahre lang das beliebteste Modebad und zwangloser Treffpunkt des Hochadels. Eigens für Pyrmont komponierte Georg-Friedrich Telemann eine Kurmusik, die er dem Fürsten von Waldeck-Pyrmont widmete. Nicht nur die vornehmen Kurgäste „tranken den Brunnen“, es kamen auch Bauern und Bäuerinnen in ihrer farbenfrohen Schaumburger Tracht mit Pferd und Wagen, anknüpfend an die Tradition des alten Bauernbades. Die Geschichte endete mit dem dritten Besuch der Königin Luise von Preußen im Frühsommer 1806.

1821, 1822 und 1823 weilte Goethe im böhmischen Marienbad. Während seines letzten Aufenthalts verliebte er sich in die 19-jährige Ulrike von Levetzow. Anschließend verfasste er sein bekanntes Alterswerk, die „Marienbader Elegie“, als Klage seines vergeblichen Bemühens um Ulrike. „Mir ist das All, ich bin mir selbst verloren, der ich noch erst der Götter Liebling war.“

Heilwasser-Trinkkuren gerieten im 20. Jahrhundert ins Abseits bei den medizinischen Verordnungen. Auch in der Naturheilkunde spielen sie keine große Rolle mehr. *D. Jestrzemski*

Bacchantin aus Syrien

Integrationserfolg – Aramäische Christin wurde Trierer Weinkönigin

Anfang des Monats wurde in Trier mit Ninorta I. Bahno eine anerkannte Asylbewerberin zu Deutschlands erster Weinkönigin aramäischer Herkunft gekrönt. Die junge Frau ist erst vor dreieinhalb Jahren vor dem Bürgerkrieg aus ihrem Heimatland Syrien geflohen. Die aus dem nordsyrischen Qamischli an der türkischen Grenze stammende neue Weinkönigin wird die Winzervereinigung Olewig-Trier auf 30 bis 60 Veranstaltungen in der Stadt sowie auf Weinfesten in der Region vertreten.

Die Christin ist nach Angaben der Trier-Olewiger Winzer die erste Immigrantin, die in Deutschland ein solches Amt übernimmt. Neben ihrer Werbefunktion für den Wein will sie auch „eine Botschafterin für die Integration“ sein, sagte sie bei ihrer Krönung.

Bahno war den Winzern im Vorjahr bei einem Treffen mit neu angekommenen Immigranten als Übersetzerin aufgefallen. Sie absolviert zurzeit eine Einstiegsqualifikation zur Fachangestellten bei der Agentur für Arbeit Trier und wird im September eine Ausbildung beginnen. Wegen dieser Maßnahme kam sie auch zu ihrer Krönung verspätet, was die große Menge von nationalen und internationalen Journalisten, die zu dem Ereignis nach Trier geeilt waren, sehr verdrießte. Vor ihrer Flucht hatte die 26-Jährige Jura studiert und wollte Richterin werden, dieses Studium wurde aber in Deutschland nicht anerkannt.

„Der Wein ist Lebenskultur und deshalb fester Bestandteil der Stadt Trier“, sagte Kultur- und Ordnungsdezernent Thomas Egger (SPD). Er dankte Bahno ausdrücklich, dass sie den Mut aufbrachte, dieses Amt anzunehmen.



Bild: Bost

Weinkennerin aus Syrien: Ninorta Bahno

Er hoffe, dass sie die damit verbundene Freude genießen werde.

Syrien war, trotz islamischer Mehrheit, auch ein Weinland, vor allem die Aleviten, die keine strengen Muslime sind, trinken ihn gern und gelten deshalb auch als Ungläubige für die Sunniten, was mit ein Grund für den derzeitigen Bürgerkrieg ist. Bei Familienfesten in Syrien trank Bahno immer Wein, sagte sie. In ihrer Heimatstadt Qamischli lebten die Aramäer fast nur mit Kurden zusammen, die ebenfalls keine strengen Muslime sind und Wein trinken.

Bahno pflegt und schätzt ihre aramäische Sprache und Kultur, welches auch die Muttersprache Jesu und die Kultursprache des gesamten Vorderen Orients vor dem Aufkommen des Islams und des Arabischen war. Selbst im Neuen Testament sind viele aramäische Worte überliefert, immer dann, wenn Jesus wörtlich zitiert wurde, wie „Maranatha“, „Thalita Kumi“ oder „Lama lama sabachtani“. Die Aramäer waren auch eines der ersten christlichen Völker. Der Wein aus der ältesten Bischofsstadt Deutschlands Trier wird also nun von einer Repräsentantin einer der ältesten Kulturen der Welt repräsentiert werden. „Ich liebe Wein, er ist mehr als ein Getränk – mit dem Christentum ist er ein Kulturgut geworden“, sagte die neue Weinkönigin und hält kennerhaft ein Weinglas am Stiel. *Bodo Bost*

Blütenrausch in Potsdam

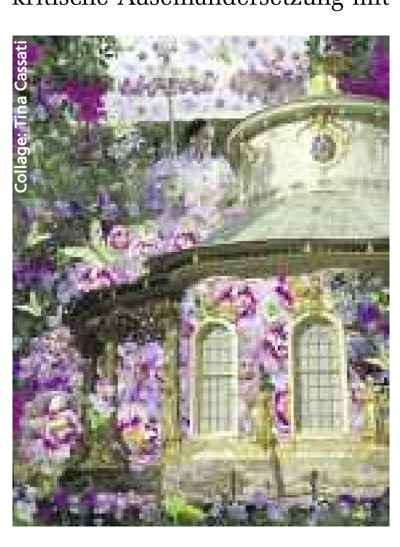
Chinesisches Haus in Sanssouci in »Garten der Kunst« verwandelt

Noch bis zum 31. Oktober präsentiert die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg die Ausstellung „Giardino di Arte“ (Garten der Kunst) der Berliner Künstlerin Tina Cassati. Ihre Arbeiten sind im Chinesischen Haus im Potsdamer Park Sanssouci zu sehen.

Wenn bei einem Spaziergang durch den Park Sanssouci das Chinesische Haus zwischen den Bäumen aufscheint, dann fühlen sich Besucher in eine andere Welt versetzt. Unter einem bunt bemalten, von Palmen getragenen Dach hat sich eine elegante, goldschimmernde Gesellschaft niedergelassen, umschwirrt von Papageien und eingehüllt in die Klänge exotischer Musik, die sich mit dem Keifen von Affen mischt. Das Chinesische Haus bringt die Idee des Rokoko in seiner Architektur zum Ausdruck: Was natürlich und bewegt scheint, ist raffiniert komponiert und aus Stein und Metall fest gefügt. Alles ist verspielte Kulisse und fantasievolle Hülle.

Genau damit setzt sich Cassati in ihrem aktuellen Projekt „Giardino di Arte“ auseinander. Darin thematisiert sie die stete Veränderung der Natur im Wandel der Jahreszeiten mit Kleidern, die genau wie Kulissen für den Reiz und die unendlichen Möglichkeiten der Verwandlung stehen. Das bevorzugte Medium der Künstlerin ist die Foto-Collage in Verbindung mit eigens dafür kreierten Kostümen. Bei ihren detailreichen und ungemein überraschenden Kreationen ist sich der Betrachter nie sicher, was daran nun fotografierte Realität und was mit den Techniken der Collage und Bildbearbeitung erfundene, grafische Komposition ist.

Im Chinesischen Haus sind die kritische Auseinandersetzung mit



Collage: Tina Cassati

Rokoko-Garten der Kunst

der Chinoiserien-Mode, die künstlerische Beschäftigung mit dem Wesen der Natur und das abwechslungsreiche Spiel von Schein und Sein im Auftrag Friedrichs des Großen großartig in Szene gesetzt worden. Das war für Cassati Anregung, für diesen Ort drei – im wahrsten Sinne des Wortes – märchenhafte Roben zu schaffen. Aus Tausenden von Kunstblüten geformt, treten die Kleider in einen Dialog mit den geblümten seidenen Wandbespannungen, den Rokokoschwüngen der Möbel oder den knorrigen Bronzearmen der Leuchter. In dieser Form setzen sich die Werke der Künstlerin in den Raum hinein fort und verwandeln das Chinesische Haus in eine Art begehbare Collage.

Das Chinesische Haus wurde von Johann Gottfried Büring zwischen 1755 und 1764 errichtet. Bauform und Ausstattung entsprachen dem Zeitgeschmack der Chinoiserie, die Rokoko-Ornamentik mit ostasiatischen Stilelementen kombinierte.

An den kreisrunden Zentralbau schließen sich in regelmäßigen Abständen drei Kabinette im Wechsel mit Freiräumen an. Das zeltartige Kupferdach wird in den Nischen von je vier vergoldeten Palmsäulen aus Sandstein gestützt. Im Inneren ist die Wand des kreisrunden Hauptraums mit grünem Stuckmarmor überzogen. In Stuck gearbeitete Affen mit Musikinstrumenten über den Fenstertüren sind vergoldet. *tws*

Geöffnet Dienstag bis Sonntag sowie am Reformationstag von 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 3 Euro. Internet: www.spsg.de/schloesser-gaerten/objekt/chinesisches-haus und: www.tinacassati.com



Vorgängerin der Emanzen

Emmeline Pankhursts Leben

Als im Frühjahr der Film „Suffragette“ mit Meryl Streep in der Rolle der Emmeline Pankhurst in die Kinos kam, erschien gleichzeitig das gleichnamige Buch der englischen Frauenrechtlerin.

Der Übersetzung aus dem Englischen von Agnes S. Fabian und Hellmut Roewer liegt die Originalausgabe von 1914 zugrunde, die kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs erschienen war. Das Buch „Suffragette. Die Geschichte meines Lebens“ ist einem Tagebuch ähnlich, ohne eines zu sein. Persönliches wird ausgespart, der Text enthält kaum wörtliche Rede.

Die dicht beschriebenen Seiten laden auf den ersten Blick nicht zum Lesen ein, doch schon nach wenigen Kapiteln ist es der Inhalt, der den Leser fesselt. Der Grund dafür liegt weniger in der literarischen Form oder der Sprache, als vielmehr in den politischen Ereignissen selbst. Emmeline Pankhurst zeichnet den Weg einer Politikerfrau nach, die zunächst ihren Mann im Hintergrund stützt, und die sich nach dessen Tod für die Einführung des Wahlrechts für Frauen engagiert.

Bis dahin war es so, dass Frauen in der Politik durchaus aktiv waren, indem sie ihren in der Labour Partei oder in der Liberalen Partei aktiven Männern den Rükken frei hielten, sich an Werbeaktionen und Wahlkampagnen beteiligten und nebenbei für Haushalt und Kinder sorgten, jedoch niemals selbst die Inhalte von deren Politik mitbestimmen durften.

Das wollten bürgerliche Frauen bereits Ende der 1880er Jahre ändern, und so entstand die Bewegung der Suffragetten, von „suffrage“, englisch/französisch (= Wahlrecht). Die Anläufe der Frauen wurden durch die führenden Politiker des Landes immer wieder konterkariert. Sie vertrösteten die Frauen immer wieder, indem sie ihnen Versprechungen machten, die zu halten sie nie die Absicht hatten.

1903 gründete Pankhurst, Ehefrau des Anwalts Dr. Pankhurst, deren Eltern der Liberal Party angehörten, die „Women's Social and Political Union“, eine bürgerliche Frauenbewegung, ähnlich der der späteren Emanzenbewegung, die sich mit öffentlichen Protesten und politischen Demonstrationen für das Frauenwahlrecht einsetzte. Weil sie sich von der Regierung zunehmend betrogen fühlten, begannen die Frauen sich zu radikalisieren. Als 1910 eine Gesetzesinitiative gescheitert war, kam es nach einer Rede von Premierminister Herbert Henry Asquith zur ersten radikalen Ausschreitung. Suffragetten schlugen Schaufensterscheiben ein, zündeten Landsitze an und verübten Bombenanschläge auf öffentliche Gebäude, achteten jedoch stets darauf, dass Menschen nicht zu Schaden kamen.

Politiker wurden zur Zielscheibe

Pankhurst schildert den Weg der Frauen von friedlichen Demonstrantinnen zu militanten Verfechterinnen ihrer Sache. Um die Öffentlichkeit wachzurütteln, störten sie Reden liberaler Politiker, erzwangen nach Verhaftungen ihre Freilassung durch Hungerstreiks und setzten in ihrem immer militanter werdenden Kampf ihr Leben aufs Spiel. Zu ihren prominenten Gegenspielern zählten Politiker der Liberalen Partei, darunter William E. und Herbert Gladstone, David Lloyd George, Herbert Asquith und Winston Churchill.

Das Buch ist im Stil teilweise holprig und im Inhalt einseitig, eben aus der Sicht einer Betroffenen geschrieben. Auch wenn die politischen Ereignisse nicht objektiv wiedergegeben werden, so ist das Buch gerade wegen seiner authentischen persönlichen Aussagen lesenswert.

Manuela Rosenthal-Kappi

***Emmeline Pankhurst: „Suffragette. Die Geschichte meines Lebens“.** Steidl Verlag, Göttingen 2016, 343 Seiten, gebunden, 24 Euro*



Leitfaden fürs Leben

Stefan Bollmann zieht alltagstaugliche Lehren aus Goethes Werk

Goethes Leben ist wie ein postum der Öffentlichkeit übergebener Park. Man kann jederzeit von allen Seiten in ihn eintreten.“ Diese Metapher des Literaturkritikers Albert von Schirnding wählte der Autor Stefan Bollmann als Rahmenmotiv für sein neues Buch mit dem Titel „Warum ein Leben ohne Goethe sinnlos ist“.

Der 1958 geborene Autor ist promovierter Germanist und als Lektor in einem Publikumsverlag tätig. Nachdem er sich in seinen populären Büchern bisher mit Frauenschicksalen beschäftigt und Ratgeber für Lebenshilfe veröffentlicht hat, folgt nun mit seinem neuen Werk ein philosophisch-literarischer Leitfaden für ein gelingendes Leben.

Der ziemlich hochtrabende Buchtitel ist natürlich nicht wirklich ernst gemeint. Doch mit Johann Wolfgang von Goethe als Dreh- und Angelpunkt bringt uns Bollmann die von Goethe selbst mehrfach zum Ausdruck gebrachte Erkenntnis nahe, dass jeder Einzelne die Aufgabe habe, sein eigenes, ihm gemäßes Leben zu führen. Das allein sei sinnstiftend. Abklatsch und Nachahmung anderer führten in eine Sackgasse. Bollmann stellt uns Goethe in diesem Sinne als den „ersten Pionier des eigenen Lebens“ vor, und gleichzeitig als den, wie er meint, bemerkenswertesten der deutschen Geschichte.

Als Leser ist man eingeladen, mit dem Autor durch einen imaginären Park zu spazieren und dabei acht Stationen abzuschreiten, die jeweils biographische Fixpunkte in Goethes Leben darstellen. Um die Idee in ein anschauliches Bild zu verwandeln, ist im Bucheinband der Grundriss des bekannten Landschaftsparks an der Ilm („Goethe-Park“) abgebildet, der seit seiner Einrichtung im 18. Jahrhundert unter Goethes Mitwirkung kaum verändert worden ist. Die einzelnen Stationen im Park tragen Bezeichnungen wie „Werthers Grab“, „Verweile doch!“, „Pfad der Kreativität“ und „Amore, Amore“, was Assoziationen zu Goethes Werken und seiner Biografie provoziert.

Diese wird vom Autor unterhaltsam und unter Vermeidung von Weitschweifigkeit aufgerollt, jeweils verknüpft mit den literarischen Werken. Ihm geht es erklärtermaßen aber nicht darum, dass wir aus Verehrung für den großen Meister dessen Lebensspuren bestaunen. Denn im Hintergrund läuft das eigentliche Thema mit, nämlich die Lehren aus den Lernschritten Goethes im Laufe seines Lebens – zum Beispiel, wie man sich mithilfe der Literatur aus dem seelischen Schlamassel zieht. Bollmanns anschauliche Ausführungen verhelfen zur Einsicht, dass es vorteilhaft und wichtig sei, sich wie Goethe eine Umgebung zu schaffen, die anregend wirkt und unsere Interessen fördert, die uns motiviert, das Beste zu geben, und somit unsere geistige Verfassung stärkt. Ganz bei sich zu Hause sein ist letztendlich das Ziel. Nicht an besonderen Orten, sondern im Alltag.

Goethe bezeichnete Poesie als Hausmittel

Goethes verschachteltes Haus am Frauenplan vergleicht Bollmann mit einem Fuchsbau. Es war zugleich seine Stätte für die Selbstentfaltung und ein Rückzugsort. Hier wurde Goethe ein „gewiefter Manager seiner Lebenschancen“. Seine epikureische Einstellung spiegelt sich in dem bekannten Reimspruch: „Willst du dir ein hübsch Leben zimmern / Musst dich ums Vergangene nicht bekümmern; / Das Wenigste muss dich verdrießen; / Musst stets die Gegenwart genießen, / Besonders keinen Menschen hassen / Und die Zukunft Gott überlassen.“ Die Poesie bezeichnete Goethe als sein „altes Hausmittel“, um über das, was ihn gerade beschäftigte, zur Ruhe zu kommen. Zwar sei jeder Mensch „zumindest ein halber Künstler“, wie der Autor mit Goethe glaubt, doch habe Goethe auch in dieser Hinsicht nie als Leitbild verstanden werden wollen. Den „Goethe-Park“ verlässt man durch den Ausgang mit der Bezeichnung „Pforte der Befreiung“. Hier wird uns Goethe also als Künstler und Mensch vorgestellt, dem sehr wohl bewusst war, so etwas wie ein Befreier der jungen Dichter und der Deutschen überhaupt geworden zu sein. Eine unbedingt lesenswerte Lektüre.

D. Jestrzemski

***Stefan Bollmann: „Warum ein Leben ohne Goethe sinnlos ist“,** Deutsche Verlags-Anstalt, München 2016, gebunden, 282 Seiten, 19,99 Euro*



Weltfremder, zynischer Unfug

US-Professorin fordert von Europäern mehr Toleranz gegenüber dem Islam

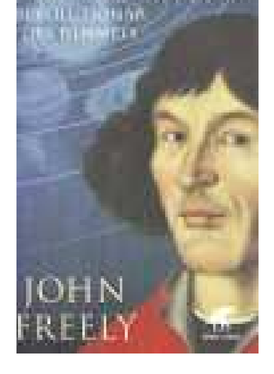
Warum protestieren jeden Montag in Dresden tausende Menschen gegen die Islamisierung des Abendlandes, obwohl der Anteil der Muslime an der Bevölkerung von Sachsen doch weniger als ein Prozent beträgt? Wieso werden in Europa immer öfter Kopftuch-, Burka- und Minarett-Verbote erlassen? Und was bringt die Finnen dazu, keine Extramahlzeiten für muslimische Kindergartenzöglinge mehr zuzubereiten und den Müttern jener bedauernswerten Wesen die Sonderbadezeiten in den städtischen Schwimmhallen zu streichen? Dies fragt sich die Professorin für Rechtswissenschaften und Ethik an der University of Chicago, Martha Nussbaum, in ihrem Buch „Die neue religiöse Intoleranz“.

Und die „liberale Feministin“, „Multikulturalistin“ und „Weltbürgerin“ hat natürlich auch eine Antwort parat: Ursache der „islamophoben“ Einstellung der Dresdner sowie vieler anderer Menschen in Europa sei der „Narzissmus der Angst“. Ja, Narzissmus – die Leute würden sich tatsächlich in völlig übertriebener, primitiver und komplett egoistischer Weise um ihre eigene Person und deren Sicherheit sorgen. Zu diesem zynischen Unfug kann man nur sagen: Wenn Nussbaum unbedingt erschossen, in die Luft gesprengt oder enthauptet werden will, dann soll sie doch ihren suizidalen Neigungen nachgeben, diese aber nicht als „Philosophie“ verbrämen und zur allgemeinen Verhaltensnorm für jeden vernünftig denkenden Menschen erheben.

Ebenso weltfremd ist die parallel geäußerte Forderung nach mehr Toleranz gegenüber dem Islam: „Europa muss sich dringend auf eine tiefergehende und intensive Debatte über Gleichheit einlassen sowie darauf, was gleicher Respekt für alle Bürger auf dem Gebiet der Religion bedeutet.“ So, muss es das? Muss Europa wirklich einer Religion Achtung erweisen, die den „Ungläubigen“ quasi den Krieg erklärt hat? Aus dem Elfenbeinturm einer privaten US-amerikanischen Eliteuniversität mag das vielleicht so scheinen, aber aus der Perspektive gewöhnlicher Bürger in Deutschland, Frankreich, Belgien und so weiter sieht die Sache dann wohl doch etwas anders aus.

Die beiden hier angeführten Kernaussagen Nussbaums zeigen, dass es wenig Sinn hat, auf weitere Details ihres Buches einzugehen, weil diese letztendlich alle nur dem Zweck dienen, das verquere Argumentationsgebäude der Chicagoer Professorin zu stützen. Es handelt sich hier schlicht und einfach um das unverdauliche Pamphlet einer weltfremden Person, deren schöngeistiges Fabulieren von „Gewissen“, Unparteilichkeit“ und „mitfühlender Phantasie“ mit jedem Anschlag auf unsere Zivilisation, der mit Allahu-akbar-Geschrei einhergeht, ein Stück weiter ad absurdum geführt wird. Deshalb möchte der Rezensent hier abschließend den unvergessenen Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki zitieren: „Ich finde dieses Buch auf ärgerliche Weise missraten.“ *Wolfgang Kaufmann*

***Martha Nussbaum: „Die neue religiöse Intoleranz. Ein Ausweg aus der Politik der Angst“,** Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2015, broschiert, 220 Seiten, 19,95 Euro.*



Begründer der modernen Naturwissenschaften

Der Wissenschaftshistoriker John Feely widmet sich dem berühmten Astronomen Copernicus und seiner Zeit

Die „kopernikanische Wende“ ist sprichwörtlich geworden. Gemeint ist die Umkehr einer Sache oder einer Ansicht in ihr genaues Gegenteil. Der eigentliche Ursprung dieses Wortes ist nur noch wenig bekannt, dass nämlich der von 1473 bis 1543 lebende Astronom und Kanonikus Nicolaus Copernicus das Jahrtausende alte Weltbild auf den Kopf stellte. Er bewies, dass nicht die Erde ein feststehender Planet ist, um den Sonne und Planeten kreisen, sondern dass umgekehrt die Sonne feststeht und die Erde und die anderen Planeten sich um sie bewegen. Es war eine gedankliche und wissenschaftliche Revolution und zugleich ein Affront gegen die Kirche, die an der Idee einer feststehenden Erde stets eisern festgehalten hatte.

Der amerikanische Wissenschaftshistoriker John Feely hat schon mehrere Bücher über umwälzende naturwissenschaftliche Entdeckungen geschrieben. Jetzt hat er sich Copernicus vorgenommen, weniger als Biograf, sondern als Analytiker der wissenschaftlichen Bemühungen seit der Antike um Astronomie und Physik des Weltraums allgemein.

Geistig in ganz Europa zu Hause, realiter in einem „sehr entlegenen Raum der Erde“, nämlich in Thorn und Frauenburg in Ostpreußen hatte Copernicus das Studium der Himmelskörper eher nebenbei betrieben. Dem Bildungsideal seiner Zeit folgend hatte der aus gutem Hause stammende junge Mann in Krakau und an den damals bedeutendsten Universitäten Europas – Bologna, Padua, Rom und Ferrara – studiert. Schon in jungen Jahren war er ins Domkapitel von Frauenburg gewählt worden, und nach dem Studium kehrte er dorthin zurück und wurde allmählich die zentrale Persönlichkeit des Domkapitels.

Copernicus war sehr beliebt und gut vernetzt

Seine astronomischen Studien liefen nebenher, was eine ständige Auseinandersetzung mit dem traditionellen ptolemäischen Weltbild bedeutete. Im Jahr 1514 veröffentlichte er eine erste kleine Schrift, in der er seine neuen Ansichten darlegte. Sein eigentliches Werk „De revolutionibus orbium coelestium libri VI“ kam erst nach seinem Tod heraus. Im Jahr 1616 wurde es von der Inquisition auf den Index gesetzt.

Der Autor holt in seiner Darstellung weit aus, geht auf Plato und Aristoteles zurück, auf Ptolemäus und arabische Denker sowie dann über Copernicus hinaus zu Kepler, Brahe, Galilei und Newton; sie alle, sagt Freely, seien Begründer der modernen Naturwissenschaften. Nicht immer wirkt das gelungen; die letztgenannten Wissenschaftler etwa werden mit ihren Werken kurz zitiert, ohne dass der Zusammenhang immer deutlich wird. Das dramatische, zeitweise gefährdete Leben eines Galilei spürt der Leser gar nicht, auch kaum Newtons tiefe Religiosität, der all seine doch sehr „weltlichen“ Entdeckungen göttlichem Willen zuschrieb.

Dem stehen aber Kapitel gegenüber, in denen mit Anteilnahme und viel Detailwissen Leben und Arbeit von Copernicus erzählt wird, der zeitlebens ein hochgeachteter Mann war (Luther freilich hat ihn einen „Narren“ genannt). Man staunt über die engen wissenschaftlichen Beziehungen (heute „Vernetzung“), die er über den ganzen Kontinent hatte. Und berührend ist die Zuneigung von Bewunderern und Freunden wie dem später ebenfalls bekannten Mathematikers Rhetikus (1514–1574), dem der Druck des großen Werkes zu danken ist. Copernicus blieb von Nachstellungen der Inquisition verschont, weil seine Ansichten nur langsam bekannt wurden und wohl auch zu neu waren, um gleich für bare Münze genommen zu werden.

Vom Verlag hätte man sich eine liebevollere Aufmachung gewünscht. Gerade bei solchen mitunter sehr fachlichen Texten wären ein Glossar zu den wichtigsten Begriffen, eine Zeittafel und eine bessere Bebilderung zum Verständnis hilfreich. Gleichwohl ist es eine längst fällige Wiederentdeckung dieses großen Gelehrten, der heute Bindeglied zwischen Deutschen und Polen sein kann.

Dirk Klose

***John Freely: „Kopernikus. Revolutionär des Himmels“,** Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 2015, gebunden, 363 Seiten, 24,95 Euro*

MELDUNGEN

»Scharia-Polizei« in Hamburg

Hamburg – Wie zuvor schon in Wuppertal ist offenbar nun auch in Hamburg eine „Scharia-Polizei“ unterwegs, die Muslime bedrängt, sich an die Gesetze eines strengen Islam wie Alkohol- oder Glücksspielverbot zu halten. Der *PAZ* berichteten Augenzeugen von „weiß gewandeten Männern“ in typischer Tracht, welche Muslime auf der Straße entsprechend zur Rede gestellt hätten. Der „Welt“ schilderte eine Frau, einen Wagen mit der Aufschrift „Scharia-Polizei“ gesehen zu haben. *H.H.*

Polizeichef will Grenzmauer

Rom – Italiens Polizeichef Franco Gabrielli hat gefordert, dass Italien eine Grenzmauer zu Österreich errichtet. Dies meldet die Zeitung „Österreich“ unter Berufung auf ein Interview Gabriellis in der Zeitung „Il Messagero“. Demnach gehen weit mehr Asylsucher von Österreich nach Italien als umgekehrt. Sie wollten meist von dort weiter in die Schweiz oder nach Frankreich. *H.H.*

ZUR PERSON

Kategorischer Sozialist

Vorab sei geklärt: Mit dem Königsberger Philosophen hat **Hermann Kant** nur den Nachnamen gemeinsam. Und den kategorischen Imperativ hat der am 11. August verstorbene Autor und DDR-Funktionär höchstens folgendermaßen umgesetzt: „Handle nur nach der Maxime, dass sie allgemeines Gesetz des real existierenden Sozialismus werde.“

Kant, mit Vornamen Hermann, war, wie er im „Spiegel“ zu seinem 90. Geburtstag vor wenigen Wochen sagte, „ein überzeugter Erbauer der DDR. Ich wollte die.“ Mit voller Überzeugung tat der gebürtige Hamburger dies von



1978 bis 1990 als Präsident des Schriftstellerverbandes der DDR, wobei er umstrittene Entscheidungen wie den Ausschluss regimekritischer Autoren wie Stefan Heym aus dem Autorenverband geschickt von seiner Person ablenken konnte. Wie er tatsächlich tickte, verriet sich einmal bei der Ausbürgerung des Lyrikers Rainer Kunze: „Kommt Zeit, vergeht Unrat!“

Kant, diese „singende Säge des Sozialismus“ („Der Spiegel“), ließ sich einfach nicht festnageln. Auch nicht als Autor solcher Romane wie „Der Aufenthalt“ oder „Das Impressum“. Als an westdeutschen Schulen DDR-Literatur auf dem Lehrplan stand, war man als Zehntklässler hin- und hergerissen von Kants Bestseller „Die Aula“. Er ist unterhaltsam, witzig, und selbst „unsozialistische“ Figuren wie ein Frauenschwarm und ein Republikflüchtling werden keineswegs negativ dargestellt. Und doch war es alles andere als Dissidentenliteratur. Hier feierte einer unter dem Deckmäntelchen intellektueller Kritik den DDR-Staat.

Als Autor wie als Funktionär verstand es Kant, allen zu schmeicheln: seinen Lesern, seinen Kritikern und seinen SED-Genossen. Honecker wusste, was er an Kant hatte: einen stets loyalen Handlanger des real existierenden Arbeiter- und Bauernstaates. *H. Tews*



Mitreisender Gauck

Warum so misstrauisch?

Wieso wir unser Vertrauen verloren haben, wie sich Banken und Politiker planvoll irren, und wie sie uns von allen Seiten einkreisen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Alle beklagen den „wachsenden Vertrauensverlust“ in einst angesehene Institutionen. Und sie fragen sich, woher der bloß kommt, der Vertrauensverlust. Ja, woher nur? Vielleicht von hier: Den einst „angesehenen Institutionen“ wie Regierungen, Banken oder Expertenkreisen schenkten wir unser Vertrauen, weil wir glaubten, dass die mehr wissen als wir, weiter blicken konnten als die halbgebildete Allgemeinheit und daher im Stande und (vor allem!) auch entschlossen waren, die großen Probleme zum Nutzen der Allgemeinheit zu lösen.

Mittlerweile fragen wir uns in verstörender Häufigkeit, ob die Vertreter dieser Institutionen entweder komplett verblödet sind oder ob sie uns in einer Tour veräppeln. Mit anderen Worten: Ob sie es schlicht nicht können und wir ihre Kompetenz bei Weitem überschätzt haben. Oder ob sie einen finsteren Plan verfolgen.

Fangen wir an mit dem prominenten Beispiel der Notenbanken, einst Hort von Stabilität und Verlässlichkeit. Sie fuhrwerken in Gestalt der Europäischen Zentralbank unter Mario Draghi in unserem Geld herum, dass einem schwindelig wird.

Draghi hat die Leitzinsen unter null gedrückt – und warum? Damit wir weniger fürs Alter sparen und mehr ausgeben, behaupten die Fachleute mit Draghi vorneweg. Nun jedoch wundern sie sich, dass die Null- und Negativzinsen genau das Gegenteil hervorgerufen haben: Die Leute sparen nicht weniger, sondern mehr als früher.

Die Experten behaupten, sie seien von dieser Entwicklung „überrascht“, was uns in Erstaunen versetzt. Was hatten diese Pinsel denn erwartet? Haben die wirklich noch nie dabeigesessen, wenn ein Bankberater mit seinem Kunden über Altersvorsorge redet?

So ein Gespräch läuft von alters her immer gleich ab: Als erstes fragt der Berater seinen Kunden nach der „Zielsumme“, also danach, was er im Alter pro Monat zur Verfügung haben möchte. Dann wird gerechnet. Die „Zielsumme“ setzt sich klassischerweise aus zwei Teilen zusammen: die monatliche Sparleistung plus die prognostizierten Zinsgewinne. Je höher die Zinsgewinne ausfallen, desto weniger muss der Kunde in seine Altersvorsorge selber einzahlen. Das bedeutet, wenn die Zinsen fallen und fallen, muss die Sparleistung steigen und steigen, damit am Ende die gleiche Summe herauskommt.

Ist doch völlig logisch, oder? Ja, für Sie und mich vielleicht. Nicht jedoch für Signor Draghi und seine „Fachleute“. Die haben (angeblich) exakt das Gegenteil vorhergesehen und sind nun, wir erwähnten es, ganz aus dem Häuschen vor Verblüffung, dass eins und eins tatsächlich zwei ergeben.

> EZB-Chef Draghi und die Seinen tun völlig überrascht, dass eins und eins zwei ergeben

Und die nächste Verblüffung steht schon an. Seit Jahren schwören uns Draghi und Co., dass ihre uferlose Gelddruckerei nie und nimmer in eine verheerende Inflation führen werde. Den Einwand, dass das, was sie da treiben, in der Geschichte schließlich immer in einem Desaster für den Geldwert und die Sparer geendet sei, wischen sie vom Tisch: Heute sei alles anders.

Plötzlich aber lesen wir in der Fachpresse, dass Volkswirte vor einem bevorstehenden Geldwertverlust warnen, der schon in diesem Jahr anfangen werde. Und zwar weshalb? Genau: Wegen der monströsen Gelddruckerei der Notenbanken.

Wieder fragt man sich: Dummheit oder fieser Plan? Betrachten wir erst mal den zu erwartenden Schaden. Im kommenden Jahr sei mit einer Teuerung von zwei Prozent zu rechnen, heißt es. Wenn es keine Zinsen mehr gibt, gehen uns also pro Jahr zwei Prozent komplett verloren.

Zwei Prozent? Aber das ist doch nichts, macht bei 100 Euro einen Wertverlust von zwei Euro – beim nächsten Ausflug Butterbrot einpacken statt Würstchen am Stand kaufen, und schon ist alles wieder glatt.

Stimmt schon, nur geht's beim Vorsorgesparen um mehr als 100 Euro, und es geht um viele Jahre. Rechnen wir mal nach: Wer 10000 Euro über 20 Jahre anlegt und jedes Jahr zwei Prozent verliert, hat am Ende noch den Gegenwert von knapp 6700 Euro, ein ganzes Drittel ist futsch. Schlimmer noch: Wenn so eine Inflation erst Fahrt aufgenommen hat, ist sie nur schwer zu stoppen. Bei fünf Prozent Geldentwertung schrumpfen die 10000 in 20 Jahren auf karge 5600, bei zehn Prozent Inflation ist ihr Wert am Ende auf 1200 eingedampft – das Geld ist praktisch weg.

Wieso weg? Es heißt doch, Geld ist nie weg. Wenn Sie es nicht mehr haben, hat es nur ein anderer. Richtig! Und wer ist das?

Aufgepasst, jetzt wird es drekkig. Sie kennen den Spruch: Eine Bank, das ist jemand, der bei Sonnenschein Regenschirme verteilt, um sie bei den ersten grauen Wolken hastig wieder einzusammeln. Bedeutet: Geld wird am meisten denen geliehen, die es am wenigsten benötigen, die also am reichsten sind.

Am „reichsten“ von allen sind die Staaten und die Großbanken. Halt, Sie haben ja recht: Die Staaten haben keinen Pfifferling, sondern holen sich jeden Cent bei den Steuerbürgern. Stimmt, aber die Politiker können ja per Gesetz selber bestimmen, wie viel sie sich von uns holen.

Die Banken wiederum, das haben wir 2008 gelernt, sind „systemisch wichtig“. Das heißt: Wenn die in ihr selbst gegrabenes Loch plumpsen und pleite gehen, platzt der Mond und erlischt die Sonne und alle müssen sterben. Deshalb holen sich die Politiker bei uns Bürgern jede Summe ab, die die Großbanken benötigen.

Wenn es keine Zinsen gibt, können die sich das Geld sogar für lau holen, als Kredit, der über die Jahre hinweg in der Inflation verdunstet, völlig ohne schmerzhafte Rückzahlung. So wird Ihr Geld ganz sanft und leise umverteilt an Regierungen und Großbanken.

Damit ist die Eingangsfrage wohl beantwortet: Sie sind nicht verblödet, die „einst angesehenen Institutionen“, sie können „es“ sehr wohl. Sie folgen nur einem Plan, der so übel gestrickt ist, dass man ihn uns besser nicht erzählt.

Daher müssen uns Draghi und seine Komplizen diesen Quatsch vorbeten, dass sie hofften, mit Null- und Negativzinsen die Leute zum Geldausgeben zu bewegen, damit der Konsum die Wirtschaft in Schwung bringe.

Im Gegenteil: Sie wissen sehr gut, dass wir ihretwegen sogar mehr sparen, um den Zins- und Inflationsverlust auszugleichen. Sie freuen sich darauf, uns die Ersparnisse abzuknöpfen.

Doch was machen sie, wenn sie unser Geld verpulvert haben? Wenn keines mehr zu holen ist?

Dann müssen sie an unsere Sachwerte ran. Aus Griechenland kommt gerade die Meldung, dass die Regierung den Plan verfolge, die Bürger zur Anmeldung aller ihrer Besitztümer zu zwingen. Nicht nur Häuser, Bargeld und so, auch Gold, Schmuck, Gemälde, Antiquitäten – alles, was sich zu Geld machen ließe.

Wir wollen hoffen, dass das eine Ente ist. Aber heutzutage ... Wie dem auch sei: Aufgrund von so einem Meldezwang kann die Regierung den Leuten bei Bedarf auch die Sachwerte abziehen, natürlich nur zum Wohle der sozialen Gerechtigkeit. Oder zur Rettung „systemisch wichtiger“ Großbanken, weil sonst der Mond ... Sie erinnern sich.

Die Griechen haben das Glück, dass ihre Bürokratie gern Löcher lässt. Unsere Bürokraten sind da aus ganz anderem Holz. Die ziehen jeden Wahnsinn bis zum bitteren Ende durch.

So kommt der große Plan langsam zum Vorschein: Man kreist uns ein, sie kommen von allen Seiten. Wenn wir sparen, greifen sie sich unser Geld per Inflation und Nullzins. Wenn wir nicht sparen: Altersarmut! Und wenn wir uns stattdessen in Sachwerte flüchten, warten wir auf den Tag, an dem ein deutscher Politiker fordert, dass die Sache mit dem Sachwerte-Register dringend einer „europaweit einheitlichen Regelung“ bedürfe, wobei die griechische Lösung eine vernünftige Ausgangsbasis darstelle.

Ja, wo ist es bloß hin, das Vertrauen? Wie konnte es nur verloren gehen?

MEINUNGEN

*Der frühere Berliner SPD-Politiker **Heinz Buschkowsky** malt in der „Welt“ (15. August) ein düsteres Bild vom Verhältnis vieler **orientalischer Zuwanderer zu Deutschland** und dem deutschen Staat:*

„Die Gruppe von Migranten, über die wir reden, verachtet den deutschen Staat. Sie ist schlicht der Meinung, dass ihre Wohngegend auch ihr Herrschaftsgebiet ist. Sie macht das durch Beschimpfungen wie ‚scheiß deutsche Polizei, scheiß Deutsche, scheiß Christen‘ deutlich. Gerade junge Männer haben nicht die geringsten Hemmungen, Polizeibeamte zu bespucken oder zu verprügeln, wenn es um ‚ihre‘ Straße geht. Einen Platzverweis befolgt man nicht, sondern quittiert ihn mit einem Faustschlag.“

*Warum können **radikale Moslems** und sogar **Terroristen** sich in Deutschland so problemlos **ausbreiten**, wollte **Alexander Kissler** im „Cicero“ (11. August) wissen, und kam unter anderem zu folgendem Ergebnis:*

„Grund ist, in den Worten des Schriftstellers Thomas Kapielski, ‚die Einfalt der Deutschen und, wie es scheint, des Westens insgesamt, zu mutmaßen, alle Welt sei im Grunde ebenso harmlos, duldsam, ungezwungen und lustig wie sie gerade selbst‘. Diese ‚Mischung aus Dämlichkeit und Anmaßung‘ addiert sich zu Kosten, die niemand begleichen will, obwohl sie uns allen präsentiert werden.“

***Hans-Hermann Tiedje**, seinerzeit Medienberater von Bundeskanzler Kohl, zieht im Portal „Achse des Guten“ (9. August) ein vernichtendes Resümee nach elf Jahren **Kanzlerschaft von Angela Merkel**:*

„Erst hat Merkel das Land gespalten, dann die CDU/CSU, und dann auch noch den Kontinent. Wen sollen da die Schönfärbereien deutscher Regierungspolitiker überzeugen? ... Angela Merkels Politik liegt inzwischen wie Mehltau über dem Land. Das Schicksal der Democrazia Cristiana in Italien, die nach 50 Jahren Regierung längst nicht mehr existiert, dürfte CDU-Politikern nicht entgangen sein. Auch das Ende der italienischen Staatspartei begann damit, dass der Staat seine Autorität verlor.“

*Der Veteran der DDR-SPD **Richard Schröder** kritisiert in der „FAZ“ (15. August) den Begriff **„Willkommenskultur“**:*

„Der Ausdruck ‚Willkommenskultur‘ war und ist irreführend. Weniger als die Hälfte derer, die Asylanträge stellen, bekommen auch einen Aufenthaltstitel. Für die anderen war das ‚Willkommen‘ ein falsches Versprechen. Es hätte heißen müssen: ‚Wir bedauern, dass ihr fliehen musstet, und bieten euch gern Schutz und Hilfe für die Zeit, die ihr hier seid. Ob ihr dauerhaft bleiben dürft, entscheiden aber die Behörden.‘“

*Polizeigewerkschaftschef **Rainer Wendt** warnt in seinem neuen Buch „Deutschland in Gefahr“ vor **unbeherrschbaren Zuständen**:*

„Spätestens wenn Verteilungskämpfe größer werden und die Leistungsfähigkeit des deutschen Steuerzahlers zurückgeht, brechen offene Unruhen und Kämpfe zwischen unterschiedlichsten Gruppierungen aus und werden kaum beherrschbar sein ...“